

WIS



WISO - Wirtschafts- und sozialstatistische Informationen

ZEITLEISTE: Ein Neubau Europas?

ÜBERBLICK: Der Tiroler Arbeitsmarkt im zweiten Quartal 2012

WISO WISSEN: Inflation

WISO WESHALB: Der ESM und die europäischen Rettungsschirme

Wie teuer ist Taxi fahren?

Die Tiroler Einkommen im Bundesländervergleich

Auswertung der Jahresabschlüsse in Tirol 2006 bis 2010

IN ZAHLEN: Das zweite Quartal 2012

WISO - WIRTSCHAFTS- und SOZIALSTATISTISCHE INFORMATIONEN
Ausgabe 2012/ IV
Arbeiterkammer Tirol

Kontakt:
Mag. Armin Erger
Wirtschaftspolitische Abteilung
armin.egger@ak-tirol.com
0800 - 22 55 22 DW 1453

WISO 2012/ IV

Inhalte

ZEITLEISTE: Ein Neubau Europas? Krisenbewältigungspolitik in Zeiten der Rezession	Seite 5
Überblick: Der Tiroler Arbeitsmarkt Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im zweiten Quartal 2012	Seite 17
WISO WISSEN: Inflation Einige Aspekte zur Geldentwertung	Seite 22
WISO WESHALB: ESM Die Entwicklung der europäischen Rettungsschirme bis zum ESM	Seite 24
Wie teuer ist Taxi fahren? Ein Vergleich der Taxitarife in Österreich	Seite 30
Die Einkommen in Tirol Eine strukturelle Analyse der Einkommenssituation in Tirol 2010	Seite 36
Auswertung der Jahresabschlüsse in Tirol Die Jahre 2006 bis 2010	Seite 48
IN ZAHLEN: Das zweite Quartal 2012	Seite 66

Ein Neubau Europas?

Krisenbewältigungspolitik in Zeiten der Rezession

Mag. Armin Erger

Nach der Sommerpause nimmt der politische Prozess wieder an Fahrt auf: Der Europäische Stabilitätsmechanismus ESM konnte Anfang Oktober nach der Ratifikation in einer genügenden Anzahl von Eurostaaten gestartet werden, die Europäische Kommission unterbreitete Vorschläge für eine europäische Bankenunion und die Europäische Zentralbank kündigte an, alles zu tun, was notwendig ist, um die Eurozone zu stabilisieren.

Das Zusammenspiel der Maßnahmen in der europäischen Krisenbewältigungspolitik bewirkt Veränderungen der Machtverhältnisse in Europa. Mit der Ratifikation des Fiskalpaktes und der darin enthaltenen Schuldenbremse erlegen sich die Staaten ein rigides budgetäres Regelwerk auf. In den Krisenstaaten stellen die mit der Europäischen Zentralbank, dem Internationalen Währungsfonds und der Europäischen Kommission vereinbarten Anpassungs- und Reformprogramme eine weitere Begrenzung der originär politischen Handlungsspielräume dar. Hinzu kommt, dass in der Krise die Rolle der Europäischen Zentralbank enorm aufgewertet wurde, sodass durchaus argumentiert werden kann, dass die Position des Präsidenten der EZB nun eine der einflussreichsten in Europa ist. Mit dem neu aufgelegten, unlimitierten Anleihenkaufprogramm der EZB steht ein Instrument zur Verfügung, mit der die EZB Regierungen in Krisenstaaten stützen oder – sollte das Programm gestoppt werden – faktisch stürzen kann.

Die Konsequenz dieser Entwicklungen ist, dass sich eine Sichtweise institutionell zu verfestigen beginnt, welche die Krise in erster Linie als budgetäres und finanzielles Problem auffasst. Alternative Lesarten der Krise, wie die damit einhergehenden sozialen Herausforderungen in den Fokus zu stellen (z.B. Jugendarbeitslosigkeit), rücken dagegen in den Hintergrund. Darin besteht aber eine enorme Gefahr: denn wenn breite Bevölkerungsgeschichten – durchaus zurecht – den Eindruck gewinnen, dass sie in der aktuellen Situation nichts zu gewinnen haben, sondern vor allem zu verlieren, kann dazu führen,

dass der soziale Zusammenhalt immer mehr unter Druck gerät und der demokratische Konsens in einer Gesellschaft zunehmend erodiert. Wenn mehr als 50% der jungen Erwachsene in Spanien und Griechenland, mehr als 30% in Portugal, Irland und der Slowakei und mehr als 20% in Italien, Frankreich, Polen, Großbritannien, Schweden, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, Zypern und sogar Luxemburg ohne Arbeit sind, so bedeutet das ein soziales Problem in einem Ausmaß, das dem der finanziellen Krise zumindest gleich kommt.



Eine der künftigen europäischen Machtzentren: der Neubau der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main

Es stellt sich daher auch die Frage nach einer expliziteren demokratischen Legitimierung der neu geschaffenen Strukturen. Die europäischen Staaten steuern langsam, auf den Punkt zu, an dem sie die Frage nach dem Ziel und Zweck des europäischen Integrationsprojektes neu beantworten müssen, wenn die EU und die Eurozone von einem breiten Konsens aller gesellschaftlichen Schichten getragen werden soll.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund einer nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik und Zeiten des Übergangs in wichtigen anderen Machtzen-

tren. Die USA stehen unmittelbar vor dem Präsidentschaftswahlen und auch deren Konjunktur lässt nach. Auch in China zeigen sich Anzeichen einer sich verlangsamenden Konjunktur, die nicht ohne Folgen auf die weltweite wirtschaftliche Entwicklung bleiben wird.

USA: Wiederwahl Obamas

In den USA nahm der Präsidentschaftswahlkampf immer mehr an Fahrt auf. Mitt Romney, der republikanische Herausforderer von Amtsinhabers Barack Obama, konzentriert seine Kampagne darauf, sich als der bessere „Manager“ für die schwierige wirtschaftliche Lage der USA darzustellen.

Der Verweis auf seine erfolgreiche Karriere als Geschäftsmann bot aber gleichzeitig eine Angriffsfläche für die Obama-Kampagne. Romney, der CEO der Investmentfirma Bain Capital war, wird dabei als ein skrupelloser Finanzhai, der Jobs vernichtet und zu wenig Steuern gezahlt hätte, portraitiert. Romney, der die Vorwürfe bestritt, konnte das von ihm gezeichnete Bild allerdings nicht abschütteln. Negativ wirkte sich dabei aus, dass er nur seine beiden letzten Steuererklärungen veröffentlichte, nicht aber ältere.

In einem heimlich aufgenommenen Video bei einer Veranstaltung für Geldgeber seiner Kampagne bestärkte Romney seine Gegner in der Beurteilung seiner Person, als er 47% der amerikanischen Bevölkerung als Menschen beschrieb, die keine Steuern zahlen würden, sich als „Opfer“ sehen würden und glaubten, dass die Regierung für sie aufkommen müsste. Romney entschuldigte sich später für die von ihm getätigten Aussagen.



© The White House, 2012

Der Optimismus ist ein der wesentlichen Stärken Amerikas

Nach einer schlechten Performance Obamas im ersten TV-Duell der beiden Kandidaten, schien Romney aufzuholen. Bei der Wahl am 06. November konnte sich Amtsinhaber Obama jedoch überraschend klar durchsetzen und wird im Jänner 2013 seine zweite Amtszeit antreten,

Oberster Gerichtshof bestätigt Obamacare

Die Reform der Krankenversicherung, das zentrale politische Projekt der Präsidentschaft Obamas, nahm eine entscheidende Hürde. Der Oberste Gerichtshof der USA bestätigte im Juni die weitgehende Verfassungskonformität des Gesetzes in einer knappen 5-zu-4-Entscheidung. Zwar müssen einzelne Teile des Gesetzes zurückgenommen werden, aber im Falle eines Wahlsieges von Obama, kann das Gesetz 2014 in Kraft treten. Die New York Times bezeichnete die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes als die wichtigste Entscheidung auf Bundesebene seit dem New Deal, dem von Franklin D. Roosevelt als Antwort auf die Große Depression eingeführten radikalen Wirtschaftsprogramm.¹

Nach der Klippe – vor dem freien Fall?

Wirtschafts- und vor allem finanzpolitische Themen bestimmen die politische Debatte in den USA. Mit dem sogenannten „Fiscal Cliff“ („fiskalische Klippe“) könnten zu Beginn des Jahres 2013 wesentliche Änderungen in der Finanzpolitik der USA eintreten, sollte der amerikanische Kongress zu keinem Kompromiss finden. Unter dem Fiscal Cliff wird eine Reihe verschiedener budgetpolitischer Maßnahmen verstanden: einerseits laufen mit Ende 2012 die von Präsident George W. Bush gewährten Steuererleichterungen aus, aber auch der „Pay Roll Tax Cut“, eine verminderte Sozialversicherungsabgabe (4,2% anstatt 6,2%), wird mit Ende des Jahres aufgehoben. Andererseits droht ein erster Teil der automatischen Budgetkürzungen in der Höhe von insgesamt 1,2 Billionen Dollar wirksam zu werden, die nach dem Rasenmäherprinzip einen Teil aller Bundesausgaben kürzen. Diese automatischen Kürzungen waren das Ergebnis des politischen Grabenkampfes über die Erhöhung der Schuldenobergrenze zum Ende des Jahres 2011. Das damals von Demokraten und Republikanern eingesetzte „Supercommittee“, das einen Kompromiss zur Budgetkürzung hätte finden sollen, scheiterte, wodurch automatische Budgetkürzungen in Kraft treten werden.

Zwar würden mit den Maßnahmen des Fiscal Cliffs Ersparnisse für die Bundesregierung von rund 600 Milliarden Dollar realisiert, aber, so nach Schätzungen des Budgetbüros des amerikanischen Kongres-

¹ vgl. New York Times, 28. Juni 2012

ses, würde dadurch vermutlich auch eine Rezession ausgelöst (aufgrund der geringeren öffentlichen Nachfrage und der höheren Steuerbelastung für Unternehmen und KonsumentInnen).²

Noch wäre Zeit, das Überschreiten des Fiscal Cliffs zu verhindern bzw. die Maßnahmen zeitlich besser zu koordinieren, um einen sanfteren Übergang zu gewährleisten. Dazu bedürfte es allerdings politischer Kompromisse und diese sind angesichts des Wahlkampfs und der auch ideologisch verhärteten Fronten zwischen den beiden Parteien nur schwer vorstellbar.

Triste Aussichten für die US-Wirtschaft

Die amerikanische Wirtschaft weist zwar nach wie vor eine stärkere Performance als die Wirtschaften der Eurozone auf, allerdings verdichten sich auch in den USA die Anzeichen, dass der relativ starke Jahresbeginn eher die Ausnahme, denn die Regel war. Das Wirtschaftswachstum bremste sich nach einer realen Zunahme von 2,0% im ersten Quartal 2012 auf ein Wachstum von 1,5% im zweiten Quartal ein.³

Auf ein weiteres Bremsen deuten auch die vorlaufenden Wirtschaftsindikatoren hin: wichtige Indizes wie der Empire State Index, der Philly Fed Index und der Richmond Fed Index zeigen ein Abkühlen der wirtschaftlichen Entwicklung an.

Mit 8,3% fiel die Arbeitslosenquote gegenüber dem Vorjahr zwar geringfügig (-0,8 PP), allerdings verblieb die Arbeitslosigkeit seit Jahresbeginn auf diesem Niveau. Anzeichen für eine wirkliche Erholung des Arbeitsmarktgeschehens gibt es keine.

Von den 19,7 Millionen Personen ohne Arbeit, suchten über fünfzig Prozent 15 Wochen oder mehr nach einer Arbeit, mehr als vierzig Prozent suchten sogar 27 Wochen oder mehr. Der Vergleich zweier Werte deutet auf ein massives Arbeitsmarktproblem der USA hin. Während die mittlere Dauer der Arbeitssuche 16,7 Wochen beträgt, liegt die durchschnittliche Dauer bei 38,8 Wochen. Dieser massive Unterschied zwischen dem Median (dem mittleren Wert) der Arbeitssuche und dem Durchschnitt (arithmetischer Durchschnitt) deutet darauf hin, dass es eine große Gruppe von Arbeitssuchenden gibt, die extrem lange Suchdauern aufweisen. In erster Linie sind von dieser Entwicklung Männer mit geringer formaler Bildung und wenigen Qualifikationen betroffen, die kaum eine Chance haben, wieder einen Einstieg in den Arbeitsmarkt zu finden.

² vgl. Fiscal Times, 17. Juli 2012

³ vgl. US Department of Commerce: Bureau of Economic Analysis, 16. August 2012

⁴ vgl. Handelsblatt, 09. August 2012

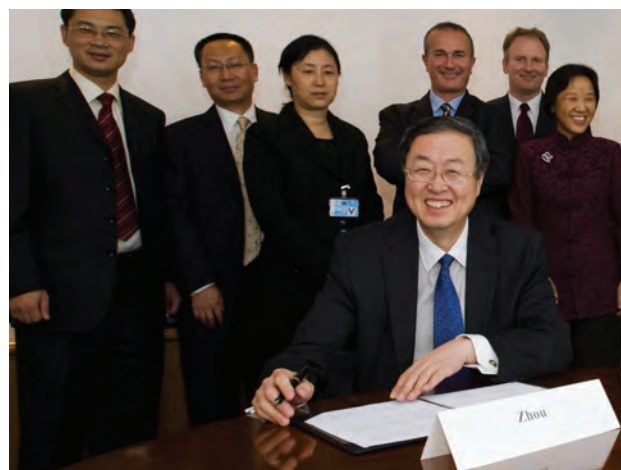
⁵ vgl. Die Zeit, 10. August 2012

Der Zuwachs von 163.000 neuen Arbeitsplätzen im Juli gegenüber dem Vorjahr war zwar eine leichte Erholung von der äußerst schwachen Entwicklung im April und Mai, war aber noch weit entfernt von den Zuwächsen zum Jahresbeginn (Jänner: +275.000; Februar: +259.000).

Chinas „harte Landung“

Angesichts der tristen konjunkturellen Entwicklung in Europa erscheint das chinesische Wirtschaftswachstum von 7,8% gegenüber dem Vorjahr als astronomisch hoch. Für China jedoch, der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt, bedeutet dies eine spürbare Verlangsamung der wirtschaftlichen Dynamik, so dass bereits von einer „harten Landung“ der chinesischen Wirtschaft gesprochen wird. In der Tat spürt auch die chinesische Wirtschaft die Folgen der Eurokrise und der fragilen Weltkonjunktur. 7,8% Wachstum in den ersten beiden Quartalen 2012 bedeuteten einen Rückgang des chinesischen Wachstums im sechsten Quartal in Folge und das niedrigste Tempo seit drei Jahren.⁴

Die Industrieproduktion stieg im ersten Halbjahr um 10,5%, dem niedrigsten Wert seit dem Jahr 2003. Deutlich zurück gingen die Investitionen in den ersten beiden Quartalen 2012, obwohl sie immer noch



Wenig bekannt, aber enorm einflussreich: Zhou Xiaochuan, der Gouverneur der People's Bank of China (rechts vorne)

um 20,4% gegenüber dem Vorjahr anstiegen. Die chinesischen Exporte stiegen im Juli um lediglich 1% an, obwohl ExpertInnen mit einem Wachstum von 9% gerechnet hatten. Im Juni 2012 lag das Exportwachstum noch bei 11%.⁵

Ein weiteres Anzeichen für das Zurückgehen der konjunkturellen Dynamik ist der nachlassende Teuerungsdruck. Der angepeilte Zielwert von 4% Inflation wurde nicht zuletzt aufgrund strenger Vorgaben der Regierung deutlich unterschritten, sodass die Inflation im Juni 2012 bei 2,2% lag. Der chinesischen Regierung eröffnen sich damit geldpolitische Spielräume zur Konjunkturbelebung, ohne die Gefahr schwer kontrollierbarer inflationärer Tendenzen heraufzubeschwören.

Um die Kreditvergabe zu verbilligen und damit anzuregen, wurde seitens der People's Bank of China, der chinesische Zentralbank, in den letzten Monaten bereits zweimal der Leitzinssatz gesenkt, sodass dieser nun bei 6,0% steht.⁶ Auch die Mindestreservensätze für die Kreditvergabe wurden zum dritten Mal innerhalb eines halben Jahres herabgesetzt. Großbanken müssen 20 % der vergebenen Kreditsumme als Reserve bereithalten, kleinere Institute 16%.

Die monatlich verfügbaren Einkommen in den städtischen Gebieten Chinas stiegen 2011 auf EUR 248 (+ EUR 46 gegenüber 2010) und in den ländlichen Gebieten um EUR 9 auf insgesamt EUR 74 im Monat. In den Städten lag das Einkommen um das 3,4fache über den Einkommen auf dem Land.⁷

Europa

Die Konjunkturlage im zweiten Quartal 2012

Die wirtschaftliche und politische Krise der Staaten des Euro-Währungsgebietes setzte sich im zweiten Quartal 2012 fort. Im Mittelpunkt stand die Sorge um den Zustand der öffentlichen Finanzen großer Mitgliedsstaaten wie Spanien und Italien, aber auch die

Zukunft des Euro-Krisenstaates schlechthin, Griechenland.

Im zweiten Quartal 2012 ging die Wirtschaftsleistung sowohl in der Eurozone, als auch in der EU als Ganzes zurück. Die Eurozone befindet sich in einer de facto Rezession, da die Wirtschaftsleistung in den letzten drei Quartalen entweder sank oder stagnierte.⁸

Im vierten Quartal 2011 reduzierte sich das Eurozonen-BIP um 0,4%, im ersten Quartal 2012 stagnierte es mit 0,0% und im zweiten Quartal 2012 ging es um 0,1% zurück. Die Krisenstaaten der Währungsunion tauchten in eine Rezession ein. Die spanische Wirtschaftsleistung ging in den letzten drei Quartalen im Schnitt um 0,4% zurück. Die italienische Volkswirtschaft bremste sich mit einem Rückgang von zuletzt 1,2% noch stärker ein, das portugiesische BIP ging um 1,2% zurück.

Am schlimmsten traf es das europäische Sorgenkind Griechenland, das immer weiter abrutscht. Im zweiten Quartal brach die griechische Konjunktur um 6,3% gegenüber dem Vorjahr ein. Die griechische Wirtschaft ging im dritten Jahr in der Folge zurück. Der Index der griechischen Industrieproduktion reduzierte sich um 5,0%, das Bauvolumen verringerte sich sogar um 40,6% gegenüber dem Vorjahr.⁹

Staatliche und private Konsumausgaben

Die Konsolidierungsmaßnahmen im Euroraum lassen sich in der Entwicklung der Konsumausgaben der Staaten beobachten. In der Eurozone stagnierten die staatlichen Konsumausgaben (0,0% ggü. VJ), während sie in der gesamten EU um 0,4% anstiegen. Einen besonders drastischen Rückgang der Staats-



© European Union, 2012

Noch haben sich die Wolken nicht verzogen: die Wirtschaft in Europa kämpft mit einer schwachen Konjunktur

⁶ vgl. Global Rates, 22. August 2012

⁷ vgl. The Bank of Finland Institute for Economies in Transition, 16. Juli 2012

⁸ „De facto“ deshalb, da es für eine Rezession definitionsgemäß einen Rückgang der Wirtschaftsleistung in zwei aufeinanderfolgenden Quartalen bedarf.

⁹ Daten von El.Stat - Hellenic Statistical Authority

ausgaben fand in Griechenland statt: im zweiten Quartal des heurigen Jahres gingen die griechischen Staatsausgaben um 3,7% zurück, im Jahr zuvor waren es sogar 11,8% gewesen.

In Spanien gingen die Konsumausgaben des Staates um 3,2% gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Gegenüber dem jeweiligen Vorquartal sanken sie zum fünften Mal in Folge. In Italien fanden Ausgabeneinschränkungen in der Höhe von 0,8% statt. In Österreich weitete sich der staatliche Konsum im zweiten Quartal um 0,8% aus, im ersten Quartal stieg er sogar um 3,9% gegenüber dem Vorjahr.

Auch die private Konsumententscheidungen wurden von der unsicheren wirtschaftlichen Lage beeinflusst: größere Investitionen werden zurückgestellt, Rücklagen gebildet. Das bildet sich im Rückgang des privaten Konsums in der Eurozone um 1,0% ab. Zusammen mit der stagnierenden staatlichen Konsumnachfrage (0,0%) leiden die europäischen Volkswirtschaften unter Nachfrageausfällen, die verringerte Steuereinnahmen mit sich bringen und den Arbeitsmarkt unter Druck setzen.

Am stärksten ging der private Konsum in Griechenland zurück: gegenüber dem Vorjahr gaben die Griechen im zweiten Quartal um 8,0% weniger aus. In Griechenland waren die privaten Konsumausgaben mittlerweile das neunte Quartal in Folge rückläufig. In Spanien ging der Privatkonsum seit sechs Quartalen zurück, im zweiten Quartal 2012 dämpfte er sich um 2,2% ein. Die privaten Ausgaben der Italienerinnen und Italiener reduzierten sich um 3,7%, ein Rückgang im dritten Quartal in Folge.

Der LIBOR-Skandal: Betrug in der Finanzwelt

Im Juni erschütterte ein Skandal um angebliche Manipulationen des LIBOR-Zinssatzes die Finanzwelt. Der LIBOR (London Inter-Bank Offered Rate) ist ein täglich festgelegter Referenzzinssatz für das Interbankengeschäft. Er ist der Zinssatz, zu dem sich international tätige Banken von anderen Banken Geld leihen können.

Der wichtigste LIBOR, der 3-Monats-Dollar-LIBOR, gibt an, um welchen Prozentsatz sich eine Bank von einer anderen Bank für drei Monate Dollar ausleihen kann. Der LIBOR ist damit eine wichtige Grundlage für eine große Anzahl von Geschäften auf den Finanzmärkten und hat Einfluss auf die weltweiten Kreditkosten und Sparzinsen. Das britische Wirt-



Die EU-Kommission präsentierte Vorschläge für eine europäische Bankenunion

schaftsmagazin Economist schätzt, dass der LIBOR Einfluss auf Finanztransaktionen von rund 800 Billionen Dollar im Jahr hat.¹⁰

Offensichtlich kam es in den letzten fünf Jahren zu Absprachen zwischen verschiedenen Banken, um den LIBOR künstlich niedrig zu halten. Im Zentrum der Vorwürfe steht die britische Bank Barclays, die angeblich zu niedrige Zinssätze weitergab, um ihre eigenen Geschäfte profitabler zu machen. Untersuchungen gehen allerdings noch weiter, sodass nun bis zu 20 Großbanken unter Verdacht stehen, an den Manipulationen teilgenommen zu haben. Barclays gestand die Manipulationen ein und einige der Topmanager der Bank traten zurück. Es ist damit zu rechnen, dass weitere Banken Manipulationen zugeben werden und nun eine Welle an Klagen und Schadenersatzforderungen in Milliardenhöhe ansteht.¹¹

Die Eurokrise

Drei Entwicklungen prägten die letzten Monate in der Krise der europäischen Gemeinschaftswährung: die Vorschläge für eine Bankenunion im europäischen Währungsgebiet, das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichtshofes zum europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und der darauf folgende Start des ESM und die Ankündigung der Europäischen Zentralbank unbegrenzte Anleihenkäufe zu tätigen.

Erste Schritte zu einer Bankenunion?

Bei der Tagung des Europäischen Rates am 28. und 29. Juni beauftragten die Staats- und Regierungschefs der Eurozone die Kommission damit, einen

¹⁰ vgl. The Economist, 07. Juli 2012

¹¹ vgl. The Economist, 04. August 2012

Vorschlag für eine künftige Bankenunion zu erarbeiten, mit dem Ziel die budgetären Verstrickungen der Nationalstaaten mit den Bankensystemen zu lösen. Denn in der bisherigen Konstellation müssen die Nationalstaaten für ihre maroden Banken aufkommen, wodurch sich die budgetäre Situation des Staates zuspitzt, was wiederum die Lage auf den Anleihemärkten verschärft, will heißen, die Zinskosten für Staatsanleihen steigen lässt. Der Fall von Spanien illustriert diesen Teufelskreis, in dem private Schulden bzw. Kreditausfälle durch das Platzen der Immobilienblase letztlich der Allgemeinheit angelastet werden und den Staat dadurch in Refinanzierungsschwierigkeiten bringen.

Die Pläne der Kommission für die Bankenunion wurden am 12. September von EU-Kommissionspräsident Barroso vorgestellt und sehen im Wesentlichen vier Elemente vor: 1. ein einheitliches Regelwerk für den europäischen Bankensektor, 2. eine gemeinsame Aufsichtsbehörde, 3. eine weitergehende Einlagensicherung und 4. ein einheitliches Verfahren für die Sanierung und Abwicklung von Krisenbanken.¹² Der erste Schritt, der, geht es nach der Kommission, noch bis zum Jahresanfang 2013 erfolgen soll, sieht die Etablierung einer gemeinsamen Bankenaufsicht vor. Insgesamt sollen an die 6.000 Bankinstitute von dieser, bei der EZB zu etablierenden, Aufsichtsbehörde überwacht werden. Große Institute mit grenzüberschreitenden Aktivitäten sollen direkt überwacht werden, kleinere weiterhin von den nationalen Aufsichtsbehörden.

Die Einrichtung der europaweiten Bankenaufsicht wäre die Voraussetzung für die direkte Rekapitalisierung von bankrotten Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Der Effekt einer direkten Bankenrettung wäre es, die Verknüpfung von Souverän und Banken weiter zu lösen. Hilfskredite würden nicht mehr an die Nationalstaaten vergeben werden, damit diese die Gelder in das Bankensystem zahlen, was die Staatsverschuldung ansteigen lässt, sondern würden direkt an die Banken fließen. Der ESM dafür anstatt einer staatlichen Garantie zur Rückzahlung der Kredite, Anteile an den Banken. Durch die direkte Bankenrettung würde finanzieller Druck von den betroffenen Nationalstaaten genommen, aber – sozusagen über die Hintertür – eine gemeinsame, europäische Haftung für die Banken geschaffen, da alle ESM-Teilnehmerstaaten im Ausmaß ihrer Einzahlungen und Garantiegelder anteilig für Kredite des ESM haften. Auch würden sich die Risiken für den ESM durch die Übernahme privater

Institute wohl erhöhen, da nicht mehr ein Nationalstaat für die Rückzahlung garantiert, sondern private Unternehmen.¹³

Angedacht ist auch ein Abwicklungsfonds, um Banken geplant in die Pleite gehen zu lassen. Dieser sollte längerfristig aus Beiträgen der Banken finanziert werden, kurzfristig aber müssten wohl erneut Steuergelder in die Hand genommen werden.

Startschuss für den ESM

Am 12. September 2012 gab der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof seine Urteile über Anträge zur Verhinderung der Zustimmung zum Vertrag über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zum Fiskalpakt bekannt. Die Anträge wurden abgelehnt, womit der Weg zur Errichtung des ESM frei gemacht wurde.

Grundsätzlich bejahte das deutsche Verfassungsgericht die Übereinstimmung der beiden Verträge mit dem deutschen Grundgesetz, betonte aber hinsichtlich des ESM-Vertrages, dass die Haftungsobergrenze Deutschlands – die Bundesrepublik geht mit dem ESM Haftungen in der Höhe von mehr als 190 Milliarden Euro ein – nicht einseitig und ohne Zustimmung



© European Central Bank

Kein Limit mehr für Mario Draghi: die EZB wird Krisenstaaten unter die Arme greifen

¹² Europäische Kommission, 10. September 2012, S. 3

¹³ vgl. Die Zeit, 19. September 2012

¹⁴ Bundesverfassungsgerichtshof, 12. September 2012



© Greek Government, 2012

Viel zu besprechen: der neu gewählte griechische Ministerpräsident Andonis Samaras (rechts) und der Chef der Euro-Gruppe Jean-Claude Juncker

mung des deutschen Bundestages erhöht werden dürfte. Auch die berufliche Schweigepflicht aller für den ESM tätigen Personen dürfe nicht einer „umfassenden Unterrichtung des Bundestages und Bundesrates“ entgegenstehen, so der Gerichtshof.¹⁴

Hinsichtlich des Fiskalpaktes erhob das Bundesverfassungsgericht in Deutschland keine weiteren Einwände, da das deutsche Grundgesetz bereits eine Schuldenbremse vorsieht, sodass sich durch die Ratifizierung des Fiskalpaktes keine wesentliche Änderung ergeben würde.

Beim Treffen der Eurogruppe am 08. Oktober 2012 wurde der Startschuss für den ESM gegeben. Chef des Euro-Rettungsschirmes ist der Klaus Regling, der bereits die Geschäfte des EFSF führte. Derzeit verfügt der ESM über eine Vergabekapazität vom EUR 200 Milliarden, innerhalb der nächsten 18 Monate wird diese auf 500 Milliarden Euro ansteigen.

Die EZB: keine Limits mehr bei Eurorettung

Am 06. September verkündete EZB-Präsident Mario Draghi die Wiederaufnahme des umstrittenen Ankaufprogrammes der Europäischen Zentralbank. Das Ziel der „Outright Monetary Transactions“ (OMT), so der technische Begriff für das neue Programm, ist es, die Zinsbelastung von Krisenstaaten durch Ankäufe von Staatsanleihen auf dem Sekundärmarkt (d.h. nicht direkt von den emittierenden Staaten selbst) zu senken.

Die erhöhte und sichere Nachfrage nach Staatsanleihen durch die EZB, ermöglicht es den Krisenstaaten, Staatsanleihen zu einem niedrigeren Zinssatz auszugeben.

De facto bedeutet es aber auch, dass die EZB Geld schöpft, um Krisenstaaten zu stützen. Die Ankäufe der EZB werden allerdings an Bedingungen geknüpft. Eine Voraussetzung für Ankäufe der EZB ist, dass die Staaten ein Hilfsansuchen an die europäischen Rettungsschirmen EFSF oder ESM gestellt haben müssen. Damit verbunden ist die Umsetzung eines Reformprogrammes, das in einem „Memorandum of Understanding“ festgelegt wird.

Auch der Internationale Währungsfonds IWF soll, so möglich, eingebunden sein. Kredite des ESM setzen auch voraus, dass der beantragende Staat den europäischen Fiskalpakt, der ausgeglichene Haushalte und Schuldenbremsen vorsieht, ratifiziert hat. Angekauft werden sollen nur Anleihen mit einer Laufzeit von maximal drei Jahren. Um Inflationstendenzen zu vermeiden soll mit den Anleihenkäufen kein Wachstum der Geldmenge einhergehen. Die ausgegebenen Gelder werden „sterilisiert“, d.h. entsprechende Summen werden dem Geldsystem an anderer Stelle entzogen. Die EZB vermied bei der Ankündigung der Outright Monetary Transactions auch, Zinsobergrenzen anzugeben, ab denen die OMT in Kraft treten würden.

Der entscheidende Punkt ist aber in einem der letzten Sätze der Ankündigung der EZB: „der Größe der Outright Monetary Transactions werden ex ante keine quantitativen Limits gesetzt.“¹⁵ Das heißt, dass die EZB solange Staatsanleihen aufkaufen würde, bis es gelingt, die Zinssätze für Staatsanleihen von Krisenstaaten zu senken und die Refinanzierungskosten auf ein erträgliches Niveau zu senken.

¹⁵ „no ex ante quantitative limits are set on the size of Outright Monetary Transactions“, ECB, 06. September 2012

Allein die Ankündigung der EZB ohne Begrenzung für die Senkung der Zinssätze einzustehen, könnte bereits den gewünschten Effekt der Senkung der Staatsanleihezinsen auslösen. Da die Investoren wissen, dass es keinen Sinn macht gegen die unbegrenzte Feuerkraft der EZB, die ja die Möglichkeit hat, Geld zu „schöpfen“, d.h. zu erschaffen, zu spekulieren, reduzieren sich von vorn herein die Zinssätze. Allerdings verbirgt sich auch politischer Zündstoff hinter dem neuen EZB-Programm. Um glaubwürdig zu sein, müsste die EZB auch bereit sein, einer Regierung die Unterstützung zu entziehen, wenn diese sich nicht an die Vorgaben des Reformprogrammes (mit dem ESM oder EFSF, EU-Kommission bzw. dem IWF) zu halten. Wäre Draghi dazu bereit, etwa seinem Heimatland Italien, das ein möglicher Kandidat für Unterstützungskäufe ist, sprichwörtlich den Boden unter den Füßen wegzuziehen, wenn dieses bei der Umsetzung von Reformen säumig ist?

Auch demokratiepolitisch ist die neue Situation bedenkenswert. Durch die Entwicklungen der letzten Jahre und die Unfähigkeit der Politik, fundamentale Antworten auf die Herausforderungen der Krise zu geben, gerät die EZB in eine immer gewichtigere, verantwortungsvolle und damit auch mächtigere Position.

Nun ist es so, dass die EZB, deren Vertreter nicht demokratisch gewählt und legitimiert sind, sehr viel Einfluss darauf haben, ob Regierungen von Krisenstaaten im Amt verbleiben können oder unter dem Druck von Finanzmärkten und der „Straße“ stürzen. Draghi ist – ob er es wollte oder nicht – im Zuge der



Eurokrise und der drastischen Rettungsmaßnahmen zu einer der mächtigsten Personen Europas geworden.¹⁶

Griechenland

In Griechenland standen am 17. Juni – erneut – Schicksalswahlen an. Bei den Parlamentswahlen vom 06. Mai wandten sich die griechischen Wählerinnen und Wähler von den beiden (damaligen) Großparteien, der konservativen Nea Demokratia (ND) und der sozialistischen PASOK ab. Die ND verlor am 06. Mai 14,6%, abgestraft wurde aber vor allem die PASOK, welche mehr als dreißig Prozent der Wählerstimmen verlor. Hauptgewinner der ersten Parlamentswahl war die linke SYRIZA unter ihrem Vorsitzenden Alexis Tsipras, welche um 12,2% zulegen konnte und auf 16,8% der Stimmen kam. Da aber in der Folge eine Regierungsbildung scheiterte, wurden erneute Parlamentswahlen notwendig, welche am 17. Juni, knapp sechs Wochen nach der ersten Wahl, abgehalten wurden.

Befürchtungen der EU-Staaten, dass mit einem Wahlsieg der SYRIZA, Griechenland den Konsolidierungskurs verlassen und einen einseitigen Schuldenschnitt verkünden könnte, bewahrheiteten sich jedoch nicht. Trotz nochmaliger Zugewinne von 10,1% blieb die SYRIZA nur zweitstärkste Kraft, da auch die konservative ND unter Parteichef Andonis Samaras deutliche Zugewinne verbuchen konnte und stärkste Kraft blieb.

Samaras bildete mit der PASOK und der Kleinpartei DIMAR („Demokratische Linke“) eine neue Regierung, mit der er im Parlament über 179 von 300 Sitzen verfügt. Samaras blickt auf eine kontroverse politische Karriere zurück – so kandidierte er 1993 mit einer von ihm gegründeten Partei gegen die Nea Demokratia, was zu deren damaligen Wahlverlust beitrug. Mit seiner Vereidigung als Ministerpräsidenten löste er den technokratischen Übergangsministerpräsidenten Loukas Papadimos ab.

Unmittelbar nach der Wahl stand Samaras vor der schwierigen Aufgabe, nochmals ein drastisches Sparpaket zu schnüren. Als Voraussetzung für die Auszahlung von weiteren 31 Milliarden Euro aus dem insgesamt 130 Milliarden Euro umfassenden zweiten Hilfspaket für Griechenland, sollte die Regierung in Athen Einsparungen von insgesamt 11,5 Milliarden Euro für die Jahre 2013 und 2014 finden. Die bisher angekündigten Maßnahmen sehen unter anderen Einsparungen bei den Renten von insgesamt 4,6 Mil-

¹⁶ vgl. Die Zeit, 14. September 2012



© Kadellar

Protestkundgebung auf der Puerta del Sol in Madrid

liarden Euro, eine Reduktion der Gehälter im öffentlichen Dienst von 1,3 Milliarden und eine Kürzung der Polizistengehälter um 12% vor.

Einsparungen bei den Rüstungs- und Verteidigungsausgaben scheiterten bislang am Widerstand der in Griechenland mächtigen Militärs.¹⁷ Am 27. September verkündete die griechische Regierung – erneut – eine grundsätzliche Einigung über das Sparpaket, allerdings ohne Details zu verraten, welche Maßnahmen gesetzt werden sollen.¹⁸

In der Zwischenzeit verdichten sich die Hinweise, dass Griechenland mehr Zeit für die Erfüllung der Sparauflagen bekommen könnte. Die österreichische Finanzministerin Fekter, der niederländische Finanzminister de Jaeger und IWF-Chefin Christine Lagarde äußerten sich am Rande des Treffens der EU-Finanzminister im zypriotischen Nikosia dahingehend.¹⁹

Eine endgültige Entscheidung ob und unter welchen Bedingungen die 31 Milliarden Euro aus dem zweiten Hilfspaket zur Auszahlung kommen, ist allerdings erst am EU-Gipfel am 18./19. Oktober in Brüssel zu erwarten. In der Zwischenzeit nahm die Arbeitslosigkeit in Griechenland immer weiter zu. Die Arbeitslosenquote betrug im Juni rund 25% und die Arbeitslosigkeit der jungen Erwachsenen lag bei 55%.²⁰

¹⁷ vgl. Die Zeit, 03. September 2012

¹⁸ vgl. FAZ (2), 27. September 2012

¹⁹ vgl. Die Zeit, 14. September 2012

²⁰ Eurostat

²¹ vgl. FAZ (1), 27. September 2012

²² vgl. FAZ, 02. Oktober 2012

Spanien

Die finanzielle und soziale Lage in Spanien spitzte sich immer weiter zu. Am 27. September stellte der spanische Finanzminister Cristóbal Montoro den Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vor, der drastische Sparmaßnahmen enthält. 2013 sollen rund 40 Milliarden an Ausgaben eingespart werden, jedes Ministerium muss mit 8,9% weniger an Geldmitteln auskommen. Das Haushaltsdefizit soll 2013 auf 4,5% des BIP gedrückt werden. Ein ambitioniertes Ziel, da für das heurige Jahr das Ziel von 6,3% deutlich verfehlt wurde und ein Minus von 7,4% zu Buche steht.

Nach den Angaben des Budgetentwurfs wird der Schuldenstand Spaniens 2013 die Höhe von 90,5% des Bruttoinlandsproduktes erreichen. Allerdings wurde bereits kritisiert, dass die Berechnungen der Regierung auf zu optimistischen Annahmen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung fußen. Der Haushaltsentwurf rechnet mit einem Rückgang der spanischen Wirtschaftsleistung von 0,5% im Jahr 2013, der IWF allerdings mit einer Schrumpfung von 1,3%. Spanien muss 2013 rund ein Viertel seines gesamten Budgets für Zinszahlungen ausgeben. Nach Bekanntgabe des Haushaltsplanes stiegen die Zinssätze für spanische Staatsanleihen erneut über die Sechs-Prozent-Grenze.²¹

Gerüchteweise steht ein Antrag der spanischen Regierung um Hilfe des EFSF/ ESM bevor.²² Ein Schlüpfen unter den europäischen Rettungsschirm wäre die Voraussetzung für die Inanspruchnahme des neuen Anleihenprogrammes der EZB (OMT). Zeitgleich gab es erneut Massenproteste gegen die Sparpolitik der Regierung. Zehntausende Menschen forderten den Rücktritt der Regierung, Neuwahlen und eine neue Verfassung. Der soziale Druck in Spanien stieg weiter: ein Viertel aller Spanier war im August ohne Arbeit. Nicht inkludiert in dieser Statistik sind diejenigen, die es bereits aufgegeben haben, eine Arbeit zu suchen. Offiziell sind 4,7 Millionen Menschen in Spanien ohne Arbeit. Katastrophal ist weiterhin die Jugendarbeitslosigkeit, die über 50% beträgt.

Österreich

Ja zu ESM und Fiskalpakt

Nach hitzigen Debatten, stimmte das österreichische Parlament am 04. Juli 2012 schließlich den Verträgen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM

„Team Stronach für Österreich“ bei der nächsten Nationalratswahl an. Stronach gelang es Mandatare anderer Parteien für sich zu gewinnen, sodass keine Unterstützungserklärungen für das Antreten bei der Nationalratswahl gesammelt werden müssen.

Wirtschaftspolitisch ist „Team Stronach“ gegen jetzige Einheitswährung Euro, sondern möchte nationale „Euros“ einführen, die frei untereinander konvertierbar wären. Fiskalisch besetzt die Stronach-Partei konservative Positionen, spricht sich für eine radikale Vereinfachung des Steuersystems aus und möchte Steuern senken.²³ Stronach hat gute Chancen, es in den nächsten österreichischen Nationalrat einzuziehen. Aktuelle Umfragen sehen seine Gruppierung bei elf Prozent.²⁴

Die Konjunktur in Österreich

In einem schwierigen und von makroökonomischen Unsicherheiten geprägten wirtschaftlichen Umfeld kann sich die heimische Wirtschaft derzeit relativ gut behaupten. Auch im zweiten Quartal 2012 stieg die



Das österreichische Parlament stimmte dem ESM und dem Fiskalpakt zu.

und zum Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, kurz Fiskalpakt, zu. Die Stimmen für den Fiskalpakt kamen von den beiden Regierungsparteien SPÖ und ÖVP. Bei der Abstimmung zum ESM wurden die Stimmen mindestens einer Oppositionspartei benötigt, um die notwendige Zweidrittelmehrheit zu erreichen. Schlussendlich stimmten die Grünen mit der Regierung mit.

Frank - der bekannte Unbekannte

Der Austro-kanadische Milliardär Frank Stronach kündigte das Antreten mit seiner eigenen Partei

Wirtschaftsleistung an. Allerdings zeigte sich eine Verlangsamung des Wachstumstrends. Stieg das Bruttoinlandsprodukt im ersten Quartal 2012 gegenüber dem Vorquartal noch um 0,5% an, so betrug das Wachstum im zweiten Quartal nur mehr 0,2%.

Einen positiven Beitrag lieferte der produzierende Bereich, der um 0,9% zunahm. Der Handel, das Verkehrswesen und die Fremdenverkehrswirtschaft steigerten sich um 0,1%. Der Baubereich sank dem gegenüber um 0,4% ab. Beide, Exporte (+0,5%), wie auch die Importe (+0,6%), wiesen leichte Zuwachsraten auf, sodass sie sich in der Bilanz neutralisier-

23 Team Stronach für Österreich - Grundsatzprogramm

24 vgl. Wiener Zeitung, 27 September 2012

ten. Von der Exportwirtschaft ging daher kein Beitrag zum Wachstum aus.

Die Konsumausgaben stiegen leicht an, da vor allem der Sektor Staat seinen Konsum im Vergleich zum Vorjahr um 0,5% steigerte, der private Konsum stagnierte allerdings und veränderte sich im Vergleich mit den ersten drei Monaten des Jahres 2012 nicht (+0,0%).

Die Tiroler Wirtschaft im ersten Quartal 2012

Auf die österreichischen Bundesländer bezogene Konjunkturdaten unterliegen einer größeren Verzögerung, sodass sich die aktuell verfügbaren Daten auf das erste Quartal 2012 beziehen.²⁵

Die Tiroler Sachgüterproduktion erlebte im ersten Quartal 2012 einen deutlichen nominellen Rückgang. Die abgesetzte Produktion ging um 2,2% zurück, der stärkste Rückgang aller Bundesländer. Davon waren viele Branchengruppen betroffen, die einzige positive Entwicklung zeigte sich in der Papierindustrie, deren Produktion sich gegenüber dem Vorjahr um 61,8% ausweitete.

Trotz der sinkenden Produktion wurde die Beschäftigung in der Sachgütererzeugung um 1.300 Stellen ausgeweitet. Das Zusammenspiel von gestiegener



Die Tiroler Bauwirtschaft musste im zweiten Quartal 2012 Einbußen hinnehmen.

Beschäftigung und sinkender Produktion bedeutete einen (rechnerischen) Produktivitätsverlust von 2,0%.

Die stärkste Beschäftigungsausweitung fand in der Metallindustrie statt (+550 Stelle).

Die Tiroler Bauwirtschaft entwickelte sich im Vergleich zum Bundestrend unterdurchschnittlich und musste sowohl beim Hochbau, als auch beim Tiefbau Einbußen hinnehmen. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten ging im ersten Quartal um 1,3% zurück, die Zahl der Arbeitslosen aus der Baubranche stieg um 9,1%. Jedoch konnte die kräftige Beschäftigungsausweitung im zweiten Quartal 2012 den Jobverlust im ersten Quartal kompensieren, sodass für das erste Halbjahr 2012 mit einem Beschäftigungszuwachs von 0,6% doch eine positive Bilanz gezogen werden kann.

Der vom Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut durchgeführte Konjunkturtest weist darauf hin, dass es zu einer Verbesserung der Auftragslage bei den Unternehmen der Tiroler Bauwirtschaft kommen könnte. Im Jänner bezeichneten 70% der Betriebe ihre Auftragslage als ausreichend, im Juli waren es 80%.

Im Tourismus trug das starke Wachstum der Nchtigungen von Inländerinnen und Inländern getragen (+6,5%) die positive Entwicklung. Die Auslandsnachfrage expandierte etwas schwächer (+3,0%). Der wichtigste Auslandsmarkt, Deutschland, wuchs mit 3,8%. Sehr positiv zeigte sich die Entwicklung bei den Schweizer Gästen (+15,0%) und bei den Gästen aus Russland (+11,2%).

Hinsichtlich der Qualität der Nachfrage setzte sich der bereits lange anhaltende Trend fort, dass vor allem die hochwertigen Angebote nachgefragt wurden. Die 5- und 4-Sterne-Kategorie expandierte mit 3,9%, die Häuser der 3-Sterne-Klassen mit 2,8%, die 2- und 1-Sterne-Kategorie nur mehr mit 0,6% und die Nachfrage nach privaten Quartieren reduzierte sich um 0,6%.

Durchschnittlich blieben die Gäste 4,9 Nächte in Tirol, der längste Nchtigungsdurchschnitt aller österreichischen Bundesländer.

²⁵ Die folgenden Daten beziehen sich auf: WIFO - Die Wirtschaft in den Bundesländern, August 2012

Literaturliste/ Datenquellen

Konjunkturlokomotive China verliert weiter an Schwung
Handelsblatt, 09. August 2012
<http://www.handelsblatt.com/politik/konjunktur/nachrichten/langsameres-wachstum-konjunkturlokomotive-china-verliert-weiter-an-schwung-/6979266.html>
Zugriff: 22. August 2012

Chinas Exportwachstum kommt fast zum Erliegen
Die Zeit, 10. August 2012
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-08/china-exportwachstum>
Zugriff: 22. August 2012

PBC interest rate – Chinese Central Bank's Interest Rate
Global Rates.com, 22. August 2012
<http://www.global-rates.com/interest-rates/central-banks/central-bank-china/pbc-interest-rate.aspx>
Zugriff: 22. August 2012

BOFIT China Statistics
The Bank of Finland Institute für Economies in Transition, 16. Juli 2012
http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/kiinatilastot/Pages/default.aspx
Zugriff: 22. August 2012

The rotten heart of finance: a scandal over key interest rates is about to go global
The Economist, 7. Juli 2012
<http://www.economist.com/node/21558281>
Zugriff: 22. August 2012

Blood in the Water: The onslaught of cases tied to LIBOR gains force
The Economist, 4. August 2012
<http://www.economist.com/node/21559958>
Zugriff: 22. August 2012

What is the Fiscal Cliff and Why should we care?
The Fiscal Times, 17. Juli 2012
<http://www.thefiscaltimes.com/Articles/2012/07/17/What-Is-the-Fiscal-Cliff-and-Why-Should-We-Care.aspx#page1>
Zugriff: 23. August 2012

Supreme Court Upholds Health Care Law, 5-4, in Victory for Obama
The New York Times, 28. Juni 2012
<http://www.nytimes.com/2012/06/29/us/supreme-court-lets-health-law-largely-stand.html?pagewanted=all>
Zugriff: 23. August 2012

US Department of Commerce: Bureau of Economic Analysis
US Economy at a Glance, 16. August 2012
<http://www.bea.gov/newsreleases/glance.htm>
Zugriff: 23. August 2012

US Bureau of Labor Statistics
Labor Force Statistics from the Current Population Survey, 6. Juli 2012
<http://www.bls.gov/cps/tables.htm>
Zugriff: 23. August 2012

Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zur Verhinderung der Ratifikation von ESM-Vertrag und Fiskalpakt überwiegend erfolglos
Bundesverfassungsgericht, 12. September 2012
<http://www.bverfg.de/pressemitteilungen/bvg12-067.html>
Zugriff: 01. Oktober 2012

Auf dem Weg zu einer Bankenunion
Europäische Kommission, Memo, 10. September 2012
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=MEMO/12/656&format=PDF&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>
Zugriff: 01. Oktober 2012

Technical Features of Outright Monetary Transactions
Europäische Zentralbank, Presseausendung 06. September 2012
http://www.ecb.int/press/pr/date/2012/html/pr120906_1.en.html
Zugriff: 06. September 2012

Spanien will im kommenden Jahr 40 Milliarden Euro einsparen
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 2012 (1)
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/spanien/haushaltentwurf-spanien-will-im-kommenden-jahr-40-milliarden-euro-einsparen-11906883.html>
Zugriff: 02. Oktober 2012

Griechische Koalition einigt sich auf weiteres Sparpaket
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27. September 2012 (2)
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/griechenland/schuldenkrise-griechische-koalition-einigt-sich-auf-weiteres-sparpaket-11905842.html>
Zugriff: 02. Oktober 2012

Spanien will vielleicht komplett unter den Rettungsschirm
Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02. Oktober 2012
<http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/spanien/geruechte-spanien-will-vielleicht-komplett-unter-den-rettungsschirm-11911374.html>
Zugriff: 02. Oktober 2012

Grundsatzprogramm (Unterlage in Arbeit)
Team Stronach für Österreich, 26. September 2012
http://www.teamstronach.at/sites/default/files/public/parteiprogramm_schwerpunkte_26-09-2012.pdf
Zugriff: 02. Oktober 2012

Stonach-Partei im Umfrage-Hoch
Wiener Zeitung, 27. September 2012
http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/oesterreich/politik/489801_Stronach-Partei-im-Umfrage-Hoch.html
Zugriff: 02. Oktober 2012

Die Wirtschaft in den Bundesländern I. Quartal 2012
WIFO - Wirtschaftsforschungsinstitut, August 2012

Wie die Troika um Panzer und Rentner schachert
Die Zeit, 03. September 2012
<http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-09/griechenland-militaer-sparplan>
Zugriff: 22. September 2012

Aufschub für Griechenland wird immer wahrscheinlicher
Die Zeit, 14. September 2012
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-09/lagarde-griechenland-sparauflagen>
Zugriff: 23. September 2012

Wer hütet die Banken?
Die Zeit, 19. September 2012
<http://www.zeit.de/2012/38/Bankenunion-Rettungsschirm>
Zugriff: 22. September 2012

Der übermächtige Draghi kann es nicht alleine
Die Zeit, 14. September 2012
<http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-09/ezb-draghi-macht>
Zugriff: 02. Oktober 2012

Der Tiroler Arbeitsmarkt

Das Tiroler Arbeitsmarktgeschehen im zweiten Quartal 2012

Im zweiten Quartal 2012 waren durchschnittlich 291.131 Personen in unselbständiger Beschäftigung ein Plus von 1,3% bzw. von 3.871 Personen. Die Anzahl der Männer in Beschäftigung stieg um 1,5%, die Zahl der beschäftigten Frauen mit um 1,2%.

Vor allem in der Sachgüterproduktion steigerte sich die Beschäftigung stark. Im zweiten Quartal waren im Schnitt 48.784 Personen in den Tiroler Produktionsbetrieben angestellt. Das bedeutete eine Zunahme von 3,7%. Dabei gab es nur wenige Unterschiede zwischen Männern und Frauen: die Anzahl der beschäftigten Männer stieg um 3,8%, die der Frauen um 3,4%.

Im Baugewerbe stieg die Beschäftigung gegenüber dem Vorjahr um 2,1% auf 25.460 Personen an. Auch im Handel weitete sich die Anzahl der unselbständig Beschäftigten um 1,3% auf 45.943 im Quartalsdurchschnitt aus. Das Gastgewerbe konnte ein Beschäftigungsplus von 2,6% vorweisen und hielt bei 26.719 beschäftigten Personen.

Ein deutlicher Beschäftigungszuwachs war im Gesundheits- und Sozialwesen zu verzeichnen: Eine Beschäftigungszunahme von 4,2% ließ die Anzahl der in dieser Branchen aktiven Personen auf 29.707 anwachsen.

Das Tiroler Arbeitskräftepotenzial, die Anzahl der Personen, die dem Tiroler Arbeitsmarkt als Arbeitskräfte theoretisch zur Verfügung stehen, stieg im zweiten Quartal 2012 um 1,4% an. Im Schnitt standen 317.868 Personen zur Beschäftigung bereit. Das gestiegene Arbeitskräftepotenzial erklärt auch, warum trotz steigender Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit zunahm.

Im Schnitt waren 20.737 Personen als Arbeit suchend beim AMS gemeldet, das bedeutete für das zweite Quartal eine Arbeitslosenquote von 7,0%. Die Arbeitslosenrate der Männer machte 6,1% aus. Die Zahl der arbeitslosen Männer betrug durchschnittlich 9.643 Personen, eine Zunahme von 4,7% gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosigkeit der Frauen lag bei



Die Beschäftigung im Tiroler Gesundheits- und Sozialwesen nimmt zu: +4,2% gegenüber dem Vorjahr.

11.094 Personen (+2,1% gegenüber dem Vorjahr), was eine Arbeitslosenquote von 8,0% bedeutete. Die Branche mit den meisten Arbeitslosen war (auch saisonbedingt) das Gastronomie- und Beherbergungswesen mit 8.775 beschäftigungslosen Personen. Im Vergleich zum Vorjahr stieg die Zahl der arbeitslosen Tourismusangestellten um 4,3% an. Aus dem Handel mussten 2.593 Personen auf Arbeitssuche gehen: die Anzahl der Arbeitslosen aus dieser Branche stieg um 1,2% an. Im Verkehrswesen waren im Durchschnitt 1.857 Personen ohne Arbeit, eine Steigerung um 9,8% gegenüber dem Vorjahresquartal. Eine deutliche Steigerung war im Gesundheits- und Sozialwesen zu beobachten: im Vergleich zum Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit in diesem Bereich um 10,4% an, sodass 881 Personen ohne Arbeit waren (gleichzeitig stieg, wie weiter oben bereits erwähnt, auch die Beschäftigung um 4,2% an).

Der Bezirk Imst

Die Beschäftigung im Bezirk Imst blieb im zweiten Quartal 2012 beinahe auf dem gleichen Niveau wie im Jahr zuvor. Im Schnitt standen 23.870 in Beschäftigung, eine Steigerung um 0,7%. Die Beschäftigungszunahme im Bezirk Imst lag unter der durchschnittlichen Ausweitung in Tirol von 1,3%.

Gleichzeitig nahm die Arbeitslosigkeit im Bezirk deutlich zu. Mit 2.150 Arbeitslosen im Quartalsdurchschnitt waren um 8,9% mehr Menschen ohne Arbeit als im Vorjahr. Die Frauen waren mit einer Steigerung von 10,3% stärker betroffen als die Männer mit 7,1%. Die Arbeitslosenquote in Imst betrug 9,0%. Die der Frauen lag bei 11,4%, die der Männer mit 7,1% deutlich darunter.

Die Anzahl der jungen Erwachsenen unter 24 Jahren auf Arbeitssuche stieg im Jahresvergleich um 6,0% an. Der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit geschah ausschließlich bei den Frauen: die Zahl der beschäftigungslosen jungen Frauen stieg um gleich 12,8% an, während die Zahl der beim AMS gemeldeten jungen Männer sogar leicht um 0,5% sank.

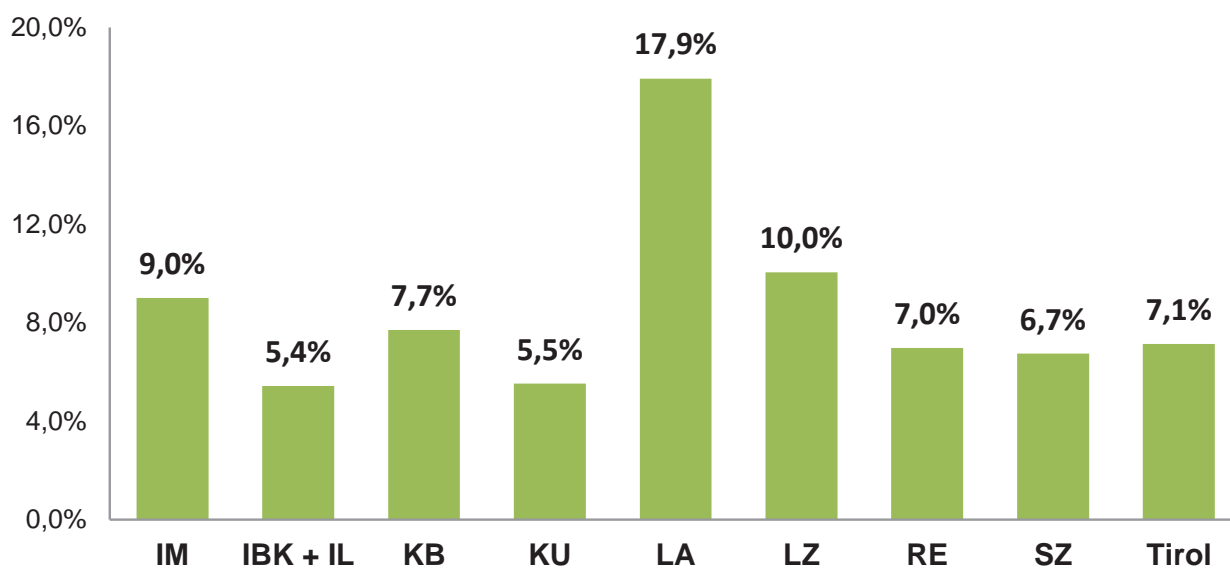
Deutlich zu nahm die Zahl der älteren Erwerbslosen. Die Gruppe der Arbeitslosen 50+ wurde um 19,9% gegenüber dem Vorjahr größer. Auch hier waren wieder die Frauen überproportional betroffen: deren Anzahl stieg um 24,4%. Die Zahl der arbeitslosen Männer in der Altersgruppe stieg um 14,6%.

Innsbruck und Innsbruck-Land

Mit 120.457 Personen in Beschäftigung war der Arbeitsmarktbezirk Innsbruck/ Innsbruck-Land der größte Tirols. Die Beschäftigung nahm gegenüber dem Vorjahr im zweiten Quartal 2010 um 1,0% zu. Innsbruck/ Innsbruck-Land weitete seine Beschäftigung etwas unterdurchschnittlich aus (Tirol: +1,3%). Die Arbeitslosigkeit stieg um 2,3%, auf einen Durchschnittswert von 6.542 Personen an. Die Arbeitslosigkeit der Frauen nahm um nur 0,4% zu, während die Zahl der Arbeit suchenden Männer um 3,9% expandierte. Die Arbeitslosenquote lag bei 5,4%, wobei die Quoten für die Frauen (5,1%) und für die Männer (5,8%) nicht weit auseinander lagen.

Langsamer verlief die Entwicklung bei den arbeitslosen jungen Erwachsenen: deren Anzahl nahm um 1,8% zu und lag damit unter der allgemeinen Zunahmen der Arbeitslosigkeit. Die Zahl der arbeitslosen jungen Frauen ging im Jahresvergleich sogar um 0,8% zurück. Die Zahl der arbeitslosen jungen Männer stieg allerdings um 4,0% an.

Die Gruppe der älteren Arbeitslosen weitete sich dagegen überdurchschnittlich schnell aus: im Quartalsdurchschnitt um 4,3%. Die Arbeit suchenden Männer 50+ waren mit einer Zunahme von 5,4% stärker betroffen als die Frauen 50+ auf Arbeitssuche, deren Anzahl um 2,9% zulegen.



Arbeitslosenrate im Quartal II 2012

Der Bezirk Kitzbühel

Im Bezirk Kitzbühel standen im zweiten Quartal 2012 im Durchschnitt 23.473 Personen in Beschäftigung, was einem Zuwachs von 1,2% bzw. von 284 Personen gegenüber dem Vorjahr bedeutete. Kitzbühel lag damit fast gleichauf mit dem durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs Tirols von 1,3%.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk ging um 1,2% zurück, sodass im Quartalschnitt 1.808 Personen auf Arbeitssuche waren. Frauen waren von der Arbeitslosigkeit (saisonal bedingt) stärker betroffen: rund 1.031 Frauen waren als Arbeit suchend vorgemerkt, um 2,4% weniger als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der arbeitslosen Männer lag bei 776 Personen und damit um 0,5% höher als im Jahr 2011.

Die Arbeitslosenquote im Bezirk lag bei 7,7% - über der Tiroler Quote von 7,1%. Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug 9,3%, die der Männer bei 6,3%. Beide lagen ebenfalls über dem Tiroler Durchschnitt (Frauen: 8,2%; Männer: 6,2%).

Erfreulich zeigte sich die Entwicklung bei der Arbeitslosigkeit der jungen Erwachsenen. Die Zahl der Unter-24jährigen Arbeitslosen reduzierte sich im Bezirk um 2,4% auf durchschnittlich 255 Personen. Mehr profitieren von dieser positiven Entwicklung konnten die Frauen. Die Zahl der Arbeit suchenden jungen Frauen ging um 6,4% zurück. Die Zahl der beim AMS gemeldeten jungen Männer um 1,4%.

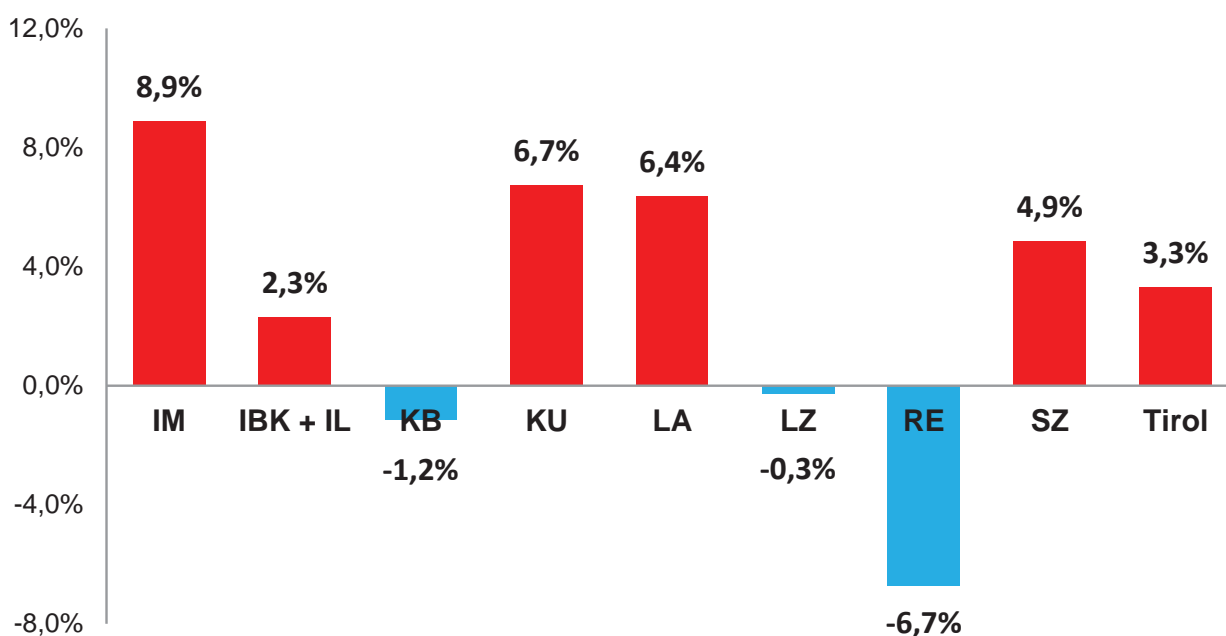
Verschlechtert zeigte sich die Situation der Gruppe 50+ am Arbeitsmarkt. Die Zahl der Arbeitslosen aus dieser Altersgruppe stieg im Jahresvergleich um 5,2% an. Stärker betroffen waren die Frauen, deren Anzahl um 5,9% zunahm, die Zahl der Männer 50+ ohne Arbeit stieg um 4,4%.

Der Bezirk Kufstein

Im Bezirk Kufstein stieg die Beschäftigung im zweiten Quartal 2010 um 1,4% (durchschnittlich 558 Personen) auf eine Gesamtzahl von 42.253 Personen an. Kufstein weitete damit seine Beschäftigung leicht überdurchschnittlich aus, die durchschnittliche Beschäftigungszunahme in Tirol betrug 1,3%.

Begleitet wurde diese positive Entwicklung allerdings von einer Zunahme der Arbeitslosigkeit um 6,7%, sodass im Quartalschnitt 2.338 Personen ohne Arbeit waren. Die Arbeitslosigkeit in Kufstein nahm damit weit überdurchschnittlich zu (Tirol: +3,3%). Nur wenig von der Ausweitung der Arbeitslosigkeit waren die Frauen betroffen. Die Zahl der Beschäftigung suchenden Frauen nahm im zweiten Quartal um 0,2% zu, während die Zahl der arbeitslosen Männer um 15,6% anstieg.

Trotz dieser Steigerung in der Zahl der Arbeitslosen lag die Arbeitslosenquote in Kufstein mit 5,5% noch immer unter der Tiroler Arbeitslosenrate von 7,0%.



Veränderung der Anzahl der Arbeitslosen im Quartal II 2012 gegenüber dem Vorjahr

Die Arbeitslosenquote der Frauen lag bei 6,5%, die der Männer bei 4,7%.

Die Arbeitslosigkeit der Unter-24jährigen steigerte sich im Jahresvergleich um 9,1%, wobei die jungen Männer mit einer Zunahme der Arbeitsuchenden von 14,8% deutlich stärker betroffen waren als die jungen Frauen, deren Arbeitslosigkeit um 4,2% zunahm. Die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in der Gruppe 50+ lag mit 4,2% deutlich unter dem Tiroler Durchschnitt von 8,6%. Die Zahl der arbeitslosen Frauen aus dieser Altersgruppe ging um 0,5% zurück, während sich die Anzahl der Männer um 9,4% steigerte.

Der Bezirk Landeck

Die Beschäftigung im Bezirk Landeck veränderte sich im zweiten Quartal 2012 gegenüber dem Vorjahr kaum. Um lediglich 0,4% stieg die Anzahl der Beschäftigten (+72 Personen). Damit lag der Bezirk Landeck deutlich unter dem durchschnittlichen Beschäftigungszuwachs von 1,3% in ganz Tirol.

Im selben Zeitraum stieg allerdings die Arbeitslosigkeit um 6,4% an. Zum Vergleich: die Arbeitslosigkeit in Tirol stieg um 3,3%. Im zweiten Quartal waren in Landeck im Schnitt 2.958 Personen ohne Arbeit, um 177 Personen mehr als im Jahr zuvor. Männer und Frauen waren von dieser Entwicklung gleich stark betroffen. Die Zahl der Arbeit suchenden Frauen stieg um 6,3%, die Anzahl der arbeitslosen Männer um 6,4%. Die Arbeitslosenrate im Bezirk Landeck betrug im zweiten Quartal 17,9% - mit Abstand die höchste in Tirol.

Positiv entwickelte sich hingegen die Jugendarbeitslosigkeit, welche im Jahresvergleich um 0,2% zurückging. Überdurchschnittlich negativ zeigte sich allerdings der Arbeitsmarkt für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über 50 Jahre. Die Zahl der Arbeitslosen aus dieser Altersgruppe stieg weit überdurchschnittlich um 14,2% an. Die Frauen waren mit einem Anstieg von 17,5% stärker betroffen als die Männer mit einem Anstieg von 10,0%.

Der Bezirk Lienz

Die Beschäftigtenzahlen im Bezirk Lienz stiegen im zweiten Quartal 2012 mit einer Zunahme von 2,1% schneller als im Tiroler Durchschnitt (+1,3%). Im Schnitt standen im Bezirk in den Monaten April bis Juni 18.139 Personen in einer unselbständigen Beschäftigung.

Im Schnitt waren in Lienz 1.821 Personen ohne Arbeit, was einer Stabilisierung auf dem Niveau des



Problematischer Arbeitsmarkt: bei der Altersgruppe 50+ gab es z.T. deutliche Steigerungen der Arbeitslosenzahlen

Vorjahres (-0,3%) bedeutete, während im Tiroler Durchschnitt die Zahl der Arbeitslosen um 3,3% zunahm. Die Arbeitslosenquote von 10,0% war allerdings die zweithöchste in Tirol in diesem Zeitraum.

Auch präsentierte sich die Situation für die Männer und Frauen unterschiedlich, denn vom Rückgang bzw. der Stabilisierung der Arbeitslosigkeit profitierten ausschließlich die Frauen. Die Zahl der Arbeit suchenden Frauen ging um 3,4% zurück, während die Anzahl der arbeitslosen Männer um 4,2% zunahm.

Die Jugendarbeitslosigkeit reduzierte sich im Bezirk im Jahresvergleich um 9,2%, sodass im Schnitt 276 Männer und Frauen unter 24 Jahren ohne Arbeit waren. Auch hier waren die Frauen besser positioniert. Die Arbeitslosigkeit der jungen Frauen ging mit 11,5% fast doppelt so stark zurück, wie diejenige der Männer selben Alters mit 6,4%.

Zu nahm allerdings die Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe über 50 Jahre. Die Zahl der Arbeit suchenden Personen 50+ stieg um 12,7% an, deutlich stärker als im Tiroler Durchschnitt von 7,8%. Der Anstieg verlief bei Männern und Frauen annähernd gleich (Männer: +13,2%; Frauen: +12,2%).

Der Bezirk Reutte

Im Bezirk Reutte standen im zweiten Quartal 2012 im Schnitt 12.388 Personen in unselbständiger Arbeit, eine Zunahme von 1,4% gegenüber dem Vorjahr. Dies entspricht im Wesentlichen der Tiroler Entwicklung (+1,3%).

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk ging im Jahresvergleich um 6,7% zurück – der stärkste Rückgang aller Tiroler Bezirke. Mit einer Arbeitslosenrate von 7,0% lag Reutte im Tiroler Mittelfeld. Allerdings war eine

zweigeteilte Entwicklung festzustellen. Bei den Frauen stagnierte die Arbeitslosigkeit (-0,9%), während die Zahl der arbeitslosen Männer deutlich abnahm (-14,7%). Auch lag die Arbeitslosenrate der Frauen (9,6%) fast doppelt so hoch wie die Arbeitslosenrate der Männer (4,9%).

Der unterschiedliche Verlauf der Arbeitsmarktsituation zwischen Männern und Frauen setzt sich auch bei der Jugendarbeitslosigkeit fort. Zwar ging die Zahl der beim AMS gemeldeten Unter-24jährigen um 10,8% zurück (stärkster Rückgang in Tirol), allerdings konnten nur die Männer davon profitieren. Während sich die Zahl der arbeitslosen jungen Männer um fast ein Drittel (-31,2%) reduzierte, stieg die Arbeitslosigkeit der jungen Frauen um 8,0% an.

In der Altersgruppe über 50 Jahre stieg die Arbeitslosigkeit im Jahresvergleich um 7,9% an. Die Zahl der arbeitslosen Frauen 50+ stieg um 6,7%, die Zahl der Männer um 9,4%.

Der Bezirk Schwaz

33.450 Personen standen im Bezirk Schwaz im zweiten Quartal 2012 im Schnitt in einer unselbständigen Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutete dies eine Zunahme von 1,0%, etwas weniger als der Tiroler Durchschnitt von 1,3%.

Die Arbeitslosigkeit im Bezirk stieg mit einer Zunahme von 4,9% im Jahresvergleich stärker an als in Gesamt-Tirol (+3,3%). Die Arbeitslosenrate lag mit 6,7% etwas unterhalb der Tiroler Rate von 7,0%. Die Arbeitslosigkeit der Frauen nahm mit einem Plus von 5,1% etwas stärker zu, als diejenige der Männer mit 4,5%. Auch die Arbeitslosenrate der Frauen (8,7%) lag höher als die der Männer (5,1%).

Die Jugendarbeitslosigkeit nahm um 1,8% zu. Die Zahl der Arbeit suchenden Frauen unter 25 Jahren stieg um 2,4%, die der Männer um 1,0%.

Auch die Zahl der älteren Arbeitslosen stieg an, jedoch mit 2,4% deutlich unter dem Tirol-Schnitt von 7,8%. Hier zeigten sich deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Während die Arbeitslosigkeit der Männer im Alter 50+ sogar um 4,1% abnahm, stieg sie bei den Frauen um 8,1% an. Schwaz war der einzige Bezirk in dem die Arbeitslosigkeit der Älteren zumindest bei einem Geschlecht abnahm.

Inflation

Einige Aspekte zur Geldentwertung

Mit Inflation wird die Geldentwertung im Zeitablauf bezeichnet. Die Inflationsrate ist eine der wichtigsten volkswirtschaftlichen Größen. Im Gegensatz zu anderen, oft eher abstrakten wirtschaftlichen Prozessen, sind Veränderungen der Inflation direkt im Alltag und von jeder und jedem spürbar. Die Preise steigen, weswegen mit derselben nominellen Summe an Geld, 100 Euro z.B., weniger gekauft werden kann – die Kaufkraft sinkt.

Bei einer schweren Inflation verliert das Geld zunehmend seine Fähigkeit, Wert aufzubewahren. In Fällen von Hyperinflation (50% und mehr), wie sie z.B. während der Weltwirtschaftskrise in den 20er Jahren vorkam, ist das Geld sprichwörtlich nicht mehr das Papier wert, auf dem es gedruckt ist.

Obwohl sich die Inflation auf eine Prozentzahl verdichten lässt, steckt dahinter eine hohe Komplexität, denn Inflation ist das Resultat von Millionen von Preisbildungsprozessen in den Unternehmen, beeinflusst durch die Nachfragesituation, das Angebot und den Preis von Rohstoffen, dem Vertrauensklima in einer Volkswirtschaft usw.

Inflation wird angegeben als prozentuale Steigerung der Preise der Güter in einem repräsentativen Warenkorb gegenüber dem Vorjahr. Die österreichische Inflationsrate im September 2012 in der Höhe von 2,7% bedeutet, dass die Güter im Warenkorb um 2,7% mehr kosten als im September 2011. Ausgedrückt werden die Güterpreisveränderungen im Verbraucherpreisindex, der monatlich von der Statistik Austria publiziert wird.

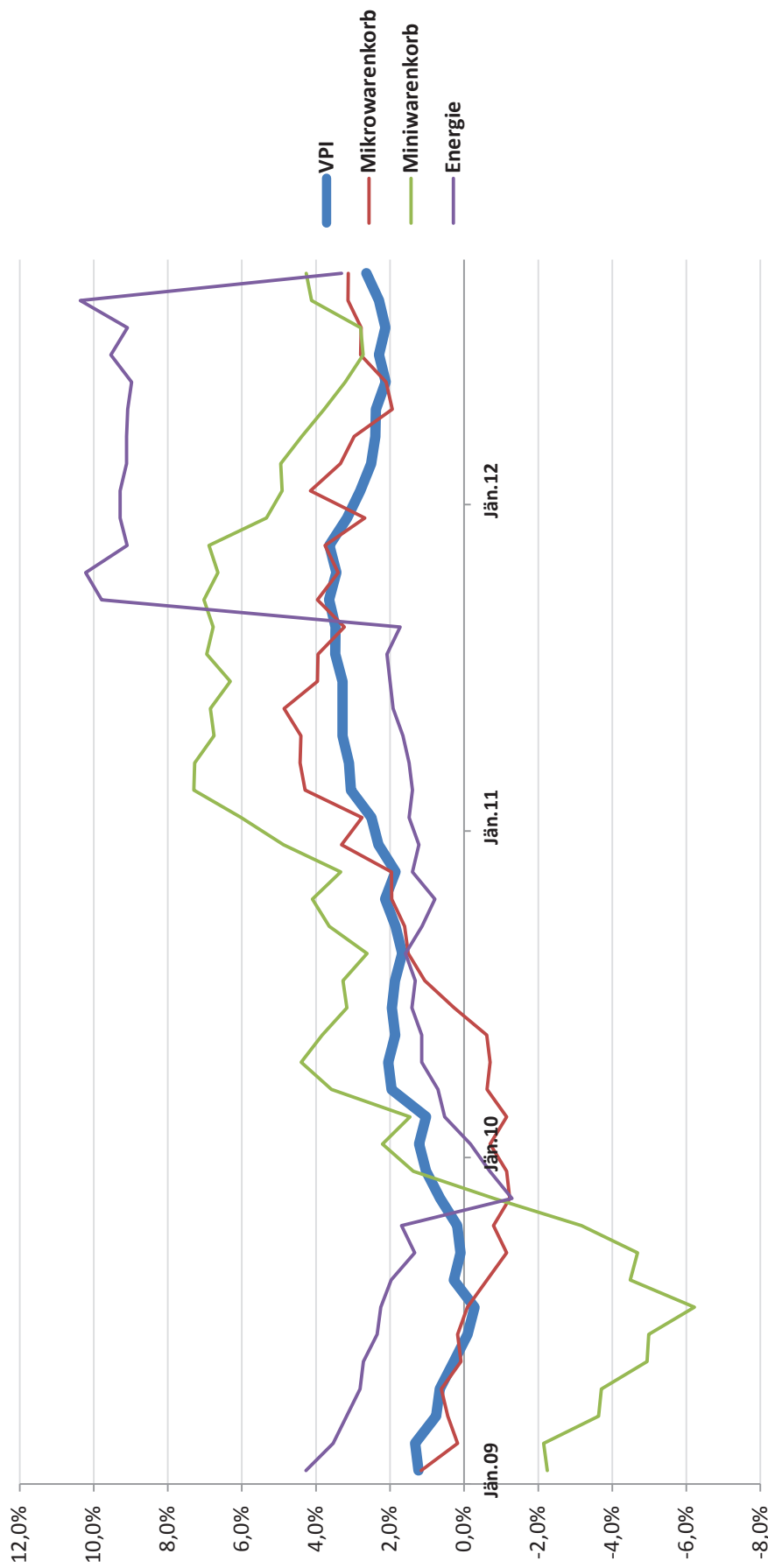
Ein Problem der Inflationsmessung ist es, dass der Warenkorb zunehmend weniger repräsentativ wird. Alle fünf Jahre, zuletzt 2010, wird der Warenkorb im Zuge der Konsumerhebung der Statistik Austria erhoben und angepasst. Allerdings verändern sich im Laufe der Zeit die Konsumgewohnheiten und auch die Qualitäten der Güter selbst verändern sich. So ist ein Mobiltelefon jetzt, mit einem fünf Jahre alten Modell kaum mehr zu vergleichen.

Inflation und Konsummuster

Die offizielle Inflation gilt nur für den repräsentativen Warenkorb. In welchem Ausmaß jemand von Inflation betroffen ist, hängt jedoch stark von der Einkommenssituation ab. Personen bzw. Haushalte mit einem niedrigeren Einkommen geben anteilmäßig mehr für den Konsum von Lebensmitteln, Treibstoffen, Heizung usw. aus, als Haushalte mit einem höheren Einkommen.

Nun sind die Preise dieser Gütergruppen besonders stark gestiegen. Während die generelle Inflation im September 2012 bei 2,7% lag, stiegen die Preise für den täglichen Einkauf (v.a. Lebensmittel) um 3,1%. Werden noch Benzin und Diesel inkludiert (Miniwarenkorb: wöchentlicher Einkauf), steigt die Inflationsrate bereits auf 4,3%. Das bedeutet, dass Haushalte, die ohnehin mit einem niedrigeren Einkommen wirtschaften müssen, zusätzlich noch einem höherem Inflationsdruck ausgesetzt sind, als Haushalte mit höheren Einkommen.

Das hat Konsequenzen für die Einkommenssituation. Haushalte in den unteren Einkommensgruppen müssten höhere nominelle Einkommenszuwächse (d.h. höhere Zahlen auf dem Gehaltszettel) bekommen, um keine Reallohnverluste hinzunehmen. Eine Kompensation im Ausmaß der offiziellen Inflation, auch diese wird vielfach nicht erreicht, ist nicht ausreichend.



Grafik 1: Die allgemeine Inflationsrate (VPI) im Vergleich mit speziellen Auswertungen. Der Mikrowarenkorb repräsentiert den täglichen Einkauf und enthält vor allem Lebensmittel. Der Miniwarenkorb spiegelt den wöchentlichen Bedarf wider und inkludiert zusätzlich Benzin und Diesel. Dazu ist noch die Preisentwicklung für Energie (Treibstoffe und sonstige Energieträger) dargestellt. Klar zu erkennen ist die z.T. deutlich überschneidende Entwicklung der Lebensmittel- und Energiepreise seit dem Jahr 2010. Die Preisgestaltung in diesen Produktkategorien ist vor allem für Haushalte mit niedrigen Einkommen eine große Belastung.

ESM

Die Entwicklung der europäischen Rettungsschirme bis hin zum ESM

Dr. Domenico Rief LL. M.

Rettungsschirme für Krisenstaaten der EU sind nun schon seit geraumer Zeit in aller Munde, dabei finden sich unterschiedliche aber doch recht ähnlich klingende Abkürzungen von EFSF, EFSM bis ESM in den Medien, begleitet von schier unvorstellbaren Euro-Summen in Milliarden-Höhe.

Dieser Artikel bietet einen Überblick über die bisher beschlossenen Rettungspakete, welche bereits fünf an der Zahl sind und mit dem ESM wohl ihren Abschluss gefunden haben.¹

Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) sieht in seinem Art. 122 Abs. 2 vor, dass die EU einem Mitgliedstaat einen finanziellen Beistand gewähren kann, wenn dieser Mitgliedstaat aufgrund außergewöhnlicher Ereignisse, die sich seiner Kontrolle entziehen, von gravierenden Schwierigkeiten ernstlich bedroht ist. Dies war bis zur ersten Änderung des Lissabon-Vertrages die rechtliche Basis der ersten, im Zuge der Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise der vergangenen Jahre beschlossenen, Rettungsschirme, welche als Instrumente zur Stabilisierung der Finanzmärkte dienen sollen.

Die Rettung Osteuropas: Ungarn, Lettland, Rumänien²

Begonnen wurde mit einer auf österreichische Initiative³ zurückgehenden Aufstockung der Fazilität⁴ des mittelfristigen finanziellen Beistands für Nicht-Euro-Länder. Dabei handelt es sich um Zahlungsbilanzhilfen für jene Mitgliedstaaten der EU, die nicht den Euro als Währung eingeführt haben. Diesen können auf Basis einer bereits im Jahr 2002 beschlossenen Verordnung finanzielle Mittel zur Stützung ihrer Zahlungsbilanzen gewährt werden. Als die Krise auf die neuen Mitgliedsländer in Mittel- und Osteuropa über-

schwappte, kam es auch zu einer Bedrohung des österreichischen Bankensektors, welcher sich seit der Ostöffnung sehr stark in diesen Staaten engagierte. Ein Kollaps des im Vergleich zur Größe der österreichischen Volkswirtschaft überproportional großen österreichischen Bankensektors aufgrund der Gefahr von massiven Kreditausfällen in Mittel- und Osteuropa, vor dem u.a. der US-Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman⁵ gewarnt hatte, wäre vom Staat Österreich finanziell wohl kaum zu verkraften gewesen. Dies führte dazu, dass die österr. Staatsanleihen kurzfristig beinahe gleich riskant wie griechische bewertet wurden. Durch die im Zuge dessen beim Europäischen Rat im März 2009 kurzfristig erfolgte Aufstockung dieser EU-Zahlungsbilanzfazilität von 25 auf 50 Mrd. Euro, die insbesondere den Mittel- und Osteuropäischen Staaten zu Gute kamen (Ungarn: 5,5 Mrd. EUR, Lettland: 2,9 Mrd. EUR und Rumänien: 5 Mrd. EUR), konnte der Druck der Finanzmärkte auf diese Staaten und somit indirekt auch auf Österreich genommen werden und die Zinsen auf heimische Staatsanleihen niedrig gehalten werden. Diese Stabilisierung der Zinsen aufgrund des ersten Rettungsschirmes ersparte Österreich nach Schätzungen eine Zinsbelastung von über 2 Mrd. Euro.⁶

Das Unterstützungspaket für Griechenland

Anfang des Jahres 2010 konnte sich Griechenland auf den Finanzmärkten nicht mehr refinanzieren, weshalb im Mai 2010 ein Unterstützungspaket der Euro-Staaten gemeinsam mit dem IWF in Höhe von gesamt 110 Mrd. Euro geschnürt wurde. Der Anteil Österreichs an den 80 Mrd. Euro der Euro-Staaten betrug 2,86 %, das sind 2,29 Mrd. Euro. Diese Kredite wurden Griechenland in bilateralen Verträgen von den jeweiligen Staaten und nicht auf EU-Ebene zugesagt.

¹ vgl. Bericht des Rechnungshofes, EU-Finanzbericht 2010, Reihe Tirol 2012/4, GZ 001.507/216-1B1/12, S. 226 ff.

² vgl. Nauschnigg, Österreich ist ein Gewinner der EU- und IWF-Schutzschirme, in: Wiener Zeitung, 30. August 2012

³ Die sogenannte „Vienna Initiative“, vgl. Nauschnigg/ Schieder, Krisenfinanzierung in der EU, in: OeNB (Hrsg.), Geldpolitik und Wirtschaft Q4/11, S. 124 ff.

⁴ Das Wort Fazilität (von lat. facilitas: Leichtigkeit) entstammt dem Bankenglisch („facility“) und bezeichnet die Möglichkeit, innerhalb festgelegter Grenzen kurzfristig Kredit in Anspruch zu nehmen oder Guthaben anzulegen.

⁵ vgl. New York Times, 15. April 2009

⁶ vgl. Nauschnigg, Krisenbewältigung Schweiz und Österreich, in FIW - Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ (Hrsg.), Policy Brief Nr. 13, November 2011, S. 1 ff.

Europäischer Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) für Portugal und Irland

Bei diesem Mechanismus, der ebenso im Mai 2010 beschlossen wurde, handelt es sich um eine europäische Maßnahme, um die Finanzstabilität der EU insgesamt zu wahren. Er ermöglicht es der Europäischen Kommission, im Namen der EU, Anleihen bis zu einem Gesamtvolumen von 60 Mrd. Euro aufzunehmen. Dieses Geld kann auf Antrag grundsätzlich allen EU-Mitgliedstaaten in Form von Darlehen oder Krediten unter Festlegung strenger wirtschaftspolitischer Bedingungen gewährt werden. Bisher wurde aus dem EFSM ein Darlehensrahmen in der Höhe von 48,5 Mrd. Euro (Irland 22,5 Mrd. Euro und Portugal 26 Mrd. Euro) eingeräumt und davon bereits 28 Mrd. EUR (Irland 13,9 Mrd. EUR und Portugal 14,1 Mrd. EUR) ausbezahlt.⁷

2012 vergab der EFSF Darlehen in Höhe von ges. 103,3 Mrd. Euro an Irland (12 Mrd. Euro), Portugal (17,4 Mrd. Euro) und Griechenland (73,9 Mrd. Euro).

Im Jahr 2010 bildete die EFSF gemeinsam mit dem EFSM und Krediten des Internationalen Währungsfonds (IWF: in Höhe von 250 Mrd. Euro) einen gemeinsamen Schutzschirm in Höhe von insgesamt 750 Mrd. Euro zur Stabilisierung der Euro-Währung.

Aber nicht einmal ein Jahr später, am 11. März 2011 beschlossen die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebietes, einerseits den Haftungsrahmen der EFSF auf 780 Mrd. Euro zu erhöhen und andererseits diesen nur befristet eingeführten Rettungsschirm dauerhaft auszugestalten und als ESM (ab Juli 2012) neu zu strukturieren. Die Aufstockung



Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)

Zeitgleich mit dem EFSM wurde in Brüssel im Rat für Wirtschaft und Finanzen der EU (ECOFIN) die zeitlich befristete Einrichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) beschlossen, um Finanzmittel an Euro-Mitgliedstaaten, welche sich in finanziellen Schwierigkeiten befinden, zur Verfügung stellen zu können. Bei der EFSF handelt es sich um eine Aktiengesellschaft mit Sitz in Luxemburg, die an den Finanzmärkten Anleihen zur Vergabe von Darlehen an die Euro-Staaten vergibt. Die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets verpflichteten sich in einem eigenen Abkommen außerhalb des EU-rechtlichen Rahmens, Haftungen für Finanzierungen der EFSF im Ausmaß von insgesamt bis zu 440 Mrd. EUR zu übernehmen. Von diesem Haftungsrahmen entfielen circa 12,24 Mrd. EUR auf Österreich. Aufgrund dieser Haftungen erhielt die EFSF zu Beginn ein AAA-Rating, welches es ihr ermöglichte, zu günstigen Konditionen Geld aufzunehmen. Dies wurde inzwischen von einer der drei großen Ratingagenturen (Standard & Poor's) gemeinsam mit dem Rating Österreichs auf ein AA+ Rating⁸ gesenkt. Bis August

hob den Anteil Österreichs am Haftungsrahmen des EFSF auf ca. 21,64 Mrd. Euro an. Doch noch vor Einführung des ESM beschlossen die Euro-Finanzminister (Euro-Gruppe) am 29. November 2011 auch eine Aufstockung des Kreditvergabevolumens (sogenannte „Hebelung“) der EFSF durch die Einführung einer Teilausfallversicherung für Staatsanleihen und die Einrichtung von Co-Investmentfonds.

Europäischer Stabilitätsmechanismus ESM Entstehungsgeschichte

Bis zum Inkrafttreten des ESM waren einige Hürden auf europäischer aber auch auf nationalstaatlicher Ebene zu meistern. Einerseits erfolgte auf EU-Ebene eine Vertragsänderung des Vertrages über die Arbeitsweise der EU⁹ (Art. 136 AEUV) und auf der anderen Seite wurde ein eigener völkerrechtlicher Vertrag zur Errichtung des ESM geschlossen. Beides musste in den jeweiligen Mitgliedstaaten ratifiziert werden. Deutschland hatte hier auf das Urteil des deutschen Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zu warten, welches die Verfassungsmäßigkeit des ESM prüfte.

Erst seit diesem Urteil vom 12. September 2012 und

⁷ vgl. Bericht des Rechnungshofes, EU-Finanzbericht 2010, Reihe TIROL 2012/4, GZ 001.507/216-1B1, S. 227

⁸ vgl. Eigendarstellung des EFSF unter www.efsf.europa.eu

⁹ Näheres dazu siehe unter dem Abschnitt „Wie fügt sich der ESM in die Institutionen der EU?“



Der ESM wurde am 04. Juli 2012 mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und der Grünen vom österreichischen Parlament beschlossen.

der vom deutschen Bundesverfassungsgericht geforderten ergänzenden Erklärung der Euro-Staaten zum ESM-Vertrag, welche am 27. September 2012 folgte, ist der Weg zur Errichtung des ESM frei. Er konnte daher erst verspätet im Oktober 2012, statt wie geplant im Juli 2012 starten. Mit Inkrafttreten des Vertrags übernimmt dieser die Aufgaben der EFSF und des EFSM.

Das Bundesverfassungsgericht hatte die Mitwirkung Deutschlands am ESM nur unter zwei bestimmten Auflagen gebilligt. Dazu gehörte erstens die völkerrechtlich verbindliche Sicherstellung, dass die deutsche Haftung auf 190 Milliarden Euro begrenzt ist und darüber hinausgehende Zahlungen nur mit Zustimmung des Bundestags möglich sind. Zweitens darf der ESM-Vertrag einer umfassenden Unterrichtung des deutschen Bundestages und des deutschen Bundesrates nicht entgegenstehen. Dies soll die Ende September von den EU-Botschaftern der Euro-Staaten angenommene interpretative Erklärung zum ESM-Vertrag gewährleisten. Deutschland hat den ESM-Vertrag daraufhin mittels Unterschrift des deutschen Bundespräsident Joachim Gauck offiziell ratifiziert. Der ESM-Vertrag konnte daraufhin in Kraft treten, da dies erst dann möglich war, wenn der Anteil jener Staaten, die den ESM-Vertrag ratifiziert haben, am Grundkapital mehr als 90 % des geplanten Stammkapitals beträgt. Diese Voraussetzung war mit der Ratifizierung Deutschlands erfüllt. Bis auf Estland wurde der Vertrag von allen Unterzeichnerstaaten, das sind alle 17 Euro-Staaten, ratifiziert.

Der österreichische Nationalrat stimmte dem ESM bereits am 4. Juli 2012 zu. Die in das Bundes-Verfassungsgesetz eingefügten Art. 50a bis 50d (ESM-BE-

gleitnovelle) regeln die Mitwirkung des Nationalrats in Angelegenheiten des ESM. Insbesondere bedarf die österr. Finanzministerin als österreichische Vertreterin im Gouverneursrat des ESM für bestimmte Entscheidungen der Ermächtigung des Nationalrats. Darunter fallen die Zustimmung bzw. Stimmenthaltung zur Gewährung einer Finanzhilfe, zur Veränderung des Stammkapitals und des maximalen Darlehensvolumens, zum Kapitalabruf und zu Änderungen der Finanzhilfeeinstrumente. Damit hat sich das österreichische Parlament zu geplanten ESM-Maßnahmen ein Vetorecht eingeräumt.

Der ESM als internationale Finanzinstitution

Mit dem ESM-Vertrag wurde eine internationale Finanzinstitution mit Sitz in Luxemburg geschaffen, die Euro-Mitgliedstaaten mit Finanzierungsproblemen unter Einhaltung wirtschaftspolitischer Auflagen, unterstützen soll.

Durch die Unterstützung einzelner Euro-Staaten soll die Stabilität der Eurozone als Ganzes gesichert werden. Völkerrechtlich handelt es sich dabei um eine zwischenstaatliche Organisation. Die Ausgestaltung des ESM-Vertrages lehnt sich am Vertrag zum Internationalen Währungsfonds (IWF) an, in dem Österreich seit 1948 Mitglied ist. Der ESM wird den Status eines bevorrechteten Gläubigers einnehmen. Dies bedeutet, dass bei einer Insolvenz eines Staates, der ESM-Hilfe in Anspruch genommen hat, diese Gelder vorrangig zurückgezahlt werden, also vor den Schulden an private Gläubiger. Einzig der Internationale Währungsfonds (IWF), welcher ebenfalls diesen Status besitzt, wird gegenüber dem ESM vorrangig bedient.

Zahlungsverpflichtungen Österreichs

Der ESM erhält ein Stammkapital von 700 Mrd. Euro, wovon 80 Mrd. Euro direkt einzuzahlen sind. Der jeweilige Anteil der Mitglieder richtet sich nach der Höhe ihres Kapitalanteils an der Europäischen Zentralbank (EZB). Für Österreich (mit einem EZB-Anteil von ca. 2,8%) ergibt sich daraus eine Beteiligung von knapp 19,5 Mrd. Euro am Stammkapital und ca. 2,23 Mrd. Euro am einzuzahlenden Kapital. Die Einzahlung erfolgt in fünf jährlichen Raten in der Höhe von jeweils 20 % des Gesamtbetrags. Österreich muss daher seine erste Rate in Höhe von 446 Mio. Euro noch im Oktober 2012 leisten, und zwar innerhalb von fünfzehn Tagen nach dem Inkrafttreten des ESM-Vertrags.

Arbeitsweise des ESM

Durch diese Kapitalstruktur soll der ESM die höchste Bonitätsbewertung erreichen und erhalten. Maximal

darf der ESM 500 Mrd. Euro an Darlehen vergeben, wofür er insbesondere Anleihen am Kapitalmarkt aufnehmen kann.

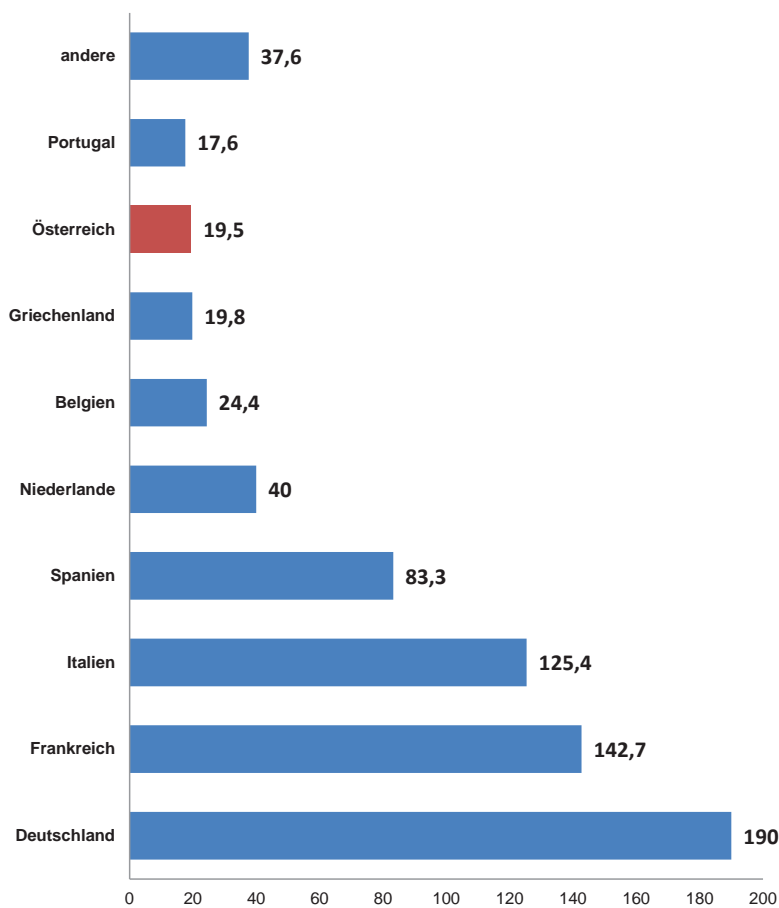
Über die Genehmigung von ESM-Geldern an einen Mitgliedstaat und die daran geknüpften Bedingungen entscheidet der Gouverneursrat, dem die jeweiligen FinanzministerInnen der Mitgliedstaaten angehören. Den Status eines Beobachters im Gouverneursrat haben der für Wirtschaft und Währung zuständige Kommissar der Europäischen Kommission und der Präsident der Europäischen Zentralbank (EZB). Der Gouverneursrat ist das höchste Beschlussfassungsorgan des ESM, in dem aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips jedes Land grundsätzlich ein Vetorecht besitzt. Nur in Notsituationen, die von der Europäischen Kommission und der EZB zu begründen sind und die ein Dringlichkeitsverfahren erforderlich machen, reicht eine qualifizierte Mehrheit (85% der abgegeben Stimmen) aus. Für die operativen Aufgaben wird ein Direktorium und geschäftsführender Direktor des ESM bestellt. Direktor wird der bisherige Chef der EFSF, der Deutsche Klaus Regling.

Anträge auf Finanzhilfen sind von den betroffenen Mitgliedstaaten an den Vorsitzenden des Gouver-

neursrats zu richten. In diesem Punkt schaltet sich die Europäische Kommission ein, die – vom Gouverneursrat ermächtigt – nach Möglichkeit gemeinsam mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und in Absprache mit der EZB eine Bewertung vornimmt. Auf dieser Basis beschließt der Gouverneursrat die grundsätzliche Genehmigung der Finanzhilfe. In der Folge wird ein makroökonomisches Anpassungsprogramm verbunden mit politischen Auflagen zwischen dem entsprechenden Mitgliedstaat auf der einen Seite und der Europäischen Kommission, der EZB und nach Möglichkeit mit dem IWF auf der anderen Seite in Form eines sogenannten „Memorandum of Understanding“ ausverhandelt. Diese aus der Griechenland-Berichterstattung berüchtigten Troika (Kommission, EZB und IWF) wird auch bei den ESM-Stabilitätshilfen damit betraut, die Einhaltung der an die Finanzhilfe geknüpften wirtschaftspolitischen Auflagen zu überwachen.

Wie fügt sich der ESM in die Institutionen der EU?

Die Staats- und Regierungschefs der Eurostaaten haben den ESM-Vertrag ohne Einbindung der demokratischen Strukturen der EU abgeschlossen. Der ESM-Vertrag stellt, ähnlich dem Vertrag über den Fiskalpakt, eine parallele Rechtsordnung innerhalb der



Haftungsgarantien und Direkteinzahlungen der ESM-Teilnehmerstaaten in Milliarden Euro.

EU, aber außerhalb der EU-Verträge her, was sowohl aus europarechtlicher als auch aus demokratiepolitischer Sicht zu kritisieren ist. Mit dem Fiskalpakt (Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion) verbindet ihn auch die Tatsache, dass nur jene Staaten, die auch den Fiskalpakt ratifizieren und einhalten, zu Geldern aus dem ESM berechtigt sind.

Weiters wird der ESM auch nach seiner Einführung – bis auf wenige Ausnahmen – nicht in das vorhandene EU-System der Gewaltenteilung eingebunden. Beispielsweise hat das Europäische Parlament im Gegensatz zu den nationalen Parlamenten keine Möglichkeit der Mitbestimmung bei ESM-Entscheidungen. Es ist somit keine EU-parlamentarische Kontrolle des ESM vorgesehen.

Um den ESM-Vertrag jedoch europarechtlich zu legitimieren und eine spätere Überführung ins Europarecht zu ermöglichen, wurde der „EU-Vertrag“, konkret Art. 136 AEUV, ergänzt. Dabei wurde ein Absatz hinzugefügt, nach dem die Euro-Mitgliedstaaten einen — bei unbedingter Notwendigkeit zu aktivierenden — Stabilitätsmechanismus zur Wahrung der Stabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt einrichten können. Weiters wird darin festgehalten, dass die Gewährung aller erforderlichen Finanzhilfen im Rahmen dieses Mechanismus strengen Auflagen unterliegen wird.

Auf die mehrfach geäußerte Kritik, insbesondere durch nationale Rechnungshöfe, dass auch keine Prüfung durch den EU-Rechnungshof vorgesehen war und die Rechnungsprüfung laut Vertrag nur durch externe Prüfer, die vom Gouverneursrat beauftragt würden, erfolge, wurde mittlerweile reagiert.

Da dies nicht den Internationalen Standards für Oberste Rechnungskontrollbehörden (ISSAI) entsprach, wurde der ESM-Vertrag im Februar 2012 dahingehend geändert, dass ein 5-köpfiger Prüfungsausschuss, in dem ein Mitglied des Europäischen Rechnungshofes und alternierend je ein Mitglied eines Rechnungshofes eines Mitgliedstaates sitzt, seinen jährlichen Bericht auch den nationalen Parlamenten und den Obersten Rechnungskontrollbehörden der ESM-Mitglieder sowie dem Europäischen Rechnungshof zugänglich macht.

Die österreichische Oppositionspartei FPÖ hat angekündigt, gegen die österr. ESM-Ratifizierung einen Antrag auf Gesetzesprüfung beim Verfassungsgerichtshof einzureichen. Im Gegensatz zu Deutschland kann in Österreich aber eine „Verfassungsklage“

erst dann eingereicht werden, wenn ein Gesetz vom Parlament verabschiedet, vom Bundespräsidenten unterzeichnet und im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Das Verfassungsgericht kann keine Vorabprüfung vornehmen.

Literaturliste:

Nauschnigg/Schieder, Krisenfinanzierung in der EU, in: OeNB (Hrsg.), Geldpolitik und Wirtschaft Q4/11, S. 124 ff.

Nauschnigg, Krisenbewältigung Schweiz und Österreich, in: FIW - Kompetenzzentrum „Forschungsschwerpunkt Internationale Wirtschaft“ (Hrsg.), Policy Brief Nr. 13, November 2011, S. 1 ff.

Pau Krugman, Blog in der New York Times vom 15. April 2009, <http://krugman.blogs.nytimes.com/2009/04/15/austria/>

Bericht des Rechnungshofes, EU-Finanzbericht 2010, Reihe TIROL 2012/4, GZ 001.507/216–1B1/12, S. 223 ff.

www.efsf.europa.eu

Nauschnigg, Österreich ist ein Gewinner der EU- und IWF-Schutzschirme, in: Wiener Zeitung vom 30.8.2012.

Überblick über die Europäischen Stabilisierungsinstrumente						
	Fazilität des mittelfristigen finanziellen Beistands für Nicht-Euro-Länder	Unterstützungspaket für Griechenland	Europ. Finanzstabilisierungsmechanismus (EFSM) für Euro-Länder	Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)	Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)	
Grundlage	Verordnung (EG) Nr. 332/2002	Nationales Gesetz	Verordnung (EU) Nr. 407/2010	EFSF-Abkommen zwischen den Euro-Ländern und der EFSF als privatrechtliche Aktien-gesellschaftl. nach luxemburgischem Recht	völkerrechtlicher ESM-Vertrag	
Inkrafttreten	24.02.2002	1. Tranche 18.05.2010	13.05.2010	15.07.2010	08.10.2012	
Vergabekapazität	max. 50 Mrd. EUR	80 Mrd. EUR	60 Mrd. EUR	440 Mrd. EUR	500 Mrd. EUR	
Form	Haftung durch EU-Haushalt	bilaterale Darlehen	Darlehen oder Kreditlinien, refinanziert durch Anleihe- oder Darlehensaufnahme durch die Europäische Kommission	Gezeichnet 30 Mill. EUR; Haftung bis 780 Mrd. EUR	Gezeichnet 700 Mrd. EUR; Einzahlung 80 Mrd. EUR	
Anteil Österreichs	–	2,29 Mrd. EUR	–	Haftung: bis 21,6 Mrd. EUR (zuzüglich Zinsen und Kosten)	Gezeichnet ca. 19,5 Mrd. EUR, davon Einzahlung ca. 2,23 Mrd. EUR	
zeitlicher Rahmen	abhängig von der Entscheidung des Rates	3 Jahre	keine; Ablöse durch ESM	Ab Mitte 2013 keine weiteren Finanzierungszusagen möglich; Ablöse durch ESM	dauerhaft ab Inkrafttreten im Oktober 2012	
begünstigte Länder	Lettland, Rumänien, Ungarn	Griechenland	Irland, Portugal	Irland, Portugal, Griechenland	–	
externe Finanzkontrolle	Europäischer Rechnungshof	–	Europäischer Rechnungshof	Private Abschlussprüfer	Prüfungsausschuss mit Vertretern des europ. RH und eines nationalen RH	

Quelle: Rechnungshof

Wie teuer ist Taxi fahren?

Ein Vergleich der Taxitarife in Österreich

MMag. Peter Hilpold

Für alle größeren Städte in Österreich ist ein verbindlicher Taxitarif per Verordnung festgelegt. Diese Tarife werden auf teilweise recht unterschiedliche Art berechnet. Auch in Bezug auf Zuschläge und den Geltungsbereich werden unterschiedliche Ansätze gewählt.

Die Analyse zeigt zudem: Innsbruck gehört beim Taxifahren zu den teuersten Landeshauptstädten.

1. Gesetzliche Grundlagen

Das Gelegenheitsverkehrsgesetz sieht in § 14 vor, dass der Landeshauptmann verbindliche Taxitarife durch Verordnung festlegen kann. Diese können nur für eine oder mehrere Gemeinden, Bezirke oder für das ganze Bundesland verpflichtend festgesetzt sein. Eine verpflichtende Festsetzung bedeutet, dass weder ein höherer noch ein niedrigerer Tarif verrechnet werden darf. Wird diese Möglichkeit der Tariffestsetzung nicht genutzt, herrscht freie Preisgestaltung. In diesen Fällen ist der Preis zwischen Taxilenker und Fahrgast nach Möglichkeit vor Fahrtantritt zu vereinbaren, um negative Überraschungen bei Fahrtende zu vermeiden.

Mit der Festlegung eines Taxitarifs geht auch für das Tarifgebiet die Verpflichtung einher, einen Taxometer zu verwenden, um die Länge und Dauer der Fahrt auch messen zu können. Für jene Gebiete, für die kein Taxitarif festgelegt ist, ist auch keine verpflichtende Nutzung eines Taxometers gegeben.

2. Taxitarife in Österreich

Von der Möglichkeit, im gesamten Bundesland einen verbindlichen Taxitarif zu verordnen, macht – abgesehen von Wien – nur Vorarlberg Gebrauch. In der Steiermark ist für die politischen Bezirke Deutschlandsberg und Leibnitz ein eigener Taxitarif verordnet.

Neben Wien ist auch in den Landeshauptstädten Innsbruck, Linz, Klagenfurt, Salzburg, Graz und St. Pölten ein Taxitarif per Verordnung festgelegt. Hin-

zu kommen einige größere Städte mit einer eigenen Taxitarifverordnung, wie Wels, Villach, St. Veith a. d. Glan, Leoben, Schwechat, Krems, Baden oder Wiener Neustadt.

Für die weitere Analyse werden die Taxitarife der Landeshauptstädte und Vorarlbergs herangezogen.

3. Struktur der Taxitarife

Der Taxitarif setzt sich grundsätzlich aus bis zu drei Komponenten zusammen: Einem Grundtarif, einem Streckentarif und einem Zeittarif. Hinzu kommen allfällige Zuschläge, die in einigen Tarifverordnungen vorgesehen sind.

3.1 Grundtarif

Der Grundtarif fällt durch Antritt der Fahrt an und ist somit jener Betrag, der beim Einschalten des Taxometers als Ausgangswert aufscheint. In diesen Betrag kann eine Fahrtstrecke inkludiert sein, für die keine Streckentaxe verrechnet wird.

In den verschiedenen Tarifverordnungen sind folgende Grundtaxen und damit abgeholte Fahrtstrecken enthalten:

Tarifgebiet	Grundtarif [€]	inkludierte Wegstrecke [m]
Innsbruck	5,7	1300
Graz	3,9	nicht vorgesehen
Klagenfurt	3,6	nicht vorgesehen
St. Pölten	3,1	nicht vorgesehen
Salzburg	3,1	105
Vorarlberg	2,8	94,1
Linz	2,6	157
Wien	2,5	169,71

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass der Grundtarif von Innsbruck ist mit 5,70 Euro mit Abstand am höchsten ist. Der Grazer Grundtarif ist der zweithöchste, jedoch um 1,80 Euro niedriger. Wien ist im Vergleich zu Innsbruck sogar um 2,70 Euro günstiger. Gleichzeitig ist aber auch die inkludierte Weg-

strecke von 1,3 km deutlich länger als in den anderen Städten, die sonst nirgends über 200 m liegt.

3.2 Streckentaxe

Für die zurückgelegte Strecke wird pro km ein gewisser Tarif in Rechnung gestellt. In den Verordnungen ist in der Regel jener Cent-Betrag angegeben, der vom Taxometer als kleinste Einheit gezählt wird, und die damit abgeholzten Meter. Sind z.B. in einem 20-Cent-Sprung 100 m Fahrtstrecke enthalten, ergibt dies einen Kilometertarif von 2 Euro. Im Falle von Innsbruck bedeutet der Kilometertarif von 1,80 Euro 20-Cent-Sprünge pro angefangene 111,11 Meter, und 1,60 Euro pro Kilometer entspricht einer 20-Cent-Stückelung pro angefangene 125 Meter.

In den meisten Städten sind mehrere Streckentarife vorgesehen. Bis zu einer festgelegten Metergrenze kommt der erste Streckentarif zur Anwendung, in weiterer Folge dann der zweite Streckentarif. In Innsbruck wird beispielsweise bis 4 km Streckentarif 1 angewendet, in weiterer Folge Streckentarif 2.

Tarifgebiet	Streckentarif pro km [€]	Geltungsbereich
Vorarlberg	2,13	bis 7,5 km
	1,54	bis 15 km
	1,42	über 15 km
Salzburg	1,9	bis 1,541 km
	1,35	ab 1,541 km
Klagenfurt	1,8	durchgehend
Innsbruck	1,8	bis 4 km
	1,6	ab 4 km
St. Pölten	1,3	durchgehend
Wien	1,3	bis 4 km
	0,99	bis 9 km
Linz	0,96	ab 9 km
	1,27	bis 1,5 km
	1,24	bis 5 km
Graz	1,08	ab 5 km
	1,2	bis 12 km
	1,6	ab 12 km

Für eine 6 km lange Fahrt bedeutet dies, dass – unter Berücksichtigung der im Grundpreis inkludierten Strecke – die ersten 4 km 1,80 Euro kosten, und die beiden letzten Kilometer 1,60 Euro.

Aus der Tabelle wird ersichtlich, dass der höchste Kilometertarif in Vorarlberg zu finden ist. Der dortige Tarif bis 7,5 km ist der einzige über zwei Euro. Von den Tarifen, die nur für die Landeshauptstadt gelten, ist jener Salzburgs mit 1,90 Euro am höchsten, doch dieser wird nur für eine Strecke von gut 1,5 km an-



gewendet. Mit 1,80 Euro folgen Klagenfurt und Innsbruck. Am günstigsten ist der Tarif in Wien mit weniger als 1 Euro ab einer Fahrstrecke von 4 km.

St. Pölten und Klagenfurt haben einen einheitlichen Streckentarif für die gesamte Fahrtstrecke festgelegt. In anderen Städten, wie in Innsbruck oder Salzburg, sind zwei Streckentarife vorgesehen. In Wien, Linz und Vorarlberg sind es sogar drei Streckentarife. Bis auf Graz ist der zweite bzw. dritte Streckentarif immer niedriger angesetzt als der erste Streckentarif. Es wird aus der Tabelle auch ersichtlich, dass der Geltungsbereich der Streckentarife sehr unterschiedlich sein kann.

In St. Pölten sind 10-Cent-Sprünge in der Verordnung verankert, und auch in Graz wird der Tarif aufgrund von 10-Cent-Schritten ermittelt. In Klagenfurt wird pro 100 m 0,18 Euro verrechnet und am Ende der Fahrt kaufmännisch auf 10-Cent gerundet. In den übrigen Tarifgebieten wird mit 20-Cent-Schritten gerechnet.

3.3 Zeittaxe

Neben der Grund- und der Streckentaxe ist in den Verordnungen auch ein Zeittarif vorgesehen, der in den Tarifgebieten aber jeweils unterschiedlich angewendet wird.

In Vorarlberg wird sowohl der Streckentarif als auch der Zeittarif bei einer Fahrt berechnet. Dem Fahrgast wird bei Fahrtende der höhere Tarif in Rechnung gestellt, der sich aus Streckentaxe oder Zeittaxe ergibt. Da jedoch bei der Zeittaxe eine durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit von 14 bis 32 km/h zugrunde liegt, kommt der Zeittarif nur in Ausnahmefällen zur Anwendung.

In den Landeshauptstädten ist ein Zeittarif für Warte- oder Stehzeiten festgehalten, der ähnlich dem Streckentarif als Zeitspanne (in Sekunden) pro Tarifsprung (20 oder 10 Cent) angegeben ist. Auf die

Stunde hochgerechnet sind folgende Warte- bzw. Stehzeittarife in den Landeshauptstädten verordnet:

Tarifgebiet	Warte- bzw. Stehzeit pro Stunde [€]
Innsbruck	30
Graz	27
Wien	26,8
Klagenfurt	24
Salzburg	22,86
Linz	22
St. Pölten	18,95

Aus der Darstellung ergibt sich, dass der Warte- bzw. Stehzeittarif zwischen knapp 19 Euro in St. Pölten und 30 Euro in Innsbruck variiert.

Der Warte- bzw. Stehzeittarif fällt grundsätzlich bei Stillstand des Fahrzeuges an, wenn beispielsweise das gerufene Taxi vor Fahrtantritt auf den Fahrgast warten muss oder dieser eine Fahrtunterbrechung wünscht. Wann jedoch im Detail Wartezeiten berechnet werden – beispielsweise während der Fahrt der Fahrzeugstillstand an einer roten Ampel oder im Stau – werden in den Verordnungen nicht angeführt, in den einzelnen Städten aber unterschiedlich gehandhabt.

4. Zuschläge

Neben den standardmäßigen Tarifkomponenten sind in den meisten Tarifgebieten noch Zuschläge vorgesehen.

Tarifgebiet	Geltungszeitraum in der Nacht	Erhöhung Grundtarif	Erhöhung Streckentarif
Salzburg	21.00 - 06.00	0,8	gleich
Vorarlberg	21.00 - 06.00	0,5	0,53/0,38/0,36
Innsbruck	22.00 - 06.00	0,3	gleich
Wien	23.00 - 06.00	0,1	0,18/0,18/0,12
Linz	21.00 - 05.00	0,1	0,15/0,14/0,13
Graz	20.00 - 06.00	gleich	0,20/0

4.1 Nacht- und Wochenendzuschlag

Bis auf St. Pölten und Klagenfurt werden für Fahrten in der Nacht und am Wochenende erhöhte Tarife festgesetzt. Diese können einen erhöhten Grundtarif und/oder einen erhöhten Streckentarif vorsehen. In der Tabelle ist dargestellt, um wie viel Euro der Grund- bzw. Streckentarif in der Nacht höher festgesetzt ist im Vergleich zum Normaltarif während des Tages gemäß Kap. 3. So ist die Erhöhung des Grundtarifs in Salzburg am höchsten, dafür bleibt dort – wie auch in Innsbruck – der Streckentarif unverändert. In

Vorarlberg wiederum ist die Erhöhung des Streckentarifs mit Abstand am höchsten. Dort werden – wie auch in Linz und Wien – die drei Streckentarife jeweils unterschiedlich erhöht.

In Wien wird darüber hinaus auch der Wartezeittarif gemäß Kap. 3.3 in der Nacht und am Wochenende um 2,20 Euro pro Stunde erhöht. In Gegensatz dazu ist jener von Linz in den Nachtstunden um 3 Euro pro Stunde niedriger.

Aufgrund der unterschiedlichen Arten des Zuschlages ist der Vergleich des Zuschlages erschwert. Es kann aber festgestellt werden, dass der Nachtzuschlag in Innsbruck im Vergleich zu den anderen Landeshauptstädten vergleichsweise gering ist.

4.2 Zuschlag bei Herbeirufen des Taxis

In Wien und in Linz wird ein Zuschlag eingehoben, wenn das Taxi herbeigerufen wird: In Wien beträgt dieser 1,25 Euro, wenn ein Taxi über ein Standplatztelefon gerufen wird. Das Bestellen eines Taxis über die Funkzentrale bedeutet einen Zuschlag von 2,50 Euro.

In Linz wird tagsüber ein um 0,60 Euro erhöhter Grundtarif verrechnet, wenn ein Taxi durch Funk oder Taxitelefon zu einem gewünschten Einsteigeort gerufen wird, sofern es sich dabei nicht um einen Taxistandplatz handelt. In der Nacht und am Wochenende beträgt dieser Zuschlag 0,70 Euro.

In den anderen Tarifgebieten ist diese Art des Zuschlages nicht vorgesehen.

4.3 Zuschlag bei mehr als vier Fahrgästen

In Vorarlberg ist für Großraumtaxis ein Zuschlag zu bezahlen, wenn mehr als vier Fahrgäste transportiert werden oder das Großraumtaxi explizit bestellt wird. Für diese Fälle ist ein eigener Streckentarif in der Verordnung definiert, der 0,36 bis 0,53 Euro über den Streckentarifen gemäß Kap. 3.2 liegt. Für die Nachtstunden beträgt der Zuschlag 0,44 bis 0,66 Euro pro km.

Werden in Linz mehr als 4 Personen transportiert, wird ein Zuschlag von generell 4 Euro eingehoben. In Wien beträgt der Zuschlag bei mehr als 4 Fahrgästen 2 Euro. In Klagenfurt fallen als Zuschlag für die fünfte und jede weitere Person 2 Euro an. In den anderen Tarifgebieten ist kein Zuschlag bei mehr als vier Fahrgästen vorgesehen.

Darüber hinaus ist in den Tarifverordnungen von Wien und Salzburg geregelt, wie die Abrechnung bei der Einzelvergabe von Sitzplätzen zu erfolgen hat.

4.4 Gepäckzuschlag

In den Tarifgebieten von Linz, St. Pölten und Vorarlberg ist ein Gepäckzuschlag vorgesehen. In Linz wird dann 1 Euro verrechnet, wenn mehr als ein großes Gepäckstück transportiert wird. In St. Pölten beträgt der Zuschlag für jedes große Gepäckstück mit mindestens 25 kg 1 Euro.

In Vorarlberg wird nach dem Gewicht des Gepäckstückes unterschieden: Bis 10 kg ist das Gepäck frei. Für Gepäck von 10 bis 20 kg beträgt der Zuschlag 1 Euro, bis 50 kg 2 Euro, darüber hinaus ist es freie Vereinbarung. Die Zuschläge sind in Summe jedoch mit 10 Euro gedeckelt.

In Klagenfurt ist das Verlangen von Zuschlägen für Gepäck ausdrücklich ausgenommen, in den übrigen Verordnungen wird auf die Mitnahme von Gepäckstücken nicht eingegangen.

In Salzburg ist das Tarifgebiet auf die Nachbargemeinden Bergheim und Wals-Siezenheim ausgedehnt. Für Fahrten vom Tarifgebiet in acht weitere in der Verordnung genannte Gemeinden ist der verordnete Tarif ebenfalls anzuwenden. Für Fahrten, die über diese genannten Gemeinden hinausgehen, dürfen pro km maximal 1,80 Euro verlangt werden.

In St. Pölten ist bei einer Fahrt über die Tarifgrenze für jenen Teil der Strecke, der außerhalb des Tarifgebietes liegt, maximal das Doppelte zu verrechnen, wie im Tarifgebiet verordnet ist.

In der Vorarlberger Taxitarifverordnung sind die Tourismusgemeinden Klösterle, Lech und Mittelberg sowie Fahrten über die Landesgrenze vom Geltungsbereich der Verordnung ausgenommen.



5. Geltungsbereich des Taxitarifs

Gemäß § 14 Gelegenheitsverkehrsgesetz, dem die Verordnungen zugrunde liegen, können für besondere Anlässe Sondervereinbarungen getroffen werden können. Von dieser Ausnahmeregelung wird für den Großteil der Tarifgebiete Gebrauch gemacht.

Demnach können für Sonderfahrten, wie z. B. Fahrten in Rahmen von Hochzeiten oder Beerdigungen, die Tarife frei vereinbart werden. Des Weiteren sind in einigen Tarifgebieten auch Krankentransporte, Botenfahrten, Anrufsammeltaxis von der Tariffestsetzung ausgenommen.

Aus räumlicher Sicht sind die Tarifgebiete in Innsbruck, Wien, Linz und Klagenfurt auf die jeweiligen Gemeindegrenzen beschränkt. Fahrten über die Gemeindegrenze hinaus unterliegen nicht der Verordnung und können somit frei vereinbart werden. In Klagenfurt sind zudem Fahrten innerhalb des Tarifgebietes ausgenommen, wenn die Anfahrstrecke zur Aufnahme des Fahrgastes mehr als 10 km vom ‚Neuen Platz‘ aus beträgt.

6. Häufigkeit der Tariferhöhungen

Die Salzburger Taxitarifverordnung ist die einzige, in der eine automatische Indexanpassung vorgesehen ist. Demnach erhöht sich der Tarif im September, wenn der Mittelwert aus dem Verbraucherpreisindex und dem Tariflohnindex 5 % überschreitet. Nach einer Erhöhung ist der Tarif jedenfalls für 2 Jahre beizubehalten.

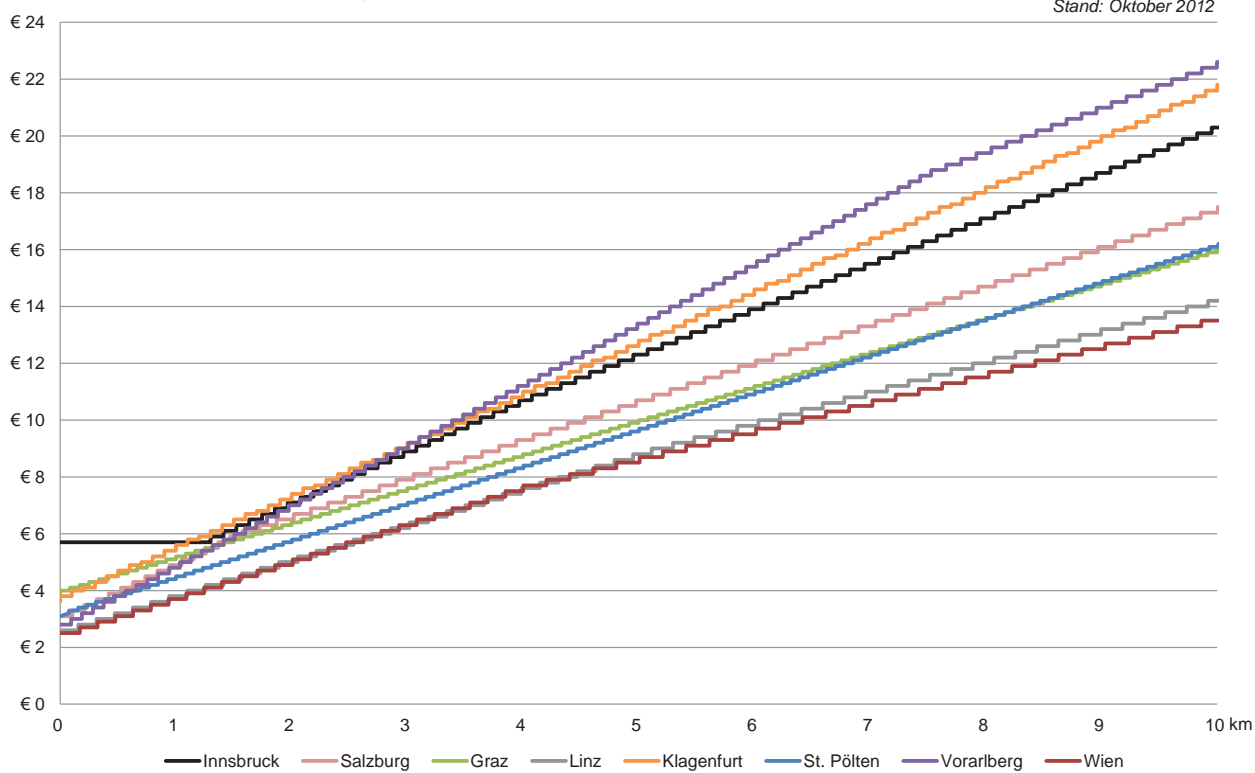
In den anderen Tarifgebieten ist es üblich, dass von Seiten der Fachgruppe der Wirtschaftskammer eine Erhöhung des Taxitarifs angeregt wird. Für Innsbruck wurde der Tarif seit 2002 vier Mal erhöht. Zuletzt erfolgte eine Erhöhung alle zwei Jahre.

7. Taxitarife im Vergleich

In Abb. 1 werden die per Verordnung festgelegten regulären Tarife gemäß Kap. 3 für die Landeshauptstädte und Vorarlberg verglichen. Aus dem Vergleich wird ersichtlich, dass Vorarlberg bei einer Fahrtstrecke ab ca. 4 km am teuersten ist. In Bezug auf den Vergleich des Vorarlberger Tarifs zu jenen, die nur

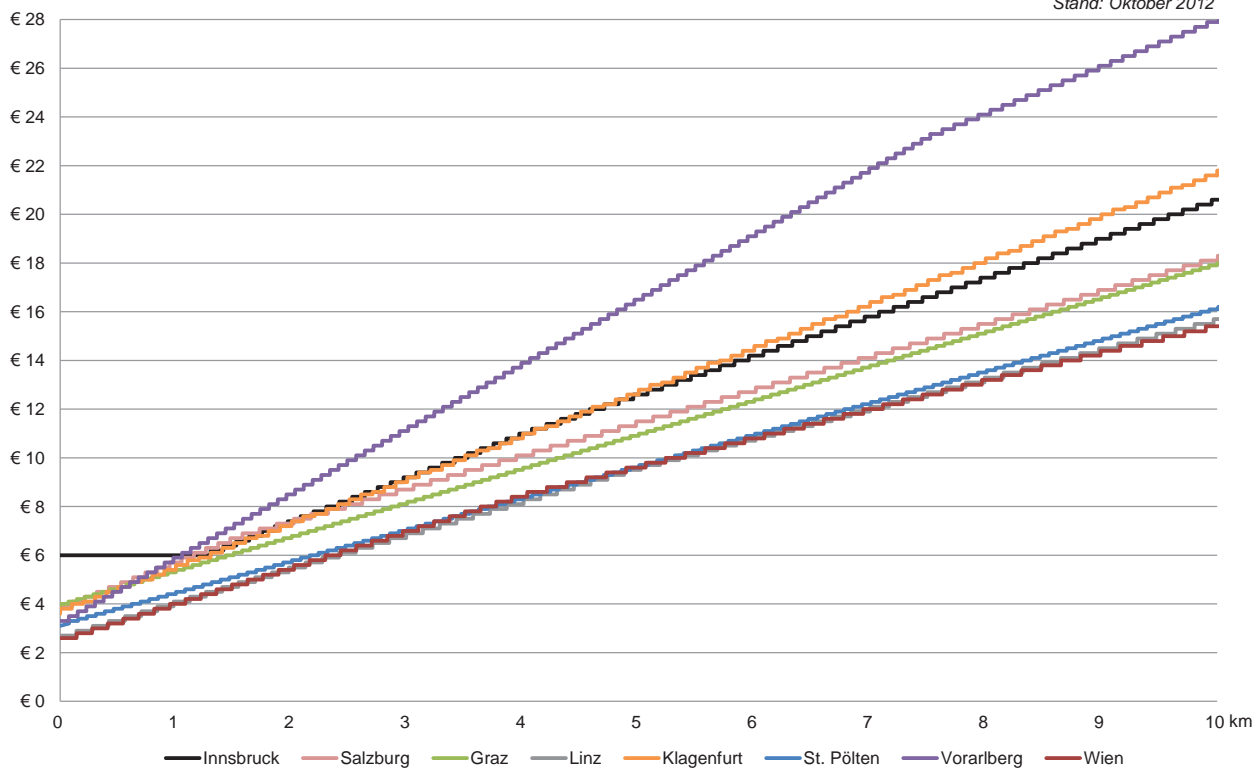
Vergleich der verordneten Taxitarife in Österreich

Stand: Oktober 2012



Vergleich der verordneten Taxitarife in Österreich mit Nachzuschlag

Stand: Oktober 2012



in der jeweiligen Landeshauptstadt gelten, ist jedoch anzumerken, dass die Struktur des Taxigewerbes und die Auslastung im ländlichen Raum naturgemäß anders ist und sich dies auch in einem Tarif, der für das gesamte Bundesland gilt, wiederfindet.

In Bezug auf die Landeshauptstädte ist nur Klagenfurt teurer als Innsbruck ab einer Wegstrecke von 4 km. Der Grund dafür ist, dass in Klagenfurt im Gegensatz zu Innsbruck kein günstigerer Streckentarif 2 verordnet ist. Nach Innsbruck ist mit deutlichem Abstand Salzburg die Stadt mit den höchsten Tarifen, Graz und St. Pölten sind etwas günstiger. Linz und Wien weisen den niedrigsten Tarif auf, der sich aus Grund- und Streckentarif ergibt.

Der Tarifunterschied bei einer Fahrtstrecke von 4 km beträgt immerhin 3,70 Euro zwischen Wien und Vorarlberg. Bei einer Fahrtstrecke von 8 km beträgt der Unterschied zwischen diesen beiden Tarifen 7,90 Euro. Die Differenz zwischen Innsbruck und Wien beträgt bei 4 km 3,20 Euro und bei 8 km 5,60 Euro. Nicht berücksichtigt sind bei diesen Zahlen die teilweise anfallenden Wartezeittarife, die wie erwähnt in den Städten unterschiedlich verrechnet werden.

Für Innsbruck fällt besonders die Differenz der Tarife auf Kurzfahrten bis 1 km auf: Aufgrund des hohen Grundtarifs, in dem auch eine vergleichsweise lange Fahrtstrecke inkludiert ist, sind besonders diese Kurzfahrten teurer als in anderen Tarifgebieten, wenn die inkludierte Freistrecke nicht ausgenutzt wird.

In Abb. 2 sind die Tarife inklusive des Nachzuschlages dargestellt. Hier fällt in erster Linie der markante Unterschied bei Vorarlberg zu allen anderen Tarifgebieten auf. Dieser ist durch den überdurchschnittlichen Nachzuschlag zu erklären. Doch hier ist nochmals auf die Besonderheit des Tarifes für ein ganzes Bundesland zu verweisen.

Das Verhältnis der Tarife zwischen den Landeshauptstädten untereinander ist im Gegensatz dazu praktisch unverändert: Klagenfurt und Innsbruck liegen über den Tarifen der anderen Städte, wobei der Unterschied wegen des in Klagenfurt nicht eingehobenen Nachzuschlages kleiner ist als am Tag. Salzburg und Graz sind genauso wie Linz, Wien und St. Pölten auf einem ähnlichen Tarifniveau.

Bei 4 km ist bei einer Fahrt in der Nacht Vorarlberg um 5,80 Euro teurer als in Linz. Für Innsbruck mit dem teuersten Tarif für eine Landeshauptstadt ist der Unterschied zu Linz 2,90 Euro. Bei 8 km ist Wien am günstigsten, und zwar 10,90 Euro günstiger als Vor-

arlberg und 4,80 Euro als in Klagenfurt. Dies bedeutet, dass – abgesehen von Vorarlberg – die Differenz zwischen den Tarifen unter Berücksichtigung des Nachtarifs etwas geringer ist als bei Tag.

8. Fazit

In allen größeren Städten Österreich ist der Taxitarif per Verordnung festgelegt. Die grundsätzliche Struktur der Tarife mit Grundtarif, Streckentarif und Zeittarif ist in allen Tarifgebieten gleich. In der konkreten Umsetzung finden sich aber zwischen den Landeshauptstädten große Unterschiede, die auch den Vergleich erschweren. Hinzu kommen allfällige Zuschläge, dessen Einheben für jedes Tarifgebiet unterschiedlich geregelt ist.

Der Tarifvergleich ergibt, dass in Vorarlberg das Taxifahren am teuersten ist. Allerdings ist dies auch das einzige Bundesland (abgesehen von Wien), für das der Taxitarif flächendeckend und damit auch für den ländlichen Raum gilt. Bei den für die Landeshauptstädte verordneten Tarifen ist Klagenfurt am teuersten, Innsbruck ist auf längeren Strecken etwas günstiger. Zu den anderen Städten ist eine größere Differenz gegeben. Am günstigsten ist Taxifahren in Wien und Linz.

Die Einkommen in Tirol

Eine strukturelle Analyse der Einkommenssituation in Tirol 2010

Mag. Armin Erger

Der weitaus größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung bezieht sein Einkommen aus einem Anstellungsverhältnis, sei es in Teilzeit, Vollzeit, in einer ganzjährigen oder einer saisonalen Beschäftigung. Die Einkommen aus unselbständiger Beschäftigung sind ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor, der in allen ökonomischen Beziehungen eine wesentliche Rolle spielt. Gerade in den Krisenjahren seit 2009 hat sich gezeigt, dass der private Konsum ein stabilisierendes Element war.

Stabilisierend ja, aber nicht dynamisch: dafür war die Einkommensentwicklung der letzten Jahre zu verhalten. Das ist der „Preis“ für das exportgetriebene Wachstumsmodell, das Österreich im Gefolge Deutschlands verfolgt und in dem Wettbewerbsfähigkeit nicht zuletzt mittels Lohnzurückhaltung hergestellt wurde.

Das zeigt sich an der Entwicklung der realen, d.h. um die Inflation bereinigten, Einkommen. Von 2001 bis 2010 stiegen die realen Nettoeinkommen in Österreich gerade einmal um 2,2% an, während die reale Wirtschaftsleistung im selben Zeitraum um 13,4% zunahm. Ein Phänomen, das die Zahlen vieler Industriestaaten zeigen. Die derzeitige „Spielanordnung“ des Wirtschaftssystems führt offenbar nicht dazu, dass der generierte Wohlstand bei der breiten Masse der Bevölkerung ankommt.

Die Position Tirols im österreichischen Einkommensgefüge

Tirol spielt leider keine rühmliche Rolle in den Einkommensbelangen. Auch im Jahr 2010 lagen die Tiroler Einkommen an der letzten Stelle im Vergleich der österreichischen Bundesländer. Dies galt, wie in der Folge zu sehen sein wird, für vielerlei Ebenen: Gesamt, Männer, Frauen, unter Berücksichtigung der saisonalen Arbeitsverhältnisse und ohne deren Berücksichtigung.



Wenn man nachrechnet: Tirol hat bei den Einkommen über 10% Rückstand

Die Bruttoeinkommen

Das durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen eines/r unselbständig Beschäftigten in Österreich betrug im Jahr 2010 EUR 28.206. Männer erzielten im Schnitt mit EUR 34.322 ein um rund 60,6% höheres Einkommen als Frauen (alle Beschäftigungsformen), die durchschnittlich EUR 21.373 verdienten.

Die Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ordneten sich mit einem Bruttojahreseinkommen von EUR 25.228 an letzter Stelle in Österreich ein. Gegenüber dem österreichischen Durchschnittseinkommen lagen die TirolerInnen um 10,6% bzw. um EUR 2.978 brutto zurück. Hinter dem bestplatzierten Bundesland, Niederösterreich, fielen die TirolerInnen gleich um 16,5% bzw. um mehr als EUR 5.000 brutto zurück.

Sowohl die Tiroler Männer (EUR 31.592), als auch die Frauen (EUR 18.230) nahmen den letzten Platz im jeweiligen Bundesländervergleich ein. Die Männer lagen um 8,0% bzw. um EUR 2.730 hinter dem durchschnittlichen Jahresbruttoeinkommen (für Männer) zurück. Der Rückstand der Frauen fiel deutlicher aus: sie lagen um 14,7% bzw. um EUR 3.143 zurück.

durchschnittlicher Jahresbruttobezug 2010						
	Gesamt	M	F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT
Burgenland	€ 28.650	€ 34.888	€ 21.403	1,6%	1,6%	0,1%
Kärnten	€ 26.874	€ 32.783	€ 20.289	-4,7%	-4,5%	-5,1%
OÖ	€ 28.035	€ 35.086	€ 19.852	-0,6%	2,2%	-7,1%
NÖ	€ 30.231	€ 36.879	€ 22.679	7,2%	7,4%	6,1%
Salzburg	€ 26.521	€ 32.860	€ 19.770	-6,0%	-4,3%	-7,5%
Steiermark	€ 26.745	€ 32.627	€ 19.955	-5,2%	-4,9%	-6,6%
Tirol	€ 25.228	€ 31.592	€ 18.230	-10,6%	-8,0%	-14,7%
Vorarlberg	€ 27.159	€ 34.900	€ 18.567	-3,7%	1,7%	-13,1%
Wien	€ 30.011	€ 34.416	€ 25.351	6,4%	0,3%	18,6%
Österreich	€ 28.206	€ 34.322	€ 21.373	0,0%	0,0%	0,0%

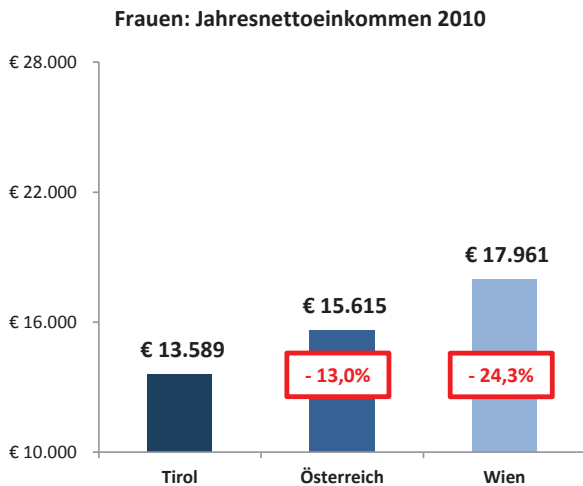
Tab. 1: durchschnittlicher Jahresbruttobezug 2010

durchschnittlicher Jahresnettobezug 2010						
	Gesamt	M	F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT
Burgenland	€ 20.307	€ 24.187	€ 15.800	2,8%	3,1%	1,2%
Kärnten	€ 18.999	€ 22.638	€ 14.944	-3,9%	-3,5%	-4,3%
OÖ	€ 19.734	€ 24.041	€ 14.735	-0,1%	2,4%	-5,6%
NÖ	€ 21.100	€ 25.134	€ 16.517	6,8%	7,1%	5,8%
Salzburg	€ 18.652	€ 22.468	€ 14.588	-5,6%	-4,3%	-6,6%
Steiermark	€ 18.935	€ 22.540	€ 14.774	-4,2%	-4,0%	-5,4%
Tirol	€ 17.837	€ 21.700	€ 13.589	-9,7%	-7,5%	-13,0%
Vorarlberg	€ 18.975	€ 23.668	€ 13.765	-4,0%	0,8%	-11,8%
Wien	€ 20.685	€ 23.260	€ 17.961	4,7%	-0,9%	15,0%
Österreich	€ 19.760	€ 23.470	€ 15.615	0,0%	0,0%	0,0%

Tab. 2: durchschnittlicher Jahresnettobezug 2010

Österreichs einkommenschwächste Bezirke			
	Gesamt	M	F
1	Landeck	Wien 15. Bezirk	Landeck
2	Zell am See	Wien 20. Bezirk	Zell am See
3	Kitzbühel	Landeck	Lienz
4	St. Johann/Pongau	Zell am See	Tamsweg
5	Wien 15. Bezirk	Kitzbühel	St. Johann/Pongau
6	Lienz	Wien 10. Bezirk	Imst
7	Tamsweg	Wien 16. Bezirk	Kitzbühel
8	Imst	St. Johann/Pongau	Reutte
9	Hermagor	Wien 5. Bezirk	Spittal an der Drau
10	Schwaz	Wien 12. Bezirk	Schwaz

Tab. 3: „Top Ten“ der einkommenschwächsten Bezirke Österreichs



Grafik 1: Der prozentuale Abstand des durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen der Frauen in Tirol zum Durchschnittseinkommen in Österreich und zum am besten positionierten Bundesland.

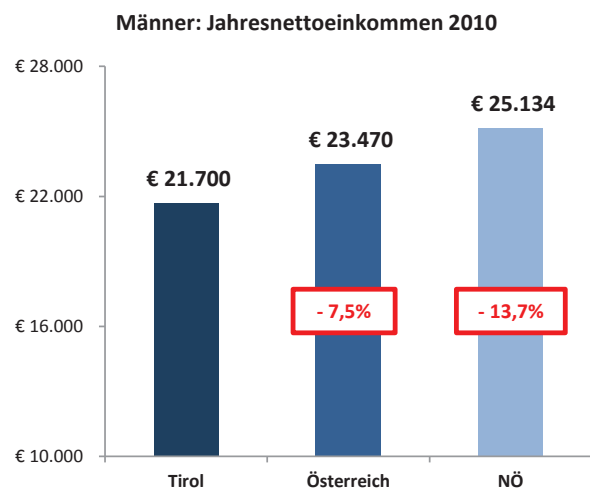
Die Nettoeinkommen

In der Betrachtung der Nettoeinkommen verringerte sich der Abstand Tirols zu den anderen Bundesländern zwar etwas, Tirol blieb dennoch das einkommensschwächste Bundesland.

Netto erzielten die österreichischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein Jahreseinkommen von EUR 19.760. Die Tirolerinnen und Tiroler lagen mit EUR 17.837 um 9,7% bzw. um EUR 1.750 netto zurück. Greifbarer wird der Rückstand in der Monatsbetrachtung (= Jahreseinkommen dividiert durch vierzehn). Das durchschnittliche Monateinkommen in Österreich lag bei EUR 1.411 netto, in Tirol bei EUR 1.274. Das bedeutet, dass die Tirolerinnen und Tiroler über einen Monat länger pro Jahr hätten arbeiten müssen, um auf dasselbe Einkommen wie im österreichischen Durchschnitt zu kommen.

Die Männer in Tirol verdienten im Schnitt netto EUR 21.700 im Jahr, die Frauen EUR 13.589. Die Männer lagen um EUR 720 oder um 7,5% unter dem österreichischen Durchschnitt. Zum besten Bundesland, Niederösterreich, fehlten den Männern sogar EUR 3.434 netto oder 13,7%.

Noch brisanter zeigte sich die Einkommenssituation der Tiroler Frauen, die um EUR 2.026 hinter dem Durchschnittseinkommen der Frauen in Österreich zurücklagen (-13%), hinter den Bestverdienerinnen aus Wien lagen sie sogar um mehr als 24% oder um EUR 4.372 zurück, rund 4,5 durchschnittliche Monatsgehälter einer Tiroler Arbeitnehmerin!



Grafik 2: Der prozentuale Abstand des durchschnittlichen Jahresnettoeinkommen der Männer in Tirol zum Durchschnittseinkommen in Österreich und zum am besten positionierten Bundesland.

Die „Top Ten“ der einkommensschwächsten Bezirke Österreichs

In einer Top-Ten-Liste der Bezirke mit dem geringsten Einkommen Österreichs schnitt Tirol schlecht ab. Unter den zehn einkommensschwächsten Bezirken Österreichs im Jahr 2012 waren fünf Tiroler Bezirke. Neben Schwaz, Imst, Lienz und Kitzbühel war mit Landeck auch der Bezirk mit dem geringsten Einkommensniveau ganz Österreichs ein Tiroler Bezirk. Im Jahr 2009 waren vier Tiroler Bezirke unter den schlechtesten zehn. 2010 kam der Bezirk Schwaz, der den zehnten Platz einnahm, neu hinzu.

Klar zeigte sich, dass ein wesentlicher Nachteil Tirols mit den niedrigen Einkommen der Frauen begründbar war. Während sich bei den Männern mit Landeck und Kitzbühel nur zwei Bezirke auf der Liste finden, so waren es bei den Frauen ganze sechs: Landeck, Kitzbühel, Imst, Lienz, Schwaz und Reutte. Im Vergleich zum Jahr 2009 verschlechterte sich Lienz auf den dritten Platz und Schwaz rutschte neu in die Liste der einkommensschwächsten Bezirke (der Fraueneinkommen).

Worin lag also dieser Einkommensnachteil Tirols und seiner Bezirke begründet? Um einer Antwort auf diese Frage näher zu kommen, ist es wichtig die Beschäftigtenstruktur der betreffenden Regionen genauer zu analysieren.

Wichtig: der Anteil ganzjähriger Beschäftigung

Ein wesentlicher Faktor für ein gutes Einkommensniveau liegt in der Verfügbarkeit ganzjähriger Arbeitsplätze. In Österreich standen im Jahr 2010 über 2,9

Beschäftigte: ganzjährige Beschäftigung						
	Gesamt	M	F	% Ganzjährigkeit Gesamt	% Ganzjährigkeit Männer	% Ganzjährigkeit Frauen
Burgenland	102.901	55.085	47.816	77,3%	77,0%	77,6%
Kärnten	180.961	94.096	86.865	70,5%	69,6%	71,6%
NÖ	587.796	311.144	276.652	77,9%	77,6%	78,3%
OÖ	532.677	287.070	245.607	77,5%	77,7%	77,2%
Salzburg	190.749	98.311	92.438	71,8%	71,8%	71,9%
Steiermark	425.056	225.520	199.536	74,1%	73,4%	75,0%
Tirol	245.272	129.753	115.519	69,0%	69,8%	68,3%
Vorarlberg	124.546	67.218	57.328	72,9%	74,7%	70,8%
Wien	562.502	282.402	280.100	72,8%	71,1%	74,6%
Österreich	2.952.460	1.550.599	1.401.861	74,4%	74,0%	74,8%

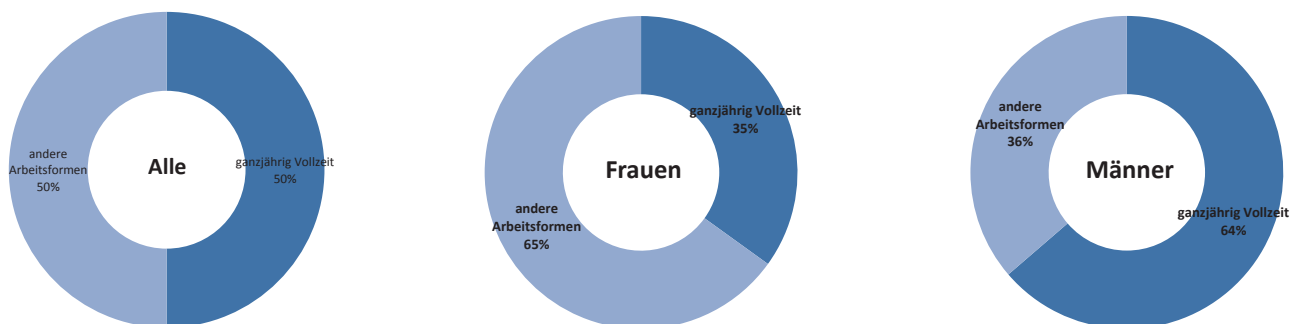
Tab. 4: Anzahl und Anteil der ganzjährig Beschäftigten (Voll- und Teilzeit)

Beschäftigung: ganzjährige Vollzeit						
	Gesamt	M	F	Vollzeitanteil Gesamt	Vollzeitanteil M	Vollzeitanteil F
Burgenland	78.420	51.290	27.130	58,9%	71,7%	44,0%
Kärnten	136.454	87.292	49.162	53,2%	64,5%	40,5%
NÖ	441.128	286.973	154.155	58,5%	71,5%	43,6%
OÖ	390.286	265.502	124.784	56,8%	71,9%	39,2%
Salzburg	138.296	89.581	48.715	52,1%	65,4%	37,9%
Steiermark	312.023	206.340	105.683	54,4%	67,1%	39,7%
Tirol	177.585	118.463	59.122	50,0%	63,7%	34,9%
Vorarlberg	91.954	62.064	29.890	53,8%	69,0%	36,9%
Wien	422.802	242.260	180.542	54,7%	61,0%	48,1%
Österreich	2.188.948	1.409.765	779.183	55,1%	67,3%	41,6%

Tab. 5: Anzahl und Anteil der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten

durchschnittlicher Jahresnettoeinkommen: ganzjährig Vollzeit						
	Gesamt	M	F	Gesamt % von AUT	M % vonAUT	F % von AUT
Burgenland	€ 27.297	€ 29.392	€ 23.336	-2,1%	-2,4%	-2,2%
Kärnten	€ 27.145	€ 29.300	€ 23.318	-2,6%	-2,7%	-2,2%
NÖ	€ 28.785	€ 31.114	€ 24.451	3,2%	3,3%	2,5%
OÖ	€ 27.101	€ 29.427	€ 22.152	-2,8%	-2,3%	-7,1%
Salzburg	€ 26.905	€ 29.226	€ 22.637	-3,5%	-2,9%	-5,1%
Steiermark	€ 26.816	€ 28.868	€ 22.809	-3,8%	-4,1%	-4,4%
Tirol	€ 26.233	€ 28.423	€ 21.845	-5,9%	-5,6%	-8,4%
Vorarlberg	€ 27.333	€ 30.043	€ 21.706	-2,0%	-0,2%	-9,0%
Wien	€ 29.926	€ 32.334	€ 26.695	7,3%	7,4%	11,9%
Österreich	€ 27.882	€ 30.109	€ 23.853	0,0%	0,0%	0,0%

Tab. 6: durchschnittlicher Jahresnettoeinkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten



Grafik 3: Anteile ganzjähriger Vollzeitarbeit: Alle, Frauen und Männer in Tirol

Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in ganzjähriger Beschäftigung, das entsprach einem Anteil von rund drei Viertel aller Beschäftigten. In Tirol liegt dieser Anteil deutlich niedriger: 245.272 Personen oder 69,0% aller Beschäftigten waren das ganze Jahr über in Arbeit – sei es Vollzeit- oder Teilzeitarbeit. Tirol hatte den niedrigsten Anteil ganzjähriger Beschäftigung von ganz Österreich, knapp gefolgt von Kärnten mit 70,5%.

Der Anteil der ganzjährigen Beschäftigung in Tirol lag für die Männer bei 69,8% (vorletzter Platz vor Kärnten), für die Frauen bei 68,3% (letzter Platz hinter Vorarlberg).

Entscheidend: der Anteil ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung

Trotz der Zunahme anderer Arbeitsmodelle, stellten die Beschäftigten mit jahresdurchgängiger Vollzeitstellung nach wie vor das gängigste und gleichzeitig einkommensstärkste Beschäftigungssegment. In stabilen Beschäftigungsverhältnissen mit einem hohen Engagement an Arbeitsstunden pro Woche wurden die höchsten Einkommen bei unselbständiger Beschäftigung erzielt. 2010 lagen die Einkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten um rund 40% höher als das (alle Beschäftigungsformen umfassende) allgemeine Einkommensniveau.

Tirol: geringster Anteil ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung

Genau hier aber zeigte sich eine Schwäche der Tiroler Beschäftigtenstruktur: Denn mit einem Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter von 50,0% (177.585

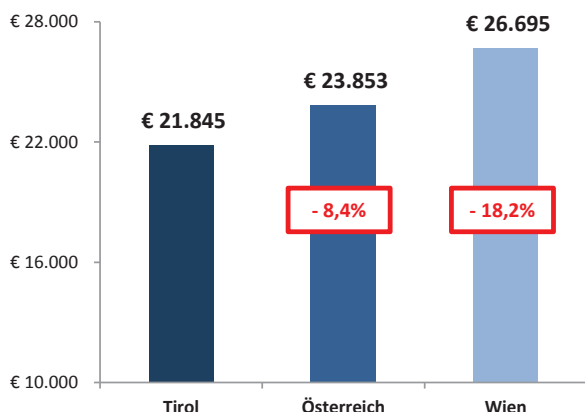
Personen) lag Tirol spürbar unter dem österreichischen Durchschnitt von 55,1% und deutlich unter dem Höchstwert von 58,9%, der im Burgenland erreicht wurde. Tirol wies in Österreich den geringsten Anteil ganzjährig Vollzeitbeschäftigter auf.

Zeigten sich bei der Frage ob eine ganzjährige Beschäftigung besteht, ungeachtet ob Vollzeit oder Teilzeit, noch wenige Unterschiede zwischen Männern und Frauen, teilte sich der Arbeitsmarkt bei der Frage nach der jahresdurchgängigen Vollzeitstellung zwischen den Geschlechtern auf. Fast zwei Drittel (67,3%) aller Männer in Österreich waren das ganze Jahr über in einer Vollzeitstellung, bei den Frauen waren es deutlich weniger (41,9%).

In Tirol verfügten 63,7% der beschäftigten Männer über eine jahresdurchgängige Vollzeitstellung, im Österreichschnitt waren es 67,3%. Der höchste Anteil wurde in Oberösterreich mit 71,9% erreicht. Der niedrigste Vollzeitanteil bei den Männern war in Wien zu beobachten (61,0%).

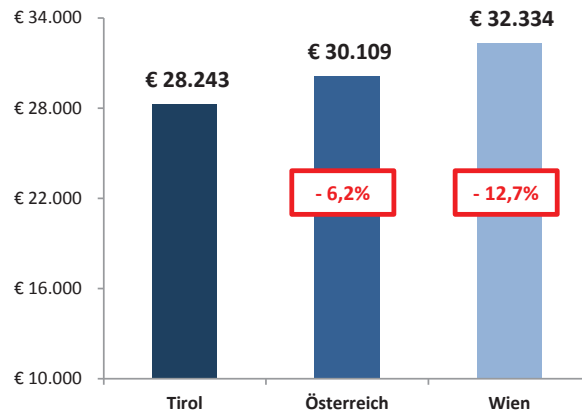
Rund ein Drittel (34,9%) aller beschäftigten Frauen in Tirol stand 2010 in einer ganzjährigen Vollzeitstellung. Von den Frauen, die das ganze Jahr hindurch eine Beschäftigung hatten, hatte nur etwas über die Hälfte eine Vollzeitstellung. Dieser Prozentsatz war deutlich unter dem Durchschnitt von 41,6% für ganz Österreich und weit entfernt vom Höchstwert von 48,1%, der in Wien erreicht wurde. Zu beachten ist auch, dass der Anteil der der ganzjährig vollzeitbeschäftigten Frauen gegenüber dem Vorjahr verringerte: 2009 waren noch 36,0% der Frauen in

Ganzjährige Vollzeitbeschäftigung Frauen: Jahresnettoeinkommen 2010



Grafik 4: Der prozentuale Abstand des durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der Frauen in Tirol bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung zum zum Durchschnittseinkommen in Österreich und zum am besten positionierten Bundesland.

Ganzjährige Vollzeitbeschäftigung Männer: Jahresnettoeinkommen 2010



Grafik 5: Der prozentuale Abstand des durchschnittliche Jahresnettoeinkommen der Männer in Tirol bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung zum zum Durchschnittseinkommen in Österreich und zum am besten positionierten Bundesland.



Auch bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung liegen die Tiroler Einkommen um 5,9% zurück

einem derartigen Anstellungsverhältnis, 2010 waren es 34,9%.

Die Einkommenssituation bei ganzjähriger Vollzeitbeschäftigung

Das Einkommen der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten in Österreich lag 2010 bei EUR 27.822 (netto). Männer erzielten ein Einkommen von EUR 30.109, Frauen ein Einkommen von EUR 23.853, ein Einkommensnachteil von 20,7%.

Trotz der Tatsache, dass in dieser Betrachtungsweise saisonale Beschäftigungsformen keine Berücksichtigung finden, schnitt Tirol auch in diesem Einkommensvergleich Tirol schlecht ab. Mit einem Nettojahreseinkommen von EUR 26.233 lagen die ganzjährig vollzeitbeschäftigten Tirolerinnen und Tiroler um 5,9% hinter dem österreichischen Durchschnittseinkommen zurück. Die Vollzeitangestellten Tiroler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten 2010 netto über EUR 1.649 weniger verfügen als im österreichischen Durchschnitt und lagen um EUR 3.693 (netto) hinter den bestplatzierten Wiener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zurück.

Die Tiroler Männer verdienten im Schnitt EUR 28.423 (netto) im Jahr und lagen um 5,6% hinter dem Ös-

terreich-Schnitt zurück, sie waren damit die letzten im Einkommensvergleich. Die Tiroler Frauen lagen zwar mit 8,9% (EUR 21.845) noch weiter hinter dem österreichischen Durchschnittseinkommen als die Männer zurück, waren aber Vorletzte im Einkommensvergleich, da die vollzeitbeschäftigten Vorarlbergerinnen nochmals weniger Einkommen erzielten und um 9,0% hinter dem österreichischen Durchschnitt hinterherhinkten. Die Tiroler Arbeitnehmerinnen verdienten um rund EUR 2.000 weniger als im österreichischen Schnitt und um EUR 4.850 weniger als die Wienerinnen, die in Österreich deutlich am besten positioniert waren (+11,9%).

Festzustellen war, dass die Einkommensdifferenzen zwischen Tirol und dem Österreichschnitt bei der Gruppe der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten zwar geringer wurden, aber Tirol dennoch Einkommensletzter blieb. Darüber hinaus war der Anteil der Beschäftigten in ganzjähriger Vollzeitstellung kleiner als im österreichischen Durchschnitt. Vor allem bei der Vollzeitstellung der Frauen lag Tirol deutlich zurück.

Die Beschäftigten nach Wirtschaftsabschnitten

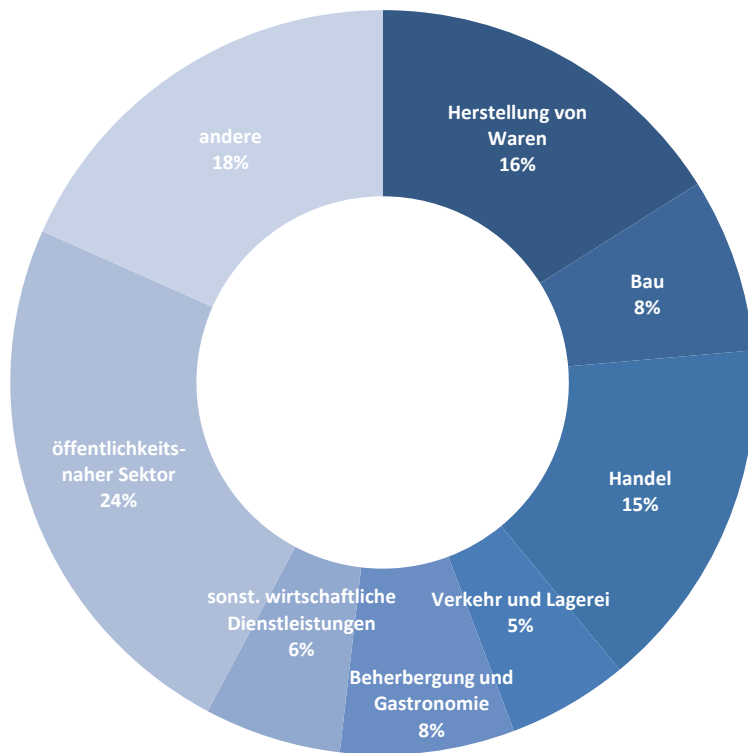
Neben der Frage des Vorhandenseins von Vollzeitbeschäftigungsmöglichkeiten, spielt für die Einkommenssituation eine wichtige Rolle, wie sich die Beschäftigten auf die verschiedenen Wirtschaftsabschnitte verteilen. Die Einkommensunterschiede zwischen den einzelnen Branchen der heimischen Wirtschaft waren z.T. beträchtlich. So machte das jährliche Bruttoeinkommen in der Sachgüterproduktion fast das Dreifache des Einkommens im Beherbergungs- und Gaststättenwesen aus.

Die Zuordnung der Beschäftigten zu einem Wirtschaftsbereich erfolgt in der Statistik der Lohnsteuer, je nach der Branche in der der überwiegende Teil des Jahreseinkommens erzielt wird.

Variabel: Produktion und Tourismus

Im Vergleich der beschäftigungsstärksten Wirtschaftsabschnitte zeigte sich, dass die wesentlichen Unterschiede zwischen den Bundesländern vor allem in der Größe des Produktionssektors (Herstellung von Waren) bzw. im touristischen Bereich (Gaststätten- und Beherbergungswesen) lagen.

Österreichweit betrug der Anteil der Beschäftigten in der Sachgüterproduktion 16,2%. Die höchste Produktionsorientierung lag 2010 in den Bundesländer Vorarlberg und Oberösterreich mit jeweils einem Viertel der unselbständig Beschäftigten vor. In Tirol erzielten 15% der Beschäftigten den Hauptteil ihres



Grafik 6: Die Verteilung der österreichischen Beschäftigten auf die Branchen nach ihrem Hauptjahreseinkommen

Beschäftigte nach Branchen: Alle ArbeitnehmerInnen absolut									
GESAMT	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	19.240	39.944	121.774	164.798	36.866	110.195	53.740	42.113	53.244
Bau	14.299	23.548	55.452	51.648	19.954	46.874	29.305	12.569	47.117
Handel	20.177	39.691	129.207	106.058	44.653	84.272	54.751	24.197	115.088
Verkehr und Lagerei	7.069	11.765	40.690	31.014	14.886	25.690	23.085	8.141	44.825
Beherbergung und Gastronomie	7.069	23.643	34.835	31.270	32.821	36.681	47.689	14.567	57.689
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	5.599	13.432	34.400	39.436	13.718	32.037	14.023	7.578	69.210
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	35.242	62.359	194.748	157.435	58.362	139.902	80.896	35.749	195.395
andere	24.474	42.213	143.304	105.845	44.267	97.883	51.726	26.042	190.238
gesamt	133.169	256.595	754.410	687.504	265.527	573.534	355.215	170.956	772.806

Tab. 7 & 8: Beschäftigte nach Branchen 2010 - absolute Zahlen und Prozentanteile

Beschäftigte nach Branchen: Prozentanteile									
ALLE	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	14%	16%	16%	24%	14%	19%	15%	25%	7%
Bau	11%	9%	7%	8%	8%	8%	8%	7%	6%
Handel	15%	15%	17%	15%	17%	15%	15%	14%	15%
Verkehr und Lagerei	5%	5%	5%	5%	6%	4%	6%	5%	6%
Beherbergung und Gastronomie	5%	9%	5%	5%	12%	6%	13%	9%	7%
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	4%	5%	5%	6%	5%	6%	4%	4%	9%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	26%	24%	26%	23%	22%	24%	23%	21%	25%
andere	18%	16%	19%	15%	17%	17%	15%	15%	25%
gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Beschäftigte nach Branchen: Männer absolut									
Männer	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	13.232	29.883	89.203	121.543	26.154	83.198	38.105	30.506	36.940
Bau	12.855	21.031	47.290	44.233	17.225	41.176	25.717	10.613	42.286
Handel	8.366	16.438	58.835	44.767	19.463	34.399	22.509	9.486	51.887
Verkehr und Lagerei	5.575	9.307	31.844	23.487	11.538	19.836	18.143	6.123	35.322
Beherbergung und Gastronomie	2.292	7.763	12.088	9.871	12.658	11.852	17.908	5.021	29.335
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	2.896	6.907	18.469	21.846	6.758	18.599	6.503	3.542	37.602
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	14.276	22.901	72.318	52.368	21.575	48.971	30.862	12.412	72.232
andere	12.076	21.015	71.160	51.185	21.578	49.286	26.275	12.232	91.645
gesamt	71.568	135.245	401.207	369.300	136.949	307.317	186.022	89.935	397.249

Beschäftigte nach Branchen: Männer Prozentanteile									
Männer	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	18%	22%	22%	33%	19%	27%	20%	34%	9%
Bau	18%	16%	12%	12%	13%	13%	14%	12%	11%
Handel	12%	12%	15%	12%	14%	11%	12%	11%	13%
Verkehr und Lagerei	8%	7%	8%	6%	8%	6%	10%	7%	9%
Beherbergung und Gastronomie	3%	6%	3%	3%	9%	4%	10%	6%	7%
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	4%	5%	5%	6%	5%	6%	3%	4%	9%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	20%	17%	18%	14%	16%	16%	17%	14%	18%
andere	17%	16%	18%	14%	16%	16%	14%	14%	23%
gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 9 & 10: Männliche Beschäftigte nach Branchen - absolut/ Prozentanteile

Beschäftigte nach Branchen: Frauen absolut									
Frauen	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	6.008	10.061	32.571	43.255	10.712	26.997	15.635	11.607	16.304
Bau	1.444	2.517	8.162	7.415	2.729	5.698	3.588	1.956	4.831
Handel	11.811	23.253	70.372	61.291	25.190	49.873	32.242	14.711	63.201
Verkehr und Lagerei	1.494	2.458	8.846	7.527	3.348	5.854	4.942	2.018	9.503
Beherbergung und Gastronomie	4.777	15.880	22.747	21.399	20.163	24.829	29.781	9.546	28.354
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	2.703	6.525	15.931	17.590	6.960	13.438	7.520	4.036	31.608
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	20.966	39.458	122.430	105.067	36.787	90.931	50.034	23.337	123.163
andere	12.398	21.198	72.144	54.660	22.689	48.597	25.451	13.810	98.593
gesamt	61.601	121.350	353.203	318.204	128.578	266.217	169.193	81.021	375.557

Beschäftigte nach Branchen: Frauen Prozentanteile									
Frauen	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	10%	8%	9%	14%	8%	10%	9%	14%	4%
Bau	2%	2%	2%	2%	2%	2%	2%	2%	1%
Handel	19%	19%	20%	19%	20%	19%	19%	18%	17%
Verkehr und Lagerei	2%	2%	3%	2%	3%	2%	3%	2%	3%
Beherbergung und Gastronomie	8%	13%	6%	7%	16%	9%	18%	12%	8%
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	4%	5%	5%	6%	5%	5%	4%	5%	8%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	34%	33%	35%	33%	29%	34%	30%	29%	33%
andere	20%	17%	20%	17%	18%	18%	15%	17%	26%
gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Tab. 11 & 12: Weibliche Beschäftigte nach Branchen - absolut/ Prozentanteile

Einkommens in der Sachgüterproduktion. Der Anteil der Männer in diesem Wirtschaftsabschnitt war in Tirol mit 20% mehr als doppelt so hoch, wie der Anteil der Frauen (9%).

Die wichtigste Beschäftigungsbranche in Österreich, so auch in Tirol, war der öffentliche bzw. öffentlichkeitsnahe Bereich. Dieser umfasst die öffentliche Verwaltung, die Sozialversicherungen, die Landesverteidigung, das Sozial- und Gesundheitswesen sowie das Bildungs- und Unterrichtswesen. Diese Bereiche werden in der Lohnsteuerstatistik gemeinsam erfasst, sodass der Anteil der Beschäftigten in Österreich im Jahr 2010 24,2% ausmachte. Die Anteile dieser Branchen unterschieden sich in den verschiedenen Bundesländern nur relativ wenig: sie schwankten zwischen 21% in Vorarlberg und 26% in Niederösterreich und dem Burgenland. In Tirol waren 23% in diesen Wirtschaftsbereichen tätig, 17% der Männer und fast ein Drittel (30%) der Frauen. Der öffentlichkeitsnahe Bereich war mit mehr als 80.000 Beschäftigten die größte Beschäftigungsbranche in Tirol (30.800 Männer, 50.000 Frauen).

Die beiden nächstgrößeren Beschäftigungsbranchen in Tirol waren der Handel mit einem Anteil von 15% bzw. 54.751 Beschäftigten und die Sachgüterproduktion mit ebenfalls 15% und 53.740 Personen. Wieder zeigten sich deutliche Unterschiede in den Anteilen von Männern und Frauen. Die Männer dominierten im produzierenden Bereich: ein Fünftel (20%) aller beschäftigten Männer war in dieser Branche tätig, aber nur weniger als jede zehnte Frau (9%). Im Handel erzielten 32.242 bzw. 19% der beschäftig-

ten Frauen ihr Haupteinkommen, der Anteil an den männlichen Beschäftigten betrug jedoch nur 12% oder 22.509 Männer.

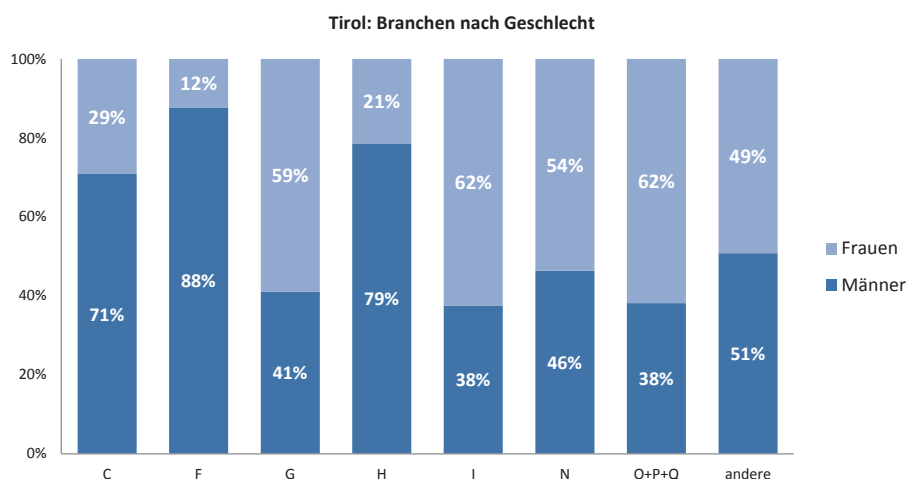
Mit einem Anteil von 13% an allen unselbständig Beschäftigten bot das Beherbergungs- und Gaststättenwesen 47.689 Tirolerinnen und Tirolern ihr Hauptjahreseinkommen. Gegenüber den 7,2% der Beschäftigten, die im österreichischen Schnitt hauptsächlich in diesem Kernbereich der Tourismuswirtschaft beschäftigt waren, lag der Tiroler Anteil fast doppelt so hoch.

Aktiv im Tourismus waren mehrheitlich Frauen: rund 18% der weiblichen Beschäftigten Tirols (29.781 Personen) verdienten ihr Einkommen hauptsächlich in den Gaststätten und Hotels. Im österreichischen Schnitt waren es 9,5% der weiblichen Beschäftigten. Von den männlichen Beschäftigten Tirols erzielten 10% (17.908 Personen) ihr wichtigstes Einkommen im Gastronomie- und Beherbergungswesen, ein doppelt so hoher Anteil wie im österreichischen Durchschnitt (5%).

Auf ähnlich hohe Anteile im Beherbergungs- und Gastronomiewesen kam nur Salzburg, wo 12% der Beschäftigten in dieser Branche ihr Haupteinkommen erzielten. Die niedrigsten Anteile an Tourismusbeschäftigten waren im Burgenland und in Oberösterreich mit jeweils 5% zu verzeichnen.

Einkommen nach Branchen

Ein durchschnittlicher österreichischer Arbeitnehmer (weniger oft eine Arbeitnehmerin) erzielte im produzierenden Bereich (ÖNACE-Abschnitt C: Herstellung



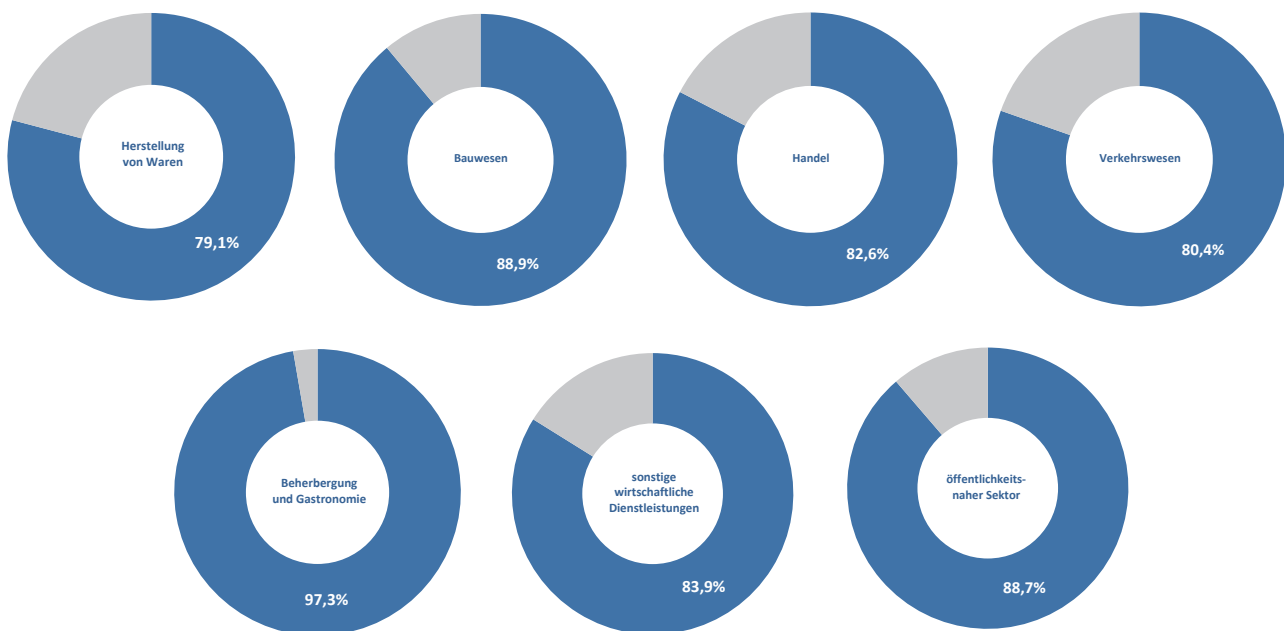
Grafik 7: Beschäftigte in den Branchen nach Geschlecht

C = Sachgüterproduktion, F = Bau, G = Handel, H = Verkehrswesen, I = Beherbergung und Gastronomie, N = sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, O+P+Q = öffentliche Verwaltung, Sozialversicherungen, Landesverteidigung, Erziehungs- und Unterrichtswesen, Gesundheits- und Sozialwesen

durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen nach Branchen: Gesamt										
ALLE	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 31.393	€ 32.039	€ 35.063	€ 34.233	€ 31.770	€ 33.891	€ 31.782	€ 33.572	€ 40.177	€ 34.105
Bau	€ 28.550	€ 27.692	€ 27.120	€ 27.099	€ 26.289	€ 26.502	€ 25.387	€ 26.957	€ 25.028	€ 26.385
Handel	€ 23.213	€ 21.676	€ 26.074	€ 23.651	€ 24.927	€ 21.935	€ 21.680	€ 22.298	€ 26.253	€ 24.093
Verkehr und Lagerei	€ 34.231	€ 30.298	€ 35.638	€ 29.704	€ 29.064	€ 29.198	€ 28.647	€ 28.029	€ 30.196	€ 30.580
Beherbergung und Gastronomie	€ 12.710	€ 11.215	€ 11.806	€ 11.232	€ 12.019	€ 10.884	€ 12.364	€ 11.889	€ 11.759	€ 11.500
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	€ 18.803	€ 16.455	€ 19.300	€ 17.530	€ 16.966	€ 16.048	€ 16.187	€ 13.506	€ 16.821	€ 16.859
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 32.148	€ 32.397	€ 32.084	€ 28.999	€ 30.862	€ 30.307	€ 29.139	€ 30.539	€ 32.851	€ 30.961
gesamt	€ 28.650	€ 26.874	€ 30.231	€ 28.035	€ 26.521	€ 26.745	€ 25.228	€ 27.159	€ 30.011	€ 27.909

durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø Gesamt										
ALLE	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	
Herstellung von Waren	-8,0%	-6,1%	2,8%	0,4%	-6,8%	-0,6%	-6,8%	-1,6%	17,8%	
Bau	8,2%	5,0%	2,8%	2,7%	-0,4%	0,4%	-3,8%	2,2%	-5,1%	
Handel	-3,7%	-10,0%	8,2%	-1,8%	3,5%	-9,0%	-10,0%	-7,5%	9,0%	
Verkehr und Lagerei	11,9%	-0,9%	16,5%	-2,9%	-5,0%	-4,5%	-6,3%	-8,3%	-1,3%	
Beherbergung und Gastronomie	10,5%	-2,5%	2,7%	-2,3%	4,5%	-5,4%	7,5%	3,4%	2,3%	
sonst. wirtschaftliche Dienstleistungen	11,5%	-2,4%	14,5%	4,0%	0,6%	-4,8%	-4,0%	-19,9%	-0,2%	
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3,8%	4,6%	3,6%	-6,3%	-0,3%	-2,1%	-5,9%	-1,4%	6,1%	
gesamt	2,7%	-3,7%	8,3%	0,5%	-5,0%	-4,2%	-9,6%	-2,7%	7,5%	

Tab. 13 & 14: durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen nach Branchen, Abweichungen vom österreichischen Jahresbruttoeinkommen in der jeweiligen Branche



Grafik 8: Wieviel Prozent macht das iroler Einkommen in einer Branche vom Einkommen im jeweils bestplatzierten Bundesland aus

durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen nach Branchen: Männer										
Männer	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 36.005	€ 35.524	€ 39.264	€ 38.751	€ 36.018	€ 37.750	€ 35.895	€ 38.336	€ 44.579	€ 38.278
Bau	€ 29.665	€ 28.856	€ 28.221	€ 28.517	€ 27.570	€ 27.685	€ 26.612	€ 28.790	€ 25.138	€ 27.396
Handel	€ 31.490	€ 28.929	€ 34.443	€ 32.924	€ 33.503	€ 29.777	€ 29.931	€ 32.037	€ 32.752	€ 32.158
Verkehr und Lagerei	€ 36.969	€ 32.524	€ 38.294	€ 32.960	€ 31.600	€ 31.808	€ 31.205	€ 31.274	€ 30.562	€ 32.728
Beherbergung und Gastronomie	€ 16.352	€ 13.726	€ 14.461	€ 13.700	€ 13.922	€ 12.720	€ 14.511	€ 14.215	€ 12.927	€ 13.306
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	€ 22.188	€ 19.170	€ 22.500	€ 20.895	€ 19.619	€ 18.377	€ 19.971	€ 16.833	€ 18.111	€ 19.041
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 39.915	€ 40.376	€ 40.078	€ 38.203	€ 39.229	€ 38.668	€ 38.265	€ 42.485	€ 37.903	€ 38.700
gesamt	€ 34.888	€ 32.783	€ 36.879	€ 35.086	€ 32.860	€ 32.627	€ 31.592	€ 34.900	€ 34.416	€ 33.822

durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø Männer									
ALLE	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-5,9%	-7,2%	2,6%	1,2%	-5,9%	-1,4%	-6,2%	0,2%	16,5%
Bau	8,3%	5,3%	3,0%	4,1%	0,6%	1,1%	-2,9%	5,1%	-8,2%
Handel	-2,1%	-10,0%	7,1%	2,4%	4,2%	-7,4%	-6,9%	-0,4%	1,8%
Verkehr und Lagerei	13,0%	-0,6%	17,0%	0,7%	-3,4%	-2,8%	-4,7%	-4,4%	-6,6%
Beherbergung und Gastronomie	22,9%	3,2%	8,7%	3,0%	4,6%	-4,4%	9,1%	6,8%	-2,8%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	16,5%	0,7%	18,2%	9,7%	3,0%	-3,5%	4,9%	-11,6%	-4,9%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3,1%	4,3%	3,6%	-1,3%	1,4%	-0,1%	-1,1%	9,8%	-2,1%
gesamt	3,2%	-3,1%	9,0%	3,7%	-2,8%	-3,5%	-6,6%	3,2%	1,8%

Tab. 15 & 16: durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen der Männer nach Branchen, Abweichungen vom österreichischen Jahresbruttoeinkommen in der jeweiligen Branche

durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen nach Branchen: Frauen										
Frauen	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien	AUT
Herstellung von Waren	€ 21.235	€ 21.686	€ 23.558	€ 21.539	€ 21.399	€ 21.998	€ 21.757	€ 21.050	€ 30.202	€ 22.732
Bau	€ 18.628	€ 17.966	€ 20.741	€ 18.643	€ 18.198	€ 17.961	€ 16.607	€ 17.010	€ 24.066	€ 19.316
Handel	€ 17.350	€ 16.549	€ 19.077	€ 16.878	€ 18.301	€ 16.525	€ 15.920	€ 16.017	€ 20.918	€ 17.936
Verkehr und Lagerei	€ 24.017	€ 21.868	€ 26.075	€ 19.543	€ 20.322	€ 20.354	€ 19.255	€ 18.183	€ 28.836	€ 22.938
Beherbergung und Gastronomie	€ 10.963	€ 9.988	€ 10.395	€ 10.094	€ 10.824	€ 10.008	€ 11.073	€ 10.665	€ 10.551	€ 10.350
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	€ 15.176	€ 13.581	€ 15.591	€ 13.350	€ 14.390	€ 12.824	€ 12.915	€ 10.587	€ 15.287	€ 14.135
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	€ 26.859	€ 27.767	€ 27.361	€ 24.411	€ 25.955	€ 25.804	€ 23.510	€ 24.185	€ 29.888	€ 26.539
gesamt	€ 21.403	€ 20.289	€ 22.679	€ 19.852	€ 19.770	€ 19.955	€ 18.230	€ 18.567	€ 25.351	€ 21.209

durchschnittliches Jahresbruttoeinkommen nach Branchen: Abweichung vom AUT-Ø Frauen									
ALLE	Burgenland	Kärnten	NÖ	OÖ	Salzburg	Steiermark	Tirol	Vorarlberg	Wien
Herstellung von Waren	-5,9%	-7,2%	2,6%	1,2%	-5,9%	-1,4%	-6,2%	0,2%	16,5%
Bau	8,3%	5,3%	3,0%	4,1%	0,6%	1,1%	-2,9%	5,1%	-8,2%
Handel	-2,1%	-10,0%	7,1%	2,4%	4,2%	-7,4%	-6,9%	-0,4%	1,8%
Verkehr und Lagerei	13,0%	-0,6%	17,0%	0,7%	-3,4%	-2,8%	-4,7%	-4,4%	-6,6%
Beherbergung und Gastronomie	22,9%	3,2%	8,7%	3,0%	4,6%	-4,4%	9,1%	6,8%	-2,8%
sonst. Wirtschaftl. Dienstleistungen	16,5%	0,7%	18,2%	9,7%	3,0%	-3,5%	4,9%	-11,6%	-4,9%
Öffentl. Verwaltung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen	3,1%	4,3%	3,6%	-1,3%	1,4%	-0,1%	-1,1%	9,8%	-2,1%
gesamt	3,2%	-3,1%	9,0%	3,7%	-2,8%	-3,5%	-6,6%	3,2%	1,8%

Tab. 17 & 18: durchschnittliche Jahresbruttoeinkommen der Frauen nach Branchen, Abweichungen vom österreichischen Jahresbruttoeinkommen in der jeweiligen Branche

von Waren) ein Jahresbruttoeinkommen von EUR 34.105. In Tirol lag das vergleichbare Einkommen bei EUR 31.782, d.h. um 6,8% niedriger. Gegenüber den Topverdienenden in der Sachgüterproduktion, den Wiener Beschäftigten, lagen die Tirolerinnen und Tiroler dieser Branche um 20% bzw. um EUR 8.395 brutto im Jahr zurück. Die schlechtesten Verdienste in der Produktionswirtschaft waren allerdings im Burgenland zu verzeichnen, die knapp EUR 400 brutto weniger Einkommen als die Tirolerinnen und Tiroler erzielten.

Die mit Abstand niedrigsten Einkommen unter den beschäftigungsstarken Branchen wurden im Beherbergungs- und Gastronomiewesen (ÖNACE-Abschnitt I: Beherbergungs- und Gaststättenwesen) erreicht. Das durchschnittliche österreichische Bruttoeinkommen in dieser Branche lag bei EUR 11.500, das entspricht einem Nettoeinkommen von EUR 9.783 bzw. einem (aufgrund der vorherrschenden saisonalen Beschäftigung wohl hypothetischen) durchschnittlichen Monatseinkommen von knapp EUR 700 (netto). Die Tiroler Beschäftigten im Gastronomiewesen wiesen ein um 7,5% höheres Jahresbruttoeinkommen als im österreichischen Durchschnitt auf. Sie erzielten ein Bruttoeinkommen von EUR 12.364 (EUR 10.518 netto). Die Tirolerinnen und Tiroler in dieser Branche waren damit in Österreich am besten platziert.

Die Tiroler Einkommen lagen in allen beschäftigungsstarken Branchen unterhalb des jeweiligen branchenspezifischen Durchschnittseinkommens für Österreich. Die Ausnahme bildete, wie bereits erwähnt, das Hotel- und Gastgewerbe, in dem die Tirolerinnen und Tiroler um 7,5% höheres Einkommen erzielten, wenn auch auf einem insgesamt gesehen geringen Einkommensniveau. Am nächsten kam die Tiroler Baubranche dem Österreichschnitt, sie aber dennoch um 3,8% unter diesem lag.

Die Tiroler Männer kommen den österreichischen Durchschnittseinkommen für die verschiedenen Branchen etwas näher. Die im Handel beschäftigten Männer in Tirol wiesen mit einem Minus von 6,9% (EUR 29.931) den größten Abstand zum österreichischen Branchendurchschnitt (EUR 32.158) auf, in der Gastronomie- und Beherbergungswirtschaft lagen die Männer sogar um 9,1% (EUR 14.511) über dem branchenspezifischen Durchschnittseinkommen Österreichs (EUR 13.306). Auch in der Branche der sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen lagen die Tiroler Männer mit EUR 19.971 um 4,9% über dem österreichischen Branchenschnitt.

Zugespitzter als bei den Männern präsentierte sich die Einkommenssituation der Tiroler Frauen. Bis auf das Beherbergungs- und Gastronomiewesen (+7,0% ggü. dem österr. Durchschnitt), lagen die Tiroler Fraueneinkommen stets unter den jeweiligen österreichischen Branchendurchschnitten. Abgesehen von Branchen wie dem Verkehrswesen (-16,1%) und dem Bau (-14,0%), in denen die beschäftigten Frauen den österreichischen Branchendurchschnitt zwar deutlich verfehlten, aber prozentuell gesehen nur wenige Frauen beschäftigt waren, fiel vor allem der Einkommensnachteil im Handel und im öffentlichkeitsnahen Sektor ins Gewicht.

Im Handel, in dem 2010 fast jede fünfte Tiroler Frau Beschäftigung fand, lagen die Einkommen in Tirol um 11,2% unterhalb des österreichischen Brancheneinkommens. In den Bereichen des Unterrichtswesens, der öffentlichen Verwaltung und in den Sozial- und Gesundheitsberufen erreichten die Tiroler Frauen ein Durchschnittseinkommen von EUR 23.510 brutto im Jahr. Der entsprechende österreichische Durchschnitt lag bei EUR 26.539. Die Tirolerinnen lagen in diesen Wirtschaftsbereichen um mehr als EUR 3.000 bzw. um 11,4% zurück und hatten damit die niedrigsten Einkommen ganz Österreichs.

Auswertung der Jahresabschlüsse in Tirol

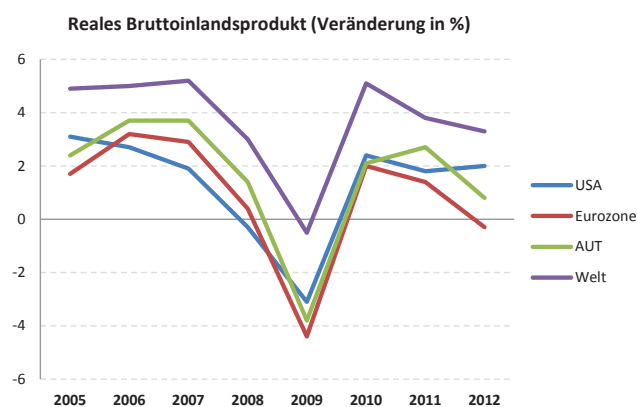
Die Jahre 2006 bis 2010

Mag. Klaus Schönach

1. Die Entwicklung der Gesamtwirtschaft

Wie sehr die einzelnen Volkswirtschaften verflochten und gegenseitig abhängig sind, zeigt folgende Abbildung. Die Weltwirtschaft wies zwar günstigere Zuwachsraten bzw. weniger starke Rückschläge auf, der Euroraum und auch Österreich mussten jedoch 2009 herbe Rückgänge beim Wachstum (Bruttoinlandsprodukt) hinnehmen.

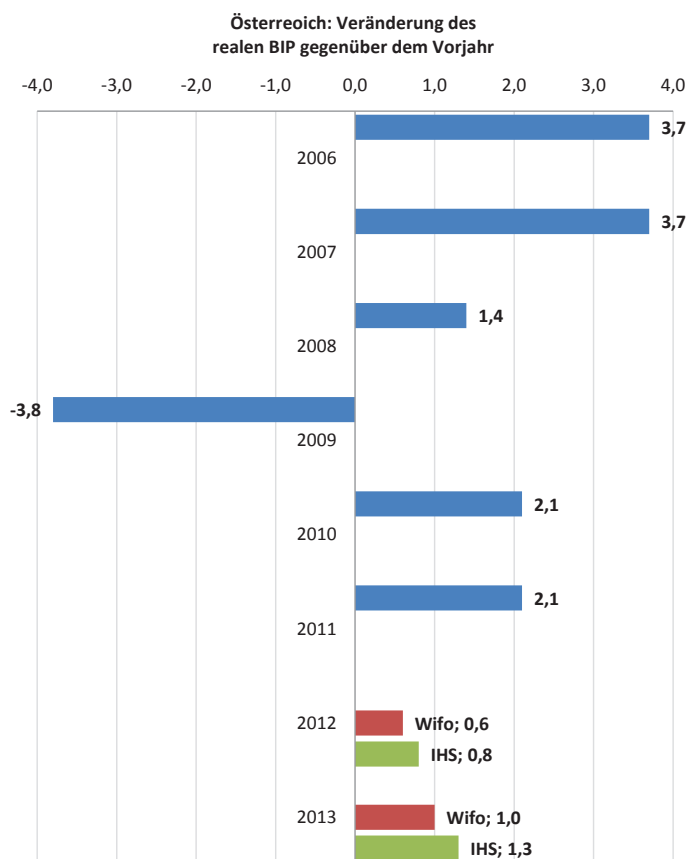
Die Entwicklung war aber in einzelnen EU Ländern sehr unterschiedlich: Polen wies 2009 als einziges EU Land auch 2009 ein positives Wachstum mit 1,9 % auf, die Wirtschaft von Lettland (-18 %), Litauen (-14,7 %) und Estland (-13,9 %) schrumpfte hingegen am meisten. Österreich lag mit -3,8 % unter dem EU 27 Durchschnitt von -4,2 % und damit auch deutlich vor Deutschland mit -4,7 %.¹



Grafik 1: Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nach zwei Jahren von durchaus respektablen Zuwachsraten wurden die Konjunkturprognosen des IWF, des WIFO und IHS im Herbst des heurigen Jahres für 2012 und 2013 deutlich gegenüber der früheren Prognose zurückgenommen. Die Wirtschaft soll

2012 lt. WIFO nur um 0,6 % (IHS 0,8 %) und 2013 lt. WIFO um 1,0 % (IHS 1,3 %) real wachsen.



Grafik 2: wirtschaftliche Entwicklung Österreichs

1.1 Entwicklung 2010

Im Jahre 2009 erlebte die österreichische Wertschöpfung den größten Einbruch seit 50 Jahren, das BIP sank real um 3,8 %. Die Erholung kündigte sich bereits im zweiten Halbjahr 2009 an, die sich bis dato fortsetzt. Das Wachstum im vierten Quartal 2010 betrug bereits 2,7 %. Getragen wurde der Aufschwung

von der Erholung der Weltkonjunktur und insbesondere vom kräftigen Wachstum in Deutschland (2010 +3,6 %), das der österreichischen Exportwirtschaft zu Gute kam.

Die Branchen Metallerzeugung und Maschinenbau sowie die Fahrzeugindustrie waren von der Krise des Jahres 2009 am stärksten betroffen. Die Metallerzeugung und der Fahrzeugbau holten im Jahre 2010 die Produktionseinbußen fast vollständig wieder auf, der Maschinenbau nur zu einem geringen Teil. Die Tiroler Industrie, die besonders exportorientiert ist, konnte auch im Jahre 2010 eine überdurchschnittliche Steigerung der Produktion um 11,4 % erreichen.

Das WIFO spricht von einer hohen Wettbewerbsfähigkeit der Tiroler Unternehmen, die sowohl in der Krise des Jahres 2009 als auch im Aufschwung die Bewährungsprobe bestand. Die Produktionswerte in der Bauwirtschaft (Tirol +5,5 %) und bei der Energiewirtschaft (Tirol +6,4 %) trugen zum Aufschwung wesentlich bei. Der Tourismus konnte erst im zweiten Halbjahr des Jahres 2010 wieder etwas an Fahrt gewinnen.²

1.2 Entwicklung 2011

Die reale Bruttowertschöpfung der österreichischen Industrie stieg im Jahre 2011 um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr, nach 2,6 % im Jahr 2010.³ Allerdings war die Entwicklung in den beiden Halbjahren sehr uneinheitlich:

Während im ersten Halbjahr noch 4,8 % Zuwachs gegeben waren, verflachte sich das Wachstum im zweiten Halbjahr auf 2,1 %. Treibende Faktoren waren die Außenwirtschaft sowie die Nachfrage nach Investitionsgütern, insbesondere Fahrzeuge. Zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren gab es allerdings 2011 große Unterschiede:

Die Exportnachfrage nahm im Jahresdurchschnitt 2011 um 11,3 % zu. Die industrielle gewerbliche Produktion trug ebenso wie die Energieproduktion und die Bauwirtschaft zum Wachstum bei. Zurückgeblieben im Wachstum ist hingegen die Dienstleistungsbranche, auch wenn sich hier der Mitarbeiterstand weiter erhöht hat.

Dem zu Folge verzeichneten auch die Länder Oberösterreich und Steiermark mit ihrer hohen Industrieorientierung das höchste Wirtschaftswachstum unter den Bundesländern, bei denen die reale Bruttowertschöpfung mit 4,5 % bzw. 4,4 % um einen Prozentpunkt höher war als im Österreichschnitt.⁴

Tirol lag mit seiner realen Bruttowertschöpfung von 2,6 % unter dem Österreichschnitt, hier verlor die zunächst lebhafteste Industriekonjunktur im Jahresverlauf deutlich an Kraft, möglicherweise auf Grund der geografischen Nähe und Handelsverflechtung mit Italien.

Bruttoregionalprodukt nominell				
Jahr	BRP absolut in Mrd. €			Anteil am BIP (in%)
	Österreich	Tirol	Δ Tirol %	
1995	174,613	14,433		8,3%
1996	180,150	14,908	3,3%	8,3%
1997	183,480	15,291	2,6%	8,3%
1998	190,851	16,000	4,6%	8,4%
1999	197,979	16,650	4,1%	8,4%
2000	207,529	17,625	5,9%	8,5%
2001	212,499	18,214	3,3%	8,6%
2002	218,848	18,815	3,3%	8,6%
2003	223,302	19,299	2,6%	8,6%
2004	232,782	20,057	3,9%	8,6%
2005	243,585	21,376	6,6%	8,8%
2006	256,951	22,636	5,9%	8,8%
2007	272,010	23,777	5,0%	8,7%
2008	283,085	24,720	4,0%	8,7%
2009	274,818	24,395	-1,3%	8,9%

Quelle: Statistik Austria

Der hohe Dienstleistungsanteil und insbesondere der Tourismus, der in den Krisenjahren eine Stütze der Konjunktur war, konnten im Jahre 2011 nicht weiter expandieren.

Wenngleich die westlichen Bundesländer – Tirol, Salzburg und Kärnten – eine dynamische Entwicklung auf dem Inlandsmarkt bei den Übernachtungen verzeichneten, konnte Wien vor allem Gäste aus dem Ausland lukrieren. Die Privatquartiere verloren mit minus 5,5 % deutlich bei den Übernachtungen. Auch im Sommer des Jahres 2011 lag Tirol mit plus 1,3 % Übernachtungen am unteren Ende der Skala.

Wie aus Tabelle 1 hervorgeht, konnte Tirol seinen Anteil am nominellen Bruttoregionalprodukt (BRP) im letzten Jahrzehnt doch von 8,4 % auf 8,9 % steigern. Diese Dynamik dürfte allerdings ab 2011 (zumindest lt. WIFO) gegenüber Österreich zurückgegangen sein.

Ein Vergleich mit dem realen BRP bzw. der realen Bruttowertschöpfung zeigt, dass der Wachstumsvorsprung von Tirol weniger stark ausgeprägt ist, was auf ein höheres Preisniveau schließen lässt.

Bruttowertschöpfung real		
Jahr	Österreich	Tirol
1996	2,2%	1,0%
1997	1,8%	1,1%
1998	3,8%	4,5%
1999	2,9%	2,6%
2000	4,0%	5,0%
2001	0,9%	1,4%
2002	1,1%	2,3%
2003	1,5%	1,6%
2004	2,3%	2,1%
2005	2,2%	2,1%
2006	3,1%	3,3%
2007	3,6%	3,8%
2008	1,6%	0,0%
2009	-4,2%	-2,3%
2010	2,6%	3,0%
2011	3,4%	2,6%

Quelle: WIFO Heft Nr. 8/2012

Aufgrund der Umstellung der OENACE 2003 auf OENACE 2008 im Mai 2012 sind die Zuwachsraten ab 2008 nur bedingt vergleichbar. Im WIFO Heft Nr. 8/2010 (S 659) sind die realen Veränderungen der Bruttowertschöpfung in Tirol für 2006 noch mit 4,1 % (Öst. 3,9 %), für 2007 mit 3,8 % (Öst. 3,6 %), für 2008 mit 2,4 % (Öst. 2,3 %) und 2009 mit -4,3 % (Öst. -4,1 %) ausgewiesen.

Ein Blick auf die Arbeitslosenquote (Tabelle 3) zeigt die in Tirol herrschende geringere Arbeitslosigkeit im Vergleich zu Österreich. In Österreich werden die Arbeitslosenquoten nach zwei Berechnungsmethoden ermittelt. Die Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung (AKE) entspricht dem ILO-Konzept, dem die internationale Definition von Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit zugrunde liegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet hat oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber normalerweise einer Beschäftigung nachgeht. Personen mit aufrechtem Dienstverhältnis, die Karenz- bzw. Kindergeld beziehen, sind bei den Erwerbstätigen inkludiert. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Die vom Arbeitsmarktservice (AMS) veröffentlichten nationalen Arbeitslosenzahlen und Arbeitslosenquote basieren auf den beim Arbeitsamt vorgemerkten Arbeitslosen und den beim Hauptverband der Sozialversicherungsträger erfassten unselbständig Beschäftigten. Im Jahre 2009 gab es bei beiden Berechnungsarten einen deutlichen Anstieg. Tirol weist

aber in all den Jahren eine deutlich niedrigere Arbeitslosenzahl als das übrige Österreich auf. Im Jahresdurchschnitt waren in Tirol im Jahre 2008 16.397, im Jahre 2009 20.198 arbeitslos. Im Jahre 2010 ging dann die Zahl wieder auf 19.154 und im Jahre 2011 auf 18.713 im Jahresdurchschnitt zurück.

Jahr	ALQ* lt. AKE		ALQ* lt. AMS	
	Österreich	Tirol	Österreich	Tirol
2003	4,3%	2,6%	7,0%	5,4%
2004	4,9%	3,3%	7,1%	5,6%
2005	5,2%	3,5%	7,3%	5,8%
2006	4,7%	2,9%	6,8%	5,5%
2007	4,4%	2,8%	6,2%	5,3%
2008	3,8%	2,4%	5,9%	5,3%
2009	4,8%	2,9%	7,2%	6,4%
2010	4,4%	2,8%	6,9%	6,1%
2011	n.b.	n.b.	6,7%	5,9%

* ALQ = Arbeitslosenquote

Quelle: Statistik Austria (Arbeitskräfteerhebung), AMS

Bekannt ist seit Jahren, dass Tirol bei der Einkommenssituation bei allen Statistiken an vorletzter bzw. letzter Stelle liegt.

Da Tirol auch beim Wirtschaftswachstum in den letzten Jahren etwas über dem Österreichdurchschnitt lag (ab 2011 gilt dies nicht mehr) ist es nicht von der Hand zu weisen, dass eher in die Beschäftigung investiert wurde, was andererseits eine geringere Produktivität bedeutet.

1.3 Bisherige Entwicklung 2012

Während die Produktionsleistung bei der Sachgütererzeugung in Österreich im 1. Quartal 2012 um 4,4 % zunahm, sank sie in Tirol um 2,2 %. Es war eine Vielzahl von Branchen davon betroffen, nur die Papierindustrie verzeichnete ein kräftiges Plus. Da die Beschäftigung weiter ausgeweitet werden konnte, kam es neuerlich zu Produktivitätseinbußen. So war der Beschäftigungszuwachs von 550 Stellen im 1. Quartal in der Maschinenindustrie in Tirol nicht durch eine entsprechende Produktionsausweitung begleitet (WIFO S 15).⁵

In der Bauwirtschaft gab es im 1. Quartal in Österreich einen Zuwachs von 9,8 %, in Tirol einen Rückgang von 5,9 %. Das WIFO sieht aber eine deutlich verbesserte Auftragslage. Die Wintersaison 2011/2012 im Tourismus verlief in Tirol mit +6,5 % Inländernächtigungen und 3,9 % bei den Ankünften positiv. Die Bank Austria geht von einem Wachstum von 0,8% für 2012 für Tirol (Österreich 1,0 %) aus.⁶

2. Die Unternehmen der Sachgüterindustrie

Im Folgenden werden nun die wichtigsten Ergebnisse und Kennzahlen von mittelgroßen und großen Kapitalgesellschaften, die im Firmenbuch beim Landesgericht Innsbruck einen vollständigen Jahresabschluss hinterlegt haben, betrachtet.⁷

Da die Herstellung von Waren (Sachgütererzeugung) für die Entwicklung der Wirtschaft eine herausragende Rolle spielt, werden zunächst die Daten von 100 verwertbaren Unternehmen analysiert.⁸ Bei diesen Unternehmen waren die Jahresabschlüsse für die Jahre 2006-2010 lückenlos vorhanden. Wie bei allen hier untersuchten Unternehmen handelt es sich um mittlere und große Kapitalgesellschaften bzw. auch einige Personengesellschaften, die ihren Abschluss im Unternehmensbuch beim Landesgericht Innsbruck zu veröffentlichen haben.

Die erfassten 100 Unternehmen hatten 2010 einen Beschäftigungsstand von 23.233 Personen (zu Vollzeitäquivalenten gerechnet), der leicht gegenüber 2009 gesunken ist. Deutlich ist die Reduktion im Jahre 2009 zu sehen, die bei diesen Betrieben insgesamt rund 1.100 Beschäftigte ausgemacht hat. Im Jahre 2008 gab es noch einen Beschäftigtenzuwachs von 3,2 %.

Die Zahl der angegebenen Arbeiter betrug im Jahre 2010 15.092, das ist eine Reduktion gegenüber 2009 um 200 Arbeiter bzw. 1,3 %. Im Jahre 2009 betrug die durchschnittliche Reduktion 7,2 % und im Gegensatz zu den Angestellten werden in der Realität die Arbeiter früher gekündigt, der Zuwachs betrug im Jahre 2008 nur mehr 0,5 %. Die Zahl der Angestellten wurde im Jahre 2010 mit 9.873 errechnet, praktisch nur um 14 Angestellte weniger als 2009. Der Zuwachs bei den Angestellten war von 2006-2009 immer positiv, im Jahre 2008 betrug er sogar 7,7 %.

Daraus ergeben sich also deutliche Abweichungen gegenüber den Arbeitern. Der Rest der Beschäftigten entfiel auf Lehrlinge (245) und nicht angegebene Aufteilungen. Wenn man die in dieser Statistik vorhandenen zwei größten Unternehmen (Sandoz und GE) herausfiltert, ergibt sich 2010 eine Beschäftigungssumme von 18.974 (2009: 19.260). Die Reduktion fiel mit 5,5 % (von 2008 auf 2009) und 1,5 % (von 2009 auf 2010) bei den mittleren Unternehmen stärker aus als bei den beiden großen Unternehmen.

Beschäftigte Sachgüter (n = 100)						
	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	23.202	23.868	24.639	23.548	23.233	-1,3%
Mittelwert	232	239	246	235	232	-1,3%
+/- in %		2,9%	3,2%	-4,4%	-1,3%	
1. Quartil	64	67	66	64	65	1,6%
Median	147	141	131	124	127	2,4%
3. Quartil	242	249	248	232	236	1,5%

Tabelle 4

Beschäftigte Sachgüter (n = 98)						
	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	19.489	19.857	20.375	19.260	18.974	-1,5%
Mittelwert	199	203	208	197	194	-1,5%
+/- in %		1,9%	2,6%	-5,5%	-1,5%	
1. Quartil	63	66	66	63	64	1,6%
Median	145	130	124	120	120	0,4%
3. Quartil	232	242	244	225	225	-0,2%

Tabelle 5

2.1 Ertragslage

Die Summe der Jahresüberschüsse erreichte im Jahre 2007 mit € 718 Mio. den Höchstwert, der Wert von 2010 lag mit € 578 Mio. um 24 % höher als 2009 und zeigt damit die Erholung. Pro Unternehmen wurde durchschnittlich ein Jahresüberschuss von € 5,8 Mio. im Jahr 2010 erzielt. Der Medianwert lag bei 803 T€ und das dritte Quartil erreichte € 2,9 Mio. Das Bild zeigt deswegen eine sehr deutliche Streuung um den Median.

Jahresüberschuss Sachgüter (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	537.650	718.031	502.169	464.773	578.144	24,4%
Mittelwert	5.377	7.180	5.022	4.648	5.781	24,4%
+/- in %		33,5%	-30,1%	-7,4%	24,4%	
1. Quartil	161	201	90	-31	46	-251,6%
Median	613	915	645	558	803	43,9%
3. Quartil	3.558	3.487	2.868	1.956	2.880	47,3%

Tabelle 6

Wenn man aus diesen 100 Unternehmen die zwei größten Unternehmen, nämlich jene Unternehmen, die über € 150 Mio. Jahresüberschuss alleine erreichen (es handelt sich dabei um die Sandoz AG sowie die General Electric aus Jenbach), so sinkt die Gesamtsumme bzw. der Mittelwert um die Hälfte.

Der Jahresüberschuss dieser mittelgroßen Unternehmen in Tirol betrug im Mittel 2010 knapp € 3 Mio., dieser liegt noch immer beträchtlich unter dem Jahr 2007 mit € 4,2 Mio. Der Medianwert liegt mit 795 T€ (=98) nur knapp unter 803 T€, eignet sich also besser als Maßzahl als der Mittelwert.

Jahresüberschuss Sachgüter (n = 98)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	341.052	411.192	294.847	203.696	286.129	40,5%
Mittelwert	3.480	4.196	3.009	2.079	2.920	40,5%
+/- in %		20,6%	-28,3%	-30,9%	40,5%	
1. Quartil	157	196	89	-40	27	-167,7%
Median	604	838	609	523	795	52,0%
3. Quartil	2.984	3.386	2.788	1.772	2.627	48,2%

Tabelle 7

Auch der Cash Flow (also der Jahresüberschuss zuzüglich der Abschreibungen und Dotierung der Rückstellungen) zeigt im Jahre 2010 eine deutliche Erhöhung gegenüber den beiden Vorjahren, wenngleich auch hier das Niveau noch unter jenem von 2007 liegt. Der Mittelwert liegt bei € 8,6 Mio. und ist um 13,3 % gegenüber 2009 gestiegen. Die Medianwerte betragen € 1,7 Mio. (n=100) bzw. € 0,8 Mio.

Drei Unternehmen in Tirol weisen für die Jahre 2006-2010 durchgehend Verluste auf.⁷ Im Gegensatz dazu gab es 52 (52%) Unternehmen, die durchgehend positive Jahresüberschüsse in allen fünf Jahren erzielt haben. 45 Unternehmen haben zumindest einmal in diesen fünf Jahren Verluste geschrieben. Beim Cash Flow waren es ebenfalls die schon angeführten drei Unternehmen, die durchwegs negative Cash Flows verbuchen mussten, während 77 Unternehmen in allen fünf Jahren positive Cash Flows aufwiesen.

Cash Flow - Sachgüter (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- VJ*
Gesamt	792.074	1.009.406	805.240	762.742	864.180	13,3%
Mittelwert	7.921	10.094	8.052	7.627	8.642	13,3%
+/- in %		27,4%	-20,2%	-5,3%	13,3%	
1. Quartil	648	818	756	412	482	17,0%
Median	1.549	1.713	1.534	1.413	1.682	19,0%
3. Quartil	5.214	5.653	4.758	4.468	5.130	14,8%

* VJ = Vorjahr

Tabelle 8

Wie die folgende Tabelle zeigt, ist der Cash Flow 2010 der 98 mittelgroßen Unternehmen mit € 5,8 Mio. im Durchschnitt auch um 24 % gegenüber 2009 gestiegen. Bei allen Positionen sieht man die deutlichen Einbrüche 2008 und 2009 sowie die Erholung im Jahre 2010.

Cash Flow - Sachgüter (n = 98)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	537.650	718.031	502.169	464.773	578.144	24,4%
Mittelwert	5.377	7.180	5.022	4.648	5.781	24,4%
+/- in %		33,5%	-30,1%	-7,4%	24,4%	
1. Quartil	161	201	90	-31	46	n.b.
Median	613	915	645	558	803	43,9%
3. Quartil	3.558	3.487	2.868	1.956	2.880	47,3%

Tabelle 9

2.2 Verteilung der Wertschöpfung

Die gesamte Bruttowertschöpfung, also die Nettowertschöpfung zuzüglich der Abschreibungen, betrug insgesamt € 2,3 Mrd. und im Mittel € 22,8 Mio. Während von 2006 auf 2007 noch eine Steigerung von fast 12 % zu verzeichnen war, gab es in den beiden Jahren 2008 und 2009 jeweils deutliche Rückschläge. Allerdings konnte im Jahre 2010 das Niveau von 2007 wieder vollständig erreicht werden. Der Mittelwert der Wertschöpfung liegt unter Außerachtlassung der zwei großen Betriebe in Tirol bei € 15,4 Mio., das ist eine Steigerung von 14,4 %.

Bruttowertschöpfung (n = 100)						
in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	2.017.792	2.250.907	2.067.555	1.949.323	2.279.334	16,9%
Mittelwert	20.178	22.509	20.676	19.493	22.793	16,9%
+/- in %		11,6%	-8,1%	-5,7%	16,9%	
1. Quartil	3.382	3.837	3.516	3.291	3.312	0,6%
Median	7.071	7.573	7.526	6.158	7.679	24,7%
3. Quartil	16.135	18.600	16.421	14.692	17.539	19,4%

Tabelle 10

Bruttowertschöpfung (n= 98)						
in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	1.474.296	1.620.605	1.521.668	1.321.811	1.512.742	14,4%
Mittelwert	15.044	16.537	15.527	13.488	15.436	14,4%
+/- in %		9,9%	-6,1%	-13,1%	14,4%	
1. Quartil	3.346	3.744	3.444	3.278	3.269	-0,3%
Median	6.785	7.461	7.403	6.002	7.404	23,4%
3. Quartil	14.839	18.099	15.818	13.659	16.288	19,2%

Tabelle 11

Unterteilt man die Wertschöpfung in die üblichen Komponenten Arbeitseinkommen, Gemeineinkommen, Unternehmenseinkommen und Fremdeinkommen (Zinsaufwände), so zeigt sich, dass der Anteil der Arbeitseinkommen bis auf das Jahr 2009 durchwegs positiv war.

Der Mittelwert bei den 100 Unternehmen liegt bei € 9,7 Mio. bei den mittleren 98 Unternehmen bei € 7,5 Mio. Der Anteil der Arbeitseinkommen an der gesamten Wertschöpfung lag im Jahre 2010 bei 42,5 % (n = 100) bzw. bei 48,7 % (n = 98).

Die zwei großen Unternehmen wirken auch in Bezug auf das Arbeitseinkommen sehr stabilisierend, liegen doch die Zuwachsraten deutlich über den mittleren Unternehmen bzw. der Einbruch 2009 unter dem Durchschnitt.

Arbeitseinkommen (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	856.500	909.880	950.835	911.865	968.738	6,2%
Mittelwert	8.565	9.099	9.508	9.119	9.687	6,2%
+/- in %		6,2%	4,5%	-4,1%	6,2%	
1. Quartil	2.073	2.248	2.271	2.246	2.267	0,9%
Median	4.301	4.294	4.767	4.236	4.438	4,8%
3. Quartil	7.939	8.421	9.244	8.211	8.818	7,4%

Tabelle 12

Arbeitseinkommen (n= 98)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	672.996	712.205	740.604	697.781	736.515	5,6%
Mittelwert	6.867	7.267	7.557	7.120	7.515	5,6%
+/- in %		5,8%	4,0%	-5,8%	5,6%	
1. Quartil	2.050	2.233	2.238	2.228	2.263	1,6%
Median	4.196	4.080	4.456	4.008	4.234	5,7%
3. Quartil	7.126	8.176	8.365	8.094	8.124	0,4%

Tabelle 13

Wenn man nur die Bruttolöhne und -gehälter pro Beschäftigten betrachtet, ergibt sich trotz KV-Erhöhungen im Jahre 2009 ein Rückgang, der auf eine stark negative Lohndrift schließen lässt. Im Zeitraum 2006 bis 2010 betrug die Erhöhung aber 11 %.

Bruttolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer jährlich						
in €	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Mittelwert	33,2	34,5	34,7	34,3	36,9	7,6%
+/- in %		3,9%	0,6%	-1,2%	7,6%	
1. Quartil	27,4	28,2	28,8	28,0	30,3	8,2%
Median	31,8	33,0	33,2	33,2	34,9	4,9%
3. Quartil	36,8	38,0	38,7	38,8	41,3	6,3%

Tabelle 14

Das Unternehmenseinkommen (im Wesentlichen der Jahresüberschuss inkl. Abschreibungen) verbuchte entsprechend der konjunkturellen Entwicklung im Jahre 2008 eine sehr starke Einbuße und auch bei den mittleren Unternehmen setzte sich diese Einbuße noch im Jahre 2009 fort. Das Niveau von 2007 konnte im Jahre 2010 noch nicht erreicht werden.

Unternehmenseinkommen (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	790.907	979.432	781.299	735.572	861.706	17,1%
Mittelwert	7.909	9.794	7.813	7.356	8.617	17,1%
+/- in %		23,8%	-20,2%	-5,9%	17,1%	
1. Quartil	648	817	756	357	481	34,6%
Median	1.541	1.713	1.550	1.231	1.682	36,6%
3. Quartil	5.214	5.643	4.704	4.308	5.152	19,6%

Tabelle 15

Unternehmenseinkommen (n = 98)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	508.050	586.537	476.802	373.481	474.311	27,0%
Mittelwert	5.184	5.985	4.865	3.811	4.840	27,0%
+/- in %		15,4%	-18,7%	-21,7%	27,0%	
1. Quartil	635	802	755	350	478	36,7%
Median	1.368	1.666	1.489	1.222	1.677	37,2%
3. Quartil	4.948	5.521	4.560	4.002	4.974	24,3%

Tabelle 16

Das Gemeineinkommen, also die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber und die Betriebs- und Ertragssteuern, waren interessanterweise 2007 geringer als 2006 und erreichten auch im Jahre 2010 nicht die Werte der Jahre 2006-2008. Dies geht auf den Rückgang der Ertragssteuern zurück. Der Anteil an der gesamten Wertschöpfung betrug 2010 13,2 % (n=100).

Gemeineinkommen (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	310.314	306.574	314.011	280.688	300.777	7,2%
Mittelwert	3.103	3.066	3.140	2.807	3.008	7,2%
+/- in %		-1,2%	2,4%	-10,6%	7,2%	
1. Quartil	676	718	699	735	736	0,2%
Median	1.323	1.395	1.503	1.289	1.350	4,8%
3. Quartil	3.146	3.504	3.515	2.856	3.348	17,2%

Tabelle 17

2.3 Investitionstätigkeit

Interessant ist auch das Investitionsverhalten der Unternehmen. Die gesamten Bruttoinvestitionen betragen im Jahre 2010 € 316,9 Mio. und lagen damit um 2,6 % unter dem Vorjahr. Der Höhepunkt der Zuwachsraten lag im Jahre 2007 bei 40 %, während es im Jahre 2009 auf Grund des Schockes von 2008 zu einem großen Rückgang der Investitionen kam. Auch waren die Unternehmen noch im Jahre 2010, vor allem die Mittleren, sehr vorsichtig bei der Investitionstätigkeit.

Während die Sachanlageinvestitionen auch im Jahre 2010 zurückgingen, gab es eine deutliche Erholung bei den Finanzanlagen, diese haben sich gegenüber 2009 nahezu verdoppelt. Dies betrifft aber nur die großen Gesellschaften.

Summe Anlagenzugang (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	313.510	436.800	400.966	325.194	316.860	-2,6%
Mittelwert	3.135	4.368	4.010	3.252	3.169	-2,6%
+/- in %		39,3%	-8,2%	-18,9%	-2,6%	
1. Quartil	332	363	331	212	225	6,5%
Median	890	1.171	934	906	868	-4,2%
3. Quartil	2.701	3.178	3.117	3.414	2.585	-24,3%

Tabelle 18

Zugang Sachanlagen (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	250.159	354.208	346.345	273.550	227.429	-16,9%
Mittelwert	2.502	3.542	3.463	2.736	2.274	-16,9%
+/- in %		41,6%	-2,2%	-21,0%	-16,9%	
1. Quartil	224	272	262	171	189	10,2%
Median	618	799	763	678	508	-25,1%
3. Quartil	2.001	2.562	2.110	2.793	2.275	-18,5%

Tabelle 19

Zugang Finanzanlagen (n=100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Gesamt	54.272	70.473	42.924	39.481	76.192	93,0%
Mittelwert	543	705	429	395	762	93,0%
+/- in %		29,9%	-39,1%	-8,0%	93,0%	
1. Quartil	0	0	0	0	0	0,0%
Median	0	0	0	0	0	0,0%
3. Quartil	132	121	143	55	97	74,7%

Tabelle 20

In Tabelle 21 sind die Summe der Investitionen sowie die Mittelwerte für die 98 Unternehmen angeführt. Selbst hier gab es bei den Finanzanlagen eine Verdoppelung gegenüber 2009, während bei den Sachanlagen mit 23,6 % ein starker Einbruch zu verzeichnen war. Nur die Investitionen in die Software (immaterielle Anlagen) haben 2010 zugenommen.

Aufgliederungen Investitionen (n = 98)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
Zugang immaterielle Anlagen						
Gesamt	7.583	10.871	8.754	5.884	7.855	33,5%
Mittelwert	77	111	89	60	80	33,5%
+/- in %		43,4%	-19,5%	-32,8%	33,5%	
Zugang Sachanlagen						
Gesamt	179.946	230.991	236.240	198.850	152.000	-23,6%
Mittelwert	1.836	2.357	2.411	2.029	1.551	-23,6%
+/- in %		28,4%	2,3%	-15,8%	-23,6%	
Zugang Finanzanlagen						
Gesamt	53.334	38.036	24.554	34.114	73.862	116,5%
Mittelwert	544	388	251	348	754	116,5%
+/- in %		-28,7%	-35,4%	38,9%	116,5%	

Tabelle 21

Zieht man vom erwirtschafteten Cash Flow die Investitionen ab, ergibt sich bei einem positiven Saldo, dass die Investitionen zur Gänze aus der Innenfinanzierung erwirtschaftet werden konnten (siehe Tabelle 22). Im Jahre 2010 ergab sich ein positiver Saldo von € 547 Mio. gegenüber dem Jahr 2006 von € 479 Mio.

Der Mittelwert lag bei den 98 Unternehmen bei € 2,5 Mio. gegenüber € 2,7 Mio. im Jahr 2006. Fünf Unternehmen wiesen über die letzten fünf Jahre einen negativen Saldo aus, 34 Unternehmen über den

gesamten Zeitraum einen positiven. Der Medianwert lag im Jahr 2010 deutlich über den Vorjahreswerten.

Finanzierung der Investitionen aus dem CF						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 09/10
(n = 100)						
Gesamt	478.564	572.606	404.274	437.548	547.320	25,1%
Mittelwert	4.786	5.726	4.043	4.375	5.473	25,1%
+/- in %		19,7%	-29,4%	8,2%	25,1%	
Median	583	554	715	523	874	67,3%
+/- in %		-5,0%	29,2%	-26,9%	67,3%	
(n = 98)						
Gesamt	268.354	311.868	213.195	156.929	241.794	54,1%
Mittelwert	2.738	3.182	2.175	1.601	2.467	54,1%
+/- in %		16,2%	-31,6%	-26,4%	54,1%	
Median	552	552	697	482	834	72,9%
+/- in %		0,1%	26,2%	-30,8%	72,9%	

Tabelle 22

2.4 Vermögen

Das Vermögen (Bilanzsumme) lag 2010 bei € 5,1 Mrd. und damit deutlich über dem Niveau von 2006 (+10,7 %). Die Bruttoinvestitionen bei den Sachanlagen lagen in jedem Jahr über den Abschreibungen. Der Anteil des Anlage- zum Gesamtvermögen liegt ziemlich konstant bei 39 % bis 42 % (Tabelle 23).

Das Eigenkapital ist in den letzten Jahren stark gestiegen, am höchsten war der Anstieg von 2009 auf 2010 mit € 150 Mio. bzw. 8,5 %. Der durchschnittliche Eigenkapitalanteil betrug im Jahre 2006 36,5 % und war im Jahre 2010 mit 37,6 % um 1,1 Punkte höher. Der Medianwert des Eigenkapitals stieg ebenfalls von € 5,7 Mio. (2006) auf € 6,5 Mio. (2010).

Die Gesamtsumme des Fremdkapitals betrug bei den 100 Unternehmen € 3,2 Mrd. das ist mit 8,8 % gegenüber 2006 eine geringere Zunahme als beim Eigenkapital. Demgemäß hat sich auch der Anteil von 63,5 % auf 62,4 % vermindert. Der Medianwert des Fremdkapitals liegt bei € 9,8 Mio. (Tabelle 25).

Die Rücklagen (Tabelle 26) sind getrennt nach der Art ihrer Entstehung als Kapital- und Gewinnrücklagen auszuweisen. Diese Trennung liefert wichtige Informationen zur Außen- und Innenfinanzierung eines Unternehmens. Unter den Gewinnrücklagen sind einbehaltene Gewinne auszuweisen. Sie stellen die Innenfinanzierung dar.

Im Gegensatz zu den versteuerten Rücklagen, die wie der Name schon sagt, versteuert werden müssen, werden die unversteuerten Rücklagen ebenfalls separat ausgewiesen und umfassen die Bewertungs-

Aktiva (= 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamtsumme	4.600.954	4.953.602	5.000.902	5.017.902	5.091.537	10,7%
+/- in % zum Vorjahr		7,7%	1,0%	0,3%	1,5%	
Median	16.581	16.260	17.138	16.894	17.956	8,3%
+/- in % zum Vorjahr		-1,9%	5,4%	-1,4%	6,3%	
Anlagevermögen						
Gesamtsumme	1.912.488	1.956.104	2.037.128	2.038.347	2.107.555	10,2%
+/- in % zum Vorjahr		2,3%	4,1%	0,1%	3,4%	
Median	6.439	6.233	6.558	6.323	6.928	7,6%
+/- in % zum Vorjahr		-3,2%	5,2%	-3,6%	9,6%	
Umlaufvermögen						
Gesamtsumme	2.687.567	2.997.498	2.963.774	2.979.071	2.983.982	11,0%
+/- in % zum Vorjahr		11,5%	-1,1%	0,5%	0,2%	
Median	9.418	10.442	10.765	10.178	10.615	12,7%
+/- in % zum Vorjahr		10,9%	3,1%	-5,5%	4,3%	

Anteile an Aktiva (n = 100)						
	2006	2007	2008	2009	2010	
Anteil Anlagevermögen	41,6%	39,5%	40,7%	40,6%	41,4%	
Anteil Umlaufvermögen	58,4%	60,5%	59,3%	59,4%	58,6%	
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	

Tabelle 23

Ausgewählte Positionen der Aktivseite (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Sachanlagen	1.176.610	1.311.742	1.309.310	1.249.230	1.432.898	21,8%
+/- in % zum Vorjahr		11,5%	-0,2%	-4,6%	14,7%	
Finanzanlagen	426.918	389.262	371.021	427.738	381.444	-10,7%
+/- in % zum Vorjahr		-8,8%	-4,7%	15,3%	-10,8%	
Vorräte	676.632	686.547	693.361	670.930	695.484	2,8%
+/- in % zum Vorjahr		1,5%	1,0%	-3,2%	3,7%	
Lieferforderungen	917.414	785.196	834.718	823.742	776.334	-15,4%
+/- in % zum Vorjahr		-14,4%	6,3%	-1,3%	-5,8%	
Liquide Mittel	326.850	355.106	338.443	350.385	425.175	30,1%
+/- in % zum Vorjahr		8,6%	-4,7%	3,5%	21,3%	

Tabelle 24

Passiva (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Eigenkapital						
Gesamtsumme	1.681.211	1.773.337	1.756.413	1.765.194	1.915.075	13,9%
+/- in % zum Vorjahr		5,5%	-1,0%	0,5%	8,5%	
Median	5.656	5.876	6.165	6.206	6.473	14,4%
+/- in % zum Vorjahr		3,9%	4,9%	0,7%	4,3%	
Fremdkapital						
Gesamtsumme	2.919.743	3.180.265	3.244.463	3.252.198	3.176.462	8,8%
+/- in % zum Vorjahr		8,9%	2,0%	0,2%	-2,3%	
Median	11.487	10.741	10.618	9.458	9.767	-15,0%
+/- in % zum Vorjahr		-6,5%	-1,1%	-10,9%	3,3%	

Anteile an Bilanzsumme (n = 100)						
	2.006	2.007	2.008	2.009	2.010	
Anteil Eigenkapital	36,5%	35,8%	35,1%	35,2%	37,6%	
Anteil Fremdkapital	63,5%	64,2%	64,9%	64,8%	62,4%	
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	

Tabelle 25

Ausgewählte Positionen der Passivseite (n = 100)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn	1.176.610	1.311.742	1.309.310	1.249.230	1.432.898	21,8%
+/- in % zum Vorjahr		11,5%	-0,2%	-4,6%	14,7%	
Nennkapital und Kapitalrücklagen	426.918	389.262	371.021	427.738	381.444	-10,7%
+/- in % zum Vorjahr		-8,8%	-4,7%	15,3%	-10,8%	
Rückstellungen	676.632	686.547	693.361	670.930	695.484	2,8%
+/- in % zum Vorjahr		1,5%	1,0%	-3,2%	3,7%	
Bankverbindlichkeiten	917.414	785.196	834.718	823.742	776.334	-15,4%
+/- in % zum Vorjahr		-14,4%	6,3%	-1,3%	-5,8%	
Lieferantenschulden	326.850	355.106	338.443	350.385	425.175	30,1%
+/- in % zum Vorjahr		8,6%	-4,7%	3,5%	21,3%	

Tabelle 26

Ausgewählte Kennzahlen (Medianwerte) (n = 100)					
	2006	2007	2008	2009	2010
Eigenkapitalanteil %	33,7	34,2	35,7	36,0	39,6
Fiktive Verschuldungsdauer in Jahren	3,9	3,4	4,2	2,7	3,1
Rentabilität des Eigenkapitals %	14,4%	15,3%	15,2%	8,5%	12,7%
Rentabilität des Gesamtkapitals %	6,2%	7,6%	6,7%	4,8%	5,8%
Gewinnausschüttung Gesamt in T€	490.380	658.193	515.449	411.402	487.064

Tabelle 27

reserve, die sich wiederum aus stillen Reserven, Baukosten- und Investitionszuschüssen ergeben. Die Kapitalrücklage stellt jene Rücklagen dar, die die Gesellschafter über den Betrag des gezeichneten Kapitals hinaus geleistet haben.

Der Medianwert beim Eigenkapitalanteil hat sich von 33,7 % auf 39,6 % verbessert und auch die fiktive Verschuldungsdauer ist von 3,9 Jahre auf 3,1 Jahre zurückgegangen. Die Rentabilitäten des Eigen- und Gesamtkapitals erreicht 2007 ihren Höhepunkt (Tabelle 27).

Interessanterweise weist das WIFO (Heft 7/2012 S 578) den Medianwert des Eigenkapitalanteils ebenfalls mit 39,6 % für 2010 und für 2009 mit 37,7 % aus. Für Deutschland wird nur ein Wert von 32,4 % ausgewiesen.¹⁰

3. Die Auswertung von 315 Tiroler Unternehmen

Die Auswertung von 315 Unternehmen, die auch die übrigen Wirtschaftsklassen umfassen und von denen uns über 5 fünf Jahre geschlossen die Jahresabschlüsse zur Verfügung stehen, ergibt folgende Hauptergebnisse:

3.1 Aktivseite

Das Vermögen dieser 315 identen Unternehmen ist im 5-Jahreszeitraum von € 13,5 Mrd. auf € 16,2

Mrd. bzw. 20 % gestiegen. Der Medianwert der Bilanzsumme liegt 2010 bei € 17,8 Mio., das bedeutet eine Steigerung gegenüber 2006 von 14,5 %. Das Anlagevermögen ist mit 12,9 % wesentlich geringer gestiegen als das Umlaufvermögen (30,2 %). Die Anteile haben sich zugunsten des Umlaufvermögens verschoben, nämlich von 41,1 % auf 44,6 %.

Innerhalb des Anlagevermögens sind die Finanzanlagen mit 32,2 % wesentlich stärker gestiegen als die Sachanlagen mit 10,1 % (Tabellen 29 und 30). Allerdings sind es hauptsächlich größere Unternehmen, die in Finanzanlagen investiert haben.

Bei den Vorräten sticht vor allem das Jahr 2010 hervor, in dem die Lager kräftig aufgebaut wurden. Im Jahre 2009 erfolgte ein Abbau der Vorratslager, insbesondere wenn man dies zur Umsatzentwicklung sieht. Neben den Sachanlagen und den Vorräten weisen die liquiden Mittel mit € 1,8 Mrd. (Steigerung um 66,7 %!!) die höchsten Steigerungen aus.

3.2 Passiva

Das Eigenkapital (Tabelle 31) ist praktisch entsprechend der gesamten Bilanzsumme gestiegen (20,5 % in den letzten fünf Jahren). Die Eigenkapitalquote liegt daher konstant zwischen 41 % und 42 %. Das Fremdkapital macht 58 % der Bilanzsumme aus und ist ebenfalls um rund 20 % in den letzten fünf Jahren gestiegen. Der Medianwert beim Eigenkapital liegt 2010 bei € 6,3 Mio. und beim Fremdkapital bei fast €

Aktiva (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamtsumme	13.530.421	14.273.047	14.838.235	15.358.242	16.238.584	20,0%
+/- in % zum Vorjahr		5,5%	4,0%	3,5%	5,7%	
Median	15.566	15.687	16.912	16.830	17.821	14,5%
+/- in % zum Vorjahr		0,8%	7,8%	-0,5%	5,9%	
Anlagevermögen						
Gesamtsumme	7.967.703	8.146.607	8.673.819	8.686.690	8.994.808	12,9%
+/- in % zum Vorjahr		2,2%	6,5%	0,1%	3,5%	
Median	6.633	6.775	7.062	6.865	7.610	14,7%
+/- in % zum Vorjahr		2,1%	4,2%	-2,8%	10,9%	
Umlaufvermögen						
Gesamtsumme	5.562.762	6.126.440	6.164.461	6.671.552	7.243.821	30,2%
+/- in % zum Vorjahr		10,1%	0,6%	8,2%	8,6%	
Median	6.746	7.249	7.071	7.113	7.077	4,9%
+/- in % zum Vorjahr		7,5%	-2,5%	0,6%	-0,5%	
Anteile an Aktiva (n = 315)						
	2.006	2.007	2.008	2.009	2.010	
Anteil Anlagevermögen	58,9%	57,1%	58,5%	56,6%	55,4%	
Anteil Umlaufvermögen	41,1%	42,9%	41,5%	43,4%	44,6%	
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	

Tabelle 28

Ausgewählte Positionen der Aktivseite (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Sachanlagen	6.484.190	6.702.015	7.011.486	7.000.368	7.136.858	10,1%
+/- in % zum Vorjahr		3,4%	4,6%	-0,2%	1,9%	
Median	4.800	5.607	5.720	5.670	5.971	24,4%
+/- in % zum Vorjahr		16,8%	2,0%	-0,9%	5,3%	
Finanzanlagen	1.297.894	1.260.961	1.486.744	1.533.324	1.715.571	32,2%
+/- in % zum Vorjahr		-2,8%	17,9%	3,1%	11,9%	
Median	224	180	190	202	199	-11,2%
+/- in % zum Vorjahr		-19,6%	5,6%	6,3%	-1,5%	
Vorräte	1.636.207	1.837.799	1.912.214	1.920.925	2.315.595	41,5%
+/- in % zum Vorjahr		12,3%	4,0%	0,5%	20,5%	
Median	1.588	1.699	1.721	1.493	1.759	10,8%
+/- in % zum Vorjahr		7,0%	1,3%	-13,2%	17,8%	
Lieferforderungen	1.341.859	1.337.231	1.307.362	1.287.054	1.453.950	8,4%
+/- in % zum Vorjahr		-0,3%	-2,2%	-1,6%	13,0%	
Median	1.281	912	946	778	1.220	-4,8%
+/- in % zum Vorjahr		-28,8%	3,7%	-17,8%	56,8%	
Liquide Mittel	1.064.702	1.128.911	1.212.216	1.723.735	1.774.616	66,7%
+/- in % zum Vorjahr		6,0%	7,4%	42,2%	3,0%	
Median	750	689	630	825	695	-7,3%
+/- in % zum Vorjahr		-8,1%	-8,6%	31,0%	-15,8%	

Tabelle 29

Aufgliederungen Investitionen (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Zugang immaterielle Anlagen						
Gesamtsumme	27.265	41.275	32.134	21.086	27.929	2,4%
Median	6	8	7	4	5	-16,7%
+/- in %		33,3%	-12,5%	-42,9%	25,0%	
Zugang Sachanlagen						
Gesamtsumme	973.410	1.104.243	1.065.560	866.179	1.118.138	14,9%
Median	633	737	690	571	616	-2,7%
+/- in %		16,4%	-6,4%	-17,2%	7,9%	
Zugang Finanzanlagen						
Gesamtsumme	263.276	169.068	333.303	275.755	326.941	24,2%
Median	0	0	0	0	0	

Tabelle 30

Passiva (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Eigenkapital						
Gesamtsumme	5.624.691	6.012.963	6.097.625	6.311.320	6.779.200	20,5%
+/- in % zum Vorjahr		6,9%	1,4%	3,5%	7,4%	
Median	4.777	5.456	6.002	6.078	6.309	32,1%
+/- in % zum Vorjahr		14,2%	10,0%	1,3%	3,8%	
Fremdkapital						
Gesamtsumme	7.905.730	8.260.084	8.740.610	9.046.922	9.459.384	19,7%
+/- in % zum Vorjahr		4,5%	5,8%	3,5%	4,6%	
Median	9.569	9.851	9.992	9.448	9.947	4,0%
+/- in % zum Vorjahr		2,9%	1,4%	-5,4%	5,3%	

Anteile an Bilanzsumme (n = 315)					
	2.006	2.007	2.008	2.009	2.010
Anteil Eigenkapital	41,6%	42,1%	41,1%	41,1%	41,7%
Anteil Fremdkapital	58,4%	57,9%	58,9%	58,9%	58,3%
Gesamt	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%

Tabelle 31

Ausgewählte Positionen der Passivseite (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gewinnrücklagen und Bilanzgewinn	3.328.355	3.648.560	3.659.906	3.764.001	4.183.985	25,7%
+/- in % zum Vorjahr		9,6%	0,3%	2,8%	11,2%	
Median	2.194	2.599	2.838	2.915	3.048	0
+/- in %		18,5%	9,2%	2,7%	4,6%	
Nennkapital und Kapitalrücklagen	1.546.867	1.567.879	1.585.183	1.629.665	1.666.222	7,7%
+/- in % zum Vorjahr		1,4%	1,1%	2,8%	2,2%	
Median	700	640	612	676	749	-0,8%
+/- in %		-8,6%	-4,4%	10,5%	10,8%	
Rückstellungen	1.595.206	1.615.164	1.689.332	1.710.265	1.729.850	8,4%
+/- in % zum Vorjahr		1,3%	4,6%	1,2%	1,1%	
Median	1.014	1.171	1.139	1.262	1.252	23,5%
+/- in %		15,5%	-2,7%	10,8%	-0,8%	
Bankverbindlichkeiten und Darlehen	2.975.364	2.878.887	3.247.134	3.302.071	3.358.673	12,9%
+/- in % zum Vorjahr		-3,2%	12,8%	1,7%	1,7%	
Median	2.642	2.603	2.810	2.800	2.726	-2,6%
+/- in %		-1,5%	8,0%	-0,4%	-2,6%	
Lieferantenschulden	931.057	1.005.623	1.050.722	989.737	1.213.152	30,3%
+/- in % zum Vorjahr		8,0%	4,5%	-5,8%	22,6%	
Median	882	813	842	679	965	
+/- in %		-1,5%	8,0%	-0,4%	-2,6%	
3. Quartil	12.722	13.323	11.899	11.703	13.239	4,1%

Tabelle 32

10 Mio. Auch im Krisenjahr 2009 ist die Eigenkapitalquote konstant bei 41,1 % geblieben.

Wenn man sich einzelne Positionen der Passivseite genauer anschaut, ergibt sich bei den Gewinnrücklagen und dem ausgewiesenen Bilanzgewinn eine überproportionale Erhöhung von fast 26 % (Tabelle 32). Das Nennkapital bzw. die von den Gesellschaftern zusätzlich bereitgestellten Kapitalrücklagen sind nur um 7,7 % gestiegen. Beim Fremdkapital sind es

vor allem die Lieferantenschulden, die in den letzten fünf Jahren um 30 % gestiegen sind.

Im Krisenjahr 2009 sind sie allerdings um 5,8 % gesunken. Konstante, wenn auch in den letzten beiden Jahren moderate Erhöhungen weisen auch die Bankverbindlichkeiten auf. Im Schnitt weist ein Medianunternehmen Bankverbindlichkeiten von € 2,7 Mio. und Lieferantenschulden von knapp € 1 Mio. aus.

3.3 Ertragssituation:

Die Gesamtsumme der Jahresüberschüsse brach im Jahre 2008 um 45,4 % drastisch ein und erholte sich im Jahre 2009 wieder (Tabelle 33). Wie aus dem 3. Quartil ersichtlich, waren dafür die Großunternehmen verantwortlich. Ebenso markant war aber auch der Zuwachs im Jahre 2010 mit 50,1 %. Im Median erzielten die Unternehmen zwischen 565 T€ und 646 T€ Jahresüberschüsse pro Jahr.

Fünfzehn Unternehmen verbuchten in allen fünf Jahren negative Jahresüberschüsse, neben den drei Unternehmen, die bereits bei der Sachgüterindustrie genannt wurden, waren es vier Bergbahnen und zwei Verkehrsbetriebe, die dieses Kriterium erfüllten.

Immerhin haben aber 172 der 315 Unternehmen (55 %) in allen fünf Jahren positive Ergebnisse erzielt. Interessanterweise gab es nur fünf Unternehmen, die in den Krisenjahren 2008 und 2009 und nur in diesen beiden Jahren Verluste und in den übrigen drei Jahren Gewinne geschrieben haben.

Jahresüberschuss (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	808.646	980.196	535.387	583.446	875.787	8,3%
Mittelwert	2.567	3.112	1.700	1.852	2.780	
+/- in %		21,2%	-45,4%	9,0%	50,1%	
1. Quartil	102	73	32	62	45	-56,2%
Median	606	646	565	584	600	-1,0%
+/- in %		6,6%	-12,5%	3,4%	2,7%	
3. Quartil	2.033	2.120	1.532	1.554	1.766	-13,1%

Tabelle 33

Auch der Cash Flow verringerte sich im Jahre 2008, wenn auch nur mit 23 % um ca. die Hälfte, wie der Einbruch bei den Jahresüberschüssen. (Tabelle 34). Aufgrund der Einbeziehung der Abschreibungen gibt es hier eine wesentlich geringere Abweichung.

Der Cash Flow im Jahre 2010 betrug in der Gesamtsumme € 1,7 Mrd. und lag gegenüber 2006 um 5,6 % höher. Im Median lag der Cash Flow zwischen € 1,5 Mio. und € 1,7 Mio. im Jahre 2010.

Fünf Unternehmen weisen in allen fünf Jahren negative Cash Flows auf, neben den drei genannten im Sachgüterbereich noch die Innsbrucker Verkehrsbetriebe und Stubaitalbahn GmbH und die Shark AG.

Die Ertragssteuern (iw. Körperschafts- und Kapitalertragssteuer) sind drastisch eingebrochen (im Vergleich zu 2006 um 33,4 %). Die unteren 25 % der Betriebe zahlen praktisch überhaupt keine Ertrags-

Cash Flow (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	1.628.355	1.841.099	1.420.279	1.477.962	1.719.441	5,6%
Mittelwert	5.169	5.845	4.509	4.692	5.459	
+/- in %		13,1%	-22,9%	4,1%	16,3%	
1. Quartil	659	729	568	565	620	-5,8%
Median	1.536	1.621	1.457	1.515	1.681	9,4%
+/- in %		5,5%	-10,1%	4,0%	11,0%	
3. Quartil	3.977	4.254	3.614	3.582	4.100	3,1%

Tabelle 34

steuern (Tabelle 35). Die Situation spiegelt gut die Situation des Gesamtaufkommens an Körperschaftssteuer in Tirol wider: Das Aufkommen betrug 2006 € 427,6 Mio. und 2010 € 267,7 Mio., das war ebenfalls ein Rückgang von 37,4 %.¹¹

Der Geschäftsbericht des Regionalmanagements West weist für Tirol im 2011 ein Körperschaftssteueraufkommen von € 341,5 Mio. auf, immerhin wird damit das Niveau von 2005 erreicht. Die Senkung des Köst Tarifes von 34 % auf 25 % gilt ab der Veranlagung 2005, es ist keineswegs so, dass hier tirolweit oder auch österreichweit die Lafferkurve eintreten würde.¹²

Ertragssteuern (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	211.735	183.712	141.688	93.093	141.110	-33,4%
Mittelwert	672	583	450	296	448	
+/- in %		-13,2%	-22,9%	-34,3%	51,6%	
1. Quartil	2	2	1	0	0	-100,0%
Median	67	89	47	18	37	-44,8%
+/- in %		32,8%	-47,2%	-61,7%	105,6%	
3. Quartil	334	372	314	294	335	0,1%

Tabelle 35

3.4 Personalkennzahlen

Die erfassten 315 Unternehmen repräsentieren 70.638 Beschäftigte (2010), das sind knapp ein Viertel (23,8 %) von 296.597 durchschnittlich Gesamtbeschäftigten in Tirol. Der durchschnittliche Mitarbeiterstand (zu Vollzeitäquivalenten gerechnet) ist im Jahre 2009 um 1,4 % eingebrochen. Gegenüber 2006 betrug aber der Zuwachs 6 %. Der Medianwert liegt zwischen 91 und 97 Beschäftigten.

Wie bereits bei der Sachgütererzeugung festgestellt, hat es auch bei den Gesamtunternehmen bei den Arbeitern wesentlich stärkere Fluktuationen gegeben wie bei den Angestellten. Von jenen Unternehmen, die eine Aufteilung in Arbeiter und Angestellten vorgenommen haben, hat sich die Zahl der Arbeiter von 30.948 auf 31.579 (2 %) im Fünfjahreszeitraum erhöht.¹³ Der Einbruch im Jahre 2009 hat allerdings mit 3,8 % kräftig durchgeschlagen.

Die Zahl der Angestellten ist von 33.637 auf 38.092 (13,2 %) im Fünfjahreszeitraum gestiegen. Es gab auch im Jahre 2009 einen Zuwachs von einem Prozent bzw. 359 Angestellten. Das Medianunternehmen beschäftigt rund 30 Angestellte. Die Zahl der ausgewiesenen Lehrverhältnisse ist ebenfalls um 13,9 % im Fünfjahreszeitraum gestiegen.

Beschäftigte (n = 315)						
	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	66.622	68.466	70.717	69.759	70.638	6,0%
Mittelwert	211	217	224	221	224	
+/- in %		2,8%	3,3%	-1,4%	1,3%	
1. Quartil	58	57	58	58	57	-2,6%
Median	91	94	97	96	97	6,6%
+/- in %		3,3%	3,2%	-1,0%	1,0%	
3. Quartil	198	203	210	202	207	4,3%

Tabelle 36

Die Summe der Wertschöpfungskomponenten (Bruttowertschöpfung) liegt bei € 5,3 Mrd. und hat einen Zuwachs von 11,7 % gegenüber 2006. Der Medianwert liegt bei rund € 6,2 Mrd. pro Unternehmen (Tabelle 37).

Bruttowertschöpfung (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	4.725.820	5.001.974	4.659.984	4.742.774	5.278.267	11,7%
Mittelwert	15.003	15.879	14.794	15.056	16.756	
+/- in %		5,8%	-6,8%	1,8%	11,3%	
1. Quartil	3.252	3.402	3.235	3.330	3.327	2,3%
Median	6.032	6.027	5.839	5.980	6.215	3,0%
+/- in %		-0,1%	-3,1%	2,4%	3,9%	
3. Quartil	12.722	13.323	11.899	11.703	13.239	4,1%

Tabelle 37

Das Arbeitseinkommen, das mit € 2,7 Mrd. immerhin einen Anteil an der Bruttowertschöpfung von 51,93 % (2010) ausmacht, ist mit 20,7 % doch stärker gestiegen als die Bruttowertschöpfung insgesamt. Den geringsten Zuwachs gab es im Jahr 2009 mit 1,7 %.

Arbeitseinkommen (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	2.270.550	2.409.613	2.518.565	2.560.312	2.741.252	20,7%
Mittelwert	7.208	7.650	7.995	8.128	8.702	
+/- in %		6,1%	4,5%	1,7%	7,1%	
1. Quartil	1.775	1.855	1.942	1.883	1.884	6,2%
Median	2.796	2.937	3.200	3.096	3.136	12,2%
+/- in %		5,0%	9,0%	-3,3%	1,3%	
3. Quartil	5.751	6.172	6.276	6.224	6.571	14,2%

Tabelle 38

Die Bruttobezüge pro Beschäftigten sind im Mittel ab 2006 um 12,7 % und im Median um 12,3 % gestiegen. Verfolgt man die einzelnen Jahre, ergeben sich

im Median relativ konstante Zuwächse um die 3 % (Tabelle 39).

Bruttolöhne und -gehälter pro Arbeitnehmer jährlich (n = 315)						
in €	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Mittelwert	33,2	34,5	34,7	34,3	36,9	11,2%
+/- in %		3,9%	0,6%	-1,2%	7,6%	
1. Quartil	27,4	28,2	28,8	28,0	30,3	10,6%
Median	31,8	33,0	33,2	33,2	34,9	9,5%
3. Quartil	36,8	38,0	38,7	38,8	41,3	12,1%

Tabelle 39

Das Gemeineinkommen besteht aus den Lohnnebenkosten und den Steuern (Ertrags- und Betriebssteuern) und war im Jahre 2010 geringer als im Jahre 2006 (Tabelle 40). Die doch erhebliche Entlastung für ältere und gering verdienende Arbeitnehmer mit Sozialversicherungsbeiträgen (in erster Linie Entfall bzw. Senkung der Arbeitslosenbeiträge) mag hier durchaus Hintergrund sein.

Auch der Umstand, dass die Sozialversicherungsbeiträge regressiv wirken und ab der Höchstbeitragsgrundlage nominell gleich bleiben, kann sich auswirken.¹⁴ Auf den Rückgang der Steuern, die im Gemeineinkommen enthalten sind, wurde bereits hingewiesen.

Gemeineinkommen (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	861.589	847.685	849.952	803.606	824.849	-4,3%
Mittelwert	2.735	2.691	2.698	2.551	2.619	
+/- in %		-1,6%	0,3%	-5,5%	2,6%	
1. Quartil	615	645	642	642	642	4,4%
Median	1.109	1.136	1.153	1.134	1.159	4,5%
+/- in %		2,4%	1,5%	-1,6%	2,2%	
3. Quartil	2.162	2.248	2.420	2.284	2.441	12,9%

Tabelle 40

Der Wertschöpfungsanteil der Unternehmenseinkommen liegt mit € 1,7 Mrd. um 5,1 % über dem Wert von 2006, der Spitzenwert von 2007 wurde allerdings noch nicht erreicht. Der Anteil an der gesamten Wertschöpfung beträgt im Jahr 2010 32,17 %. Die restliche Wertschöpfungskomponente, die hier nicht angeführt ist, entfällt auf die Fremd-(Zins) einkommen.

Unternehmenseinkommen (n = 315)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	1.616.291	1.779.136	1.381.519	1.439.917	1.698.619	5,1%
Mittelwert	5.131	5.648	4.386	4.571	5.392	
+/- in %		10,1%	-22,3%	4,2%	18,0%	
1. Quartil	642	716	558	558	606	-5,5%
Median	1.536	1.605	1.434	1.475	1.681	9,4%
+/- in %		4,5%	-10,7%	2,9%	14,0%	
3. Quartil	3.975	4.174	3.535	3.454	3.999	0,6%

Tabelle 41

Die Rentabilität des Eigenkapitals (Tabelle 42) liegt doch deutlich unter jener der Unternehmen der Sachgüterindustrie (vgl. Tab 27), das ist erklärbar, weil auch Unternehmen der Gesundheits- und Versorgungsbranche darin enthalten sind. Im Schnitt sind 2,5 Prozentpunkte Differenz. Bei der Gesamtkapitalrentabilität liegt die Sachgütererzeugung nur um 1 Prozentpunkt darüber.

Ausgewählte Kennzahlen (Medianwerte) (n = 315)					
	2006	2007	2008	2009	2010
Eigenkapitalanteil %	32,4%	34,0%	34,3%	34,9%	37,1%
Verschuldungsdauer in Jahren	4,6	4,4	4,7	4,2	3,8
Rentabilität des Eigenkapitals %	13,3%	11,6%	8,9%	9,4%	10,0%
Rentabilität des Gesamtkapitals %	5,6%	5,7%	5,2%	4,4%	4,8%

Tabelle 42

4. Unternehmen mit Umsatzangaben

Kleine und mittelgroße Aktiengesellschaften sowie mittelgroße Gesellschaften mit beschränkter Haftung brauchen keine Angaben über die Umsätze und die Wareneinsätze angeben. Sie weisen in ihrer Gewinn- und Verlustrechnung nur das Rohergebnis aus (vgl. §§ 242 und 221 UGB).

Somit konnten aufgrund der doch überwiegend klein- und mittelstrukturierten Wirtschaft in Tirol nur 147 Unternehmen erfasst werden, die für den Zeitraum 2006-2010 eine vollständige Gewinn- und Verlustrechnung beim Firmenbuch abgegeben haben.

Die Umsätze (Tabelle 43) dieser 147 Unternehmen haben im Jahre 2010 in Summe €13,8 Mrd. betragen und liegen damit auch über dem Niveau von 2007 bzw. 2008. Der Einbruch im Jahre 2009 mit -9,0 % ist allerdings sehr deutlich. Der Medianwert beträgt €35,6 Mio.

In diesen Unternehmen sind 51.340 Arbeitnehmer beschäftigt, das ist eine Steigerung gegenüber 2006

Umsätze (n = 147)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	12.109.142	13.168.521	13.745.743	12.512.674	13.790.297	13,9%
Mittelwert	82.375	89.582	93.508	85.120	93.812	
+/- in %		8,7%	4,4%	-9,0%	10,2%	
1. Quartil	14.568	15.205	16.057	13.541	13.935	-4,3%
Median	32.125	34.410	36.385	32.203	35.622	10,9%
+/- in %		7,1%	5,7%	-11,5%	10,6%	
3. Quartil	68.253	73.417	83.015	73.485	78.967	15,7%

Tabelle 43

von rund 2.400 Beschäftigten bzw. 5 %. Der Rückgang im Jahre 2009 betrug 1,1 %. Die Produktivität, also der Umsatz pro Beschäftigten, ist demnach im Zeitraum von 2006-2010 um 8,5 % gestiegen, im Medianwert allerdings nur um 3,9 % (Tabelle 45).

Das Unternehmen im 3. Quartil erreicht einen Produktivitätszuwachs von 9,8 %. (Die Aussage, dass damit größere Unternehmen gemeint sind, wäre nicht richtig, da die Quartile immer eigens ermittelt werden).

Beschäftigte (n = 147)						
Anzahl	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Gesamt	48.902	50.285	51.679	51.134	51.340	5,0%
Mittelwert	333	342	352	348	349	
+/- in %		2,8%	2,8%	-1,1%	0,4%	
1. Quartil	75	74	69	74	70	-6,0%
Median	172	177	190	186	185	7,6%
+/- in %		2,9%	7,3%	-2,1%	-0,5%	
3. Quartil	308	312	333	324	342	10,9%

Tabelle 44

Umsatz pro Beschäftigten (n = 147) in €						
Werte in €	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Mittelwert	247.621	261.878	265.983	244.704	268.607	8,5%
+/- in %		-0,2%	-7,7%	-28,0%	17,0%	
1. Quartil	122.353	124.973	130.465	118.697	121.111	-1,0%
Median	193.726	200.362	197.786	190.987	201.277	3,9%
+/- in %		3,4%	-1,3%	-3,4%	5,4%	
3. Quartil	328.259	341.120	338.455	315.267	360.355	9,8%

Tabelle 45

Personalaufwand pro Beschäftigten (n = 147) in €						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Mittelwert	46	48	50	50	52	11,6%
+/- in %		3,6%	3,6%	0,4%	3,6%	
1. Quartil	36	37	38	38	40	11,1%
Median	43	44	45	46	47	9,9%
+/- in %		1,4%	3,0%	3,1%	2,1%	
3. Quartil	53	55	56	56	58	10,4%

Tabelle 46

Der Mittelwert der Bruttobezüge pro Arbeitnehmer ist um knapp 13 % gestiegen, im Jahre 2010 liegt die Erhöhung von 2,8 % (Median) deutlich unter dem Produktivitätsfortschritt von 5,4 %. Allerdings haben sich die Bruttolöhne und –gehälter pro Beschäftigten in den Jahren 2008 und 2009 gegenüber den Rückgängen beim Umsatz pro Beschäftigten behauptet (Tabelle 47).

Der Cash Flow in % vom Umsatz (Cash Flow Quote) beträgt 2010 8,5 % und ist wieder auf dem Niveau von 2006. Das WIFO weist für 2010 einen Wert von 8,9 % aus (Median); in den Jahren 2008 und 2009 allerdings jeweils 8,0 %, was doch sehr optimistisch erscheint (WIFO Heft Nr. 7/2012 S 578).

Die Wertschöpfung bei mittleren Unternehmen beträgt pro Beschäftigten € 66 Mio., das ist eine Steigerung gegenüber 2006 von 6,4 % (Tabelle 48). Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT= gewöhnliches Geschäftsergebnis vor Abzug der Steuern) pro Arbeitnehmer liegt bei knapp über € 9.000 und hat sich gegenüber 2009 mit + 58 % kräftig erhöht. Die Umsatzrentabilität liegt beim Medianunternehmen zwischen 3,2 % und 4 %. Die Eigenkapitalrentabilität (fast 10 %) und die Rentabilität des Gesamtkapitals (4,8 %) sind durchaus mit den Gesamtbetrieben vergleichbar. Die kurzfristige Liquidität, die aus dem Umlaufvermögen abzüglich des kurzfristigen Fremdkapitals berechnet wird, beträgt 152 %. Nur eine Liquidität unter 100 % wäre als problematisch einzustufen.

Bruttolöhne und -gehälter in € (n = 147)						
Werte in T€	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Mittelwert	34	36	37	37	39	12,7%
+/- in %		3,7%	3,3%	0,3%	4,8%	
1. Quartil	27	28	29	29	30	9,3%
Median	32	33	34	35	36	12,3%
+/- in %		3,3%	2,9%	2,8%	2,8%	
3. Quartil	40	41	42	42	43	8,4%

Tabelle 47

Ausgewählte Kennzahlen (Medianwerte) (n = 147)						
	2006	2007	2008	2009	2010	+/- 06/10
Wertschöpfung pro Beschäftigten in €	62.051	65.819	66.871	67.521	66.046	6,4%
Veränderung in % gegenüber Vorjahr		6,1%	1,6%	1,0%	-2,2%	
EGT pro Beschäftigten in €	8.455	8.096	6.059	5.755	9.097	7,6%
Veränderung in % gegenüber Vorjahr		-4,2%	-25,2%	-5,0%	58,1%	
Umsatzrentabilität in %	3,6%	4,0%	3,6%	3,2%	3,2%	-11,6%
Veränderung in % gegenüber Vorjahr		11,3%	-11,1%	-10,9%	0,3%	
Rentabilität des Eigenkapitals %	11,8%	11,8%	8,9%	8,4%	9,9%	-16,2%
Rentabilität des Gesamtkapitals %	5,6%	5,9%	5,0%	4,2%	4,8%	
Liquidität 3. Grades in %	160,7%	202,9%	131,2%	141,8%	152,5%	-5,1%
CF in % vom Umsatz	8,5%	8,9%	7,5%	7,7%	8,5%	

Tabelle 48

5. Zusammenfassung

Aufgabe dieser Studie war es, die bei der Kammer gespeicherten Jahresabschlüsse der letzten fünf Jahre auszuwerten. Besonderes Augenmerk wurde auf die Unternehmen der Wirtschaftsklasse C „Herstellung von Waren“ gelegt, die die übrige wirtschaftliche Entwicklung entscheidend beeinflussen.

Anhand der Unternehmensdaten kann gezeigt werden, wie sich der externe Schock im Spätherbst des Jahres 2008 in der Folge auf die Realwirtschaft ausgewirkt hat.¹⁵ Auch wenn sich die Auftragslage im zweiten Halbjahr 2009 wieder gebessert hat, so gab es doch insgesamt im Jahre 2009 sehr große Rückschläge bei den Umsätzen, der Wertschöpfung und schlussendlich bei den Jahresüberschüssen als Residualgröße.

Die Unternehmen in Tirol haben aber – auch dank der Kurzarbeiterunterstützungen – die Beschäftigung relativ stabil gehalten, die Einkommenszuwächse, die 2008 und 2009 noch gegeben waren, wurden im Jahre 2010, als sich die wirtschaftliche Lage wieder bedeutend gebessert hat, aufgehoben. Der Arbeitsmarkt sowie die Einkommen der Arbeitnehmer reagieren bekanntermaßen mit entsprechender zeitlicher Verzögerung.

Stark rückläufig sind die Ertragssteuern: Konnte der Rückgang 2005 und 2006 noch mit der Senkung des Körperschaftssteuertarifes von 34 % auf 25 % (zum 1.1. 2005) erklärt werden, so hinkt das Aufkommen den Jahresüberschüssen immer mehr hinterher.

Die Beschäftigung konnte relativ stabil gehalten werden, das geht aber – wie das WIFO mehrfach feststellt – zu Lasten der Produktivität, die in weiterer Folge die Wettbewerbsfähigkeit einschränkt. Die geringere Arbeitslosigkeit in Tirol wird wohl durch geringere Einkommen erkauft.

Anmerkungen und Literaturangaben

¹ Eurostat yearbook 2011: Table 1.2: Real GDP growth

² Huber Peter u.a.: Industrieregionen profitieren 2010 überproportional von der Sachgüterkonjunktur. WIFO Monatsberichte Nr. 5/2011 S 375 ff

³ Der Gesamtwert der im Produktionsprozess erzeugten Waren und Dienstleistungen (Produktionswerte), der um die verbrauchten und verarbeiteten Waren und Dienstleistungen (Vorleistungen) vermindert wird, ist im VGR System die Bruttowertschöpfung. Diese wird zu Herstellungspreisen bewertet, das heißt also ohne die Gütersteuern aber zuzüglich die Gütersubventionen. Unter Gütersteuern fallen hauptsächlich die Mehrwertsteuer und sonstige Gütersteuern an, wie zum Beispiel die Mineralöl-, Tabak-, Versicherungs- und Grunderwerbssteuer sowie die Normverbrauchs- und Energieabgabe. Die Gütersubventionen werden als Ausgleich für die Differenz zwischen einem angestrebten Preis und dem tatsächlichen Marktpreis gezahlt, hier zählen insbesondere die EU-Subventionen, der betriebswirtschaftliche Transfer an die ÖBB sowie die Landessubventionen an Krankenanstalten dazu. Die Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen betrug in Österreich im Jahre 2007 € 244,89 Mrd. und im Vergleich dazu das BIP € 270,78 Mrd. Die abgezogenen Gütersteuern sind natürlich höher wie die Gütersubventionen. In Tirol betrug die BWS im Jahre 2007 € 21,58 Mrd. und das BRP € 23,87 Mrd.

⁴ Mayerhofer Peter u.a.: Wirtschaftsentwicklung der Industrieregionen auch 2011 überdurchschnittlich. WIFO Monatsberichte Nr. 5/2012 S 397 ff.

⁵ WIFO: Die Wirtschaft in den Bundesländern 1. Quartal 2012. August 2012

⁶ Pudschedl Walter, Wirtschaftslage und Ausblick 2012/2013 Tirol. Unicredit. Oktober 2012

⁷ Die Daten der Jahresabschlüsse werden dankenswerterweise seit vielen Jahren vom Sekretariat übertragen. Das erledigen Frau Lies-Marie Passler und Frau Simone Ruech.

⁸ Nach ÖNACE 2008

⁹ Es handelt sich dabei um die Schmitter Austria GmbH, um die EP Naturprodukte und die Geiger GmbH

¹⁰ WIFO Hefte Nr. 7/2012 S 571 ff

¹¹ Schönach Klaus: Steueraufkommen und Steuerrückstände in Österreich und Tirol. WISO Nr. III/2011

¹² Der Ökonom Laffer ist der Meinung, dass geringere Steuersätze zu einem höheren Aufkommen führen würden, weil der Anreiz zu arbeiten, größer sei.

¹³ Nicht alle Unternehmen nehmen eine Aufteilung in Arbeiter und Angestellte, wie sie im § 231 Abs 2 UGB vorgeschrieben ist, vor.

¹⁴ Schönach Klaus, Silgener Verena. Abgabentwicklung 1999 – 2009: Gesamt- und einzelwirtschaftliche Auswirkungen der Steuerreformen. Siehe www.ak-tirol.com unter Studien/Sonstige Studien.

¹⁵ Die Insolvenz der US Bank Lehman brothers am 15. September 2008 kann wohl zu Recht als endgültiger Auslöser der weltweiten globalen Finanzkrise angesehen werden, nachdem schon 2007 das Platzen der Immobilienblase in den USA eine zunächst auf die USA beschränkte Finanzkrise ausgelöst hatte.

IN ZAHLEN

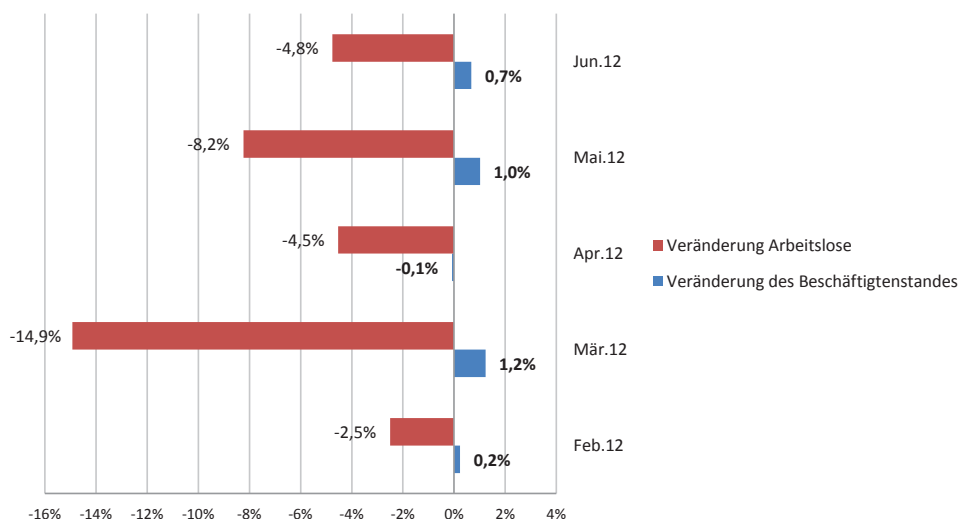
Das zweite Quartal 2012

Der Arbeitsmarkt in Österreich: Quartal I & II 2012

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Jän.12	3.383.874	1.609.810	1.774.064	318.027	113.315	204.712	8,6%	6,6%	10,3%
Feb.12	3.391.850	1.611.916	1.779.934	310.064	110.790	199.274	8,4%	6,4%	10,1%
Mär.12	3.433.695	1.609.857	1.823.838	263.774	109.126	154.648	7,1%	6,3%	7,8%
Apr.12	3.430.847	1.593.762	1.837.085	251.823	115.597	136.226	6,8%	6,8%	6,9%
Mai.12	3.465.751	1.606.919	1.858.832	231.077	107.116	123.961	6,3%	6,2%	6,3%
Jun.12	3.489.275	1.620.451	1.868.824	220.070	102.914	117.156	5,9%	6,0%	5,9%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Feb.12	0,2%	0,1%	0,3%	-2,5%	-2,2%	-2,7%	-0,2	-0,2	-0,2
Mär.12	1,2%	-0,1%	2,5%	-14,9%	-1,5%	-22,4%	-0,7	-0,1	-2,3
Apr.12	-0,1%	-1,0%	0,7%	-4,5%	5,9%	-11,9%	-1,3	0,5	-0,9
Mai.12	1,0%	0,8%	1,2%	-8,2%	-7,3%	-9,0%	-0,5	-0,6	-0,6
Jun.12	0,7%	0,8%	0,5%	-4,8%	-3,9%	-5,5%	-0,4	-0,2	-0,4

Q: AMS - Monatswerte, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten
ÖSTERREICH



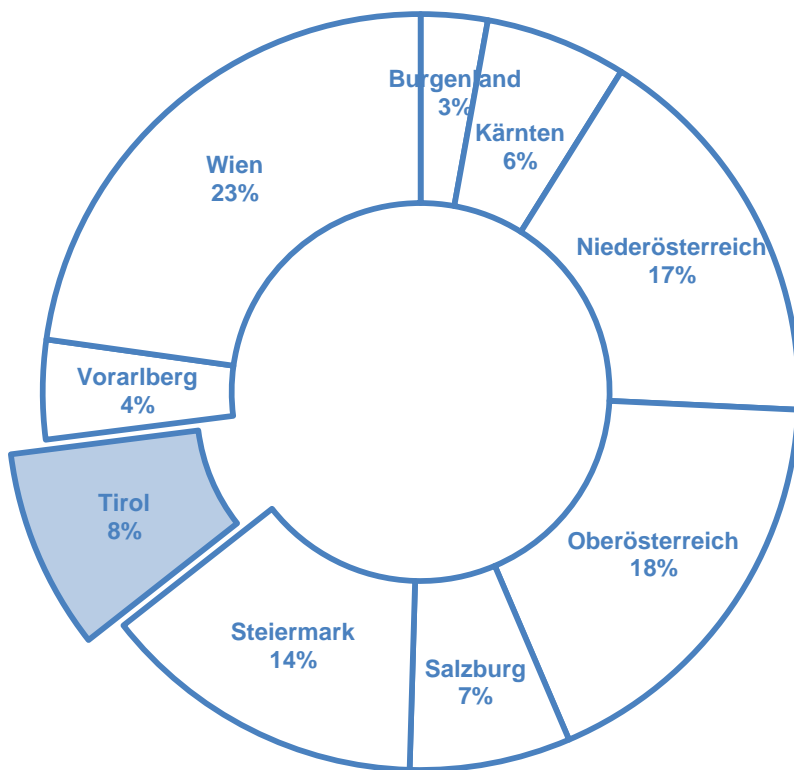
Der Beschäftigungshöchststand des zweiten Quartals 2012 wurde im Juni erreicht: In Österreich waren in diesem Monat 3.489.275 Personen in einer unselbständigen Beschäftigung. Gegenüber dem Vorjahr waren 1,1% mehr Menschen in Beschäftigung. Die Beschäftigungsausweitung bei Frauen und Männern lag beinahe gleich auf. Gegenüber dem Vorjahr waren 1,1% mehr Männer in Beschäftigung und 1,0% mehr Frauen.

Die Arbeitslosigkeit ging im gesamten Betrachtungszeitraum zurück, nur bei den Frauen nahm die Zahl der Arbeitsuchenden vom März auf den April 2012 um 5,9% zu.

Die höchste Arbeitslosenquote war mit 7,1% im April 2012 festzustellen. Die Arbeitslosigkeit der Männer lag mit 7,8% über der Arbeitslosenrate der Frauen mit 6,3%.

Unselbständige Beschäftigte in Österreich

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q II 2012	Q II 2011	Veränderung %	absolut
Burgenland	98.704	95.508	3,3%	3.196
Kärnten	209.502	207.934	0,8%	1.568
Niederösterreich	583.243	577.009	1,1%	6.234
Oberösterreich	617.489	608.809	1,4%	8.680
Salzburg	238.448	234.082	1,9%	4.366
Steiermark	482.693	476.990	1,2%	5.703
Tirol	297.131	293.260	1,3%	3.871
Vorarlberg	146.765	144.962	1,2%	1.803
Wien	788.612	777.331	1,5%	11.281
ÖSTERREICH	3.458.958	3.415.885	1,3%	43.073



Anteile der Bundesländer an allen unselbständigen Beschäftigten im zweiten Quartal 2012

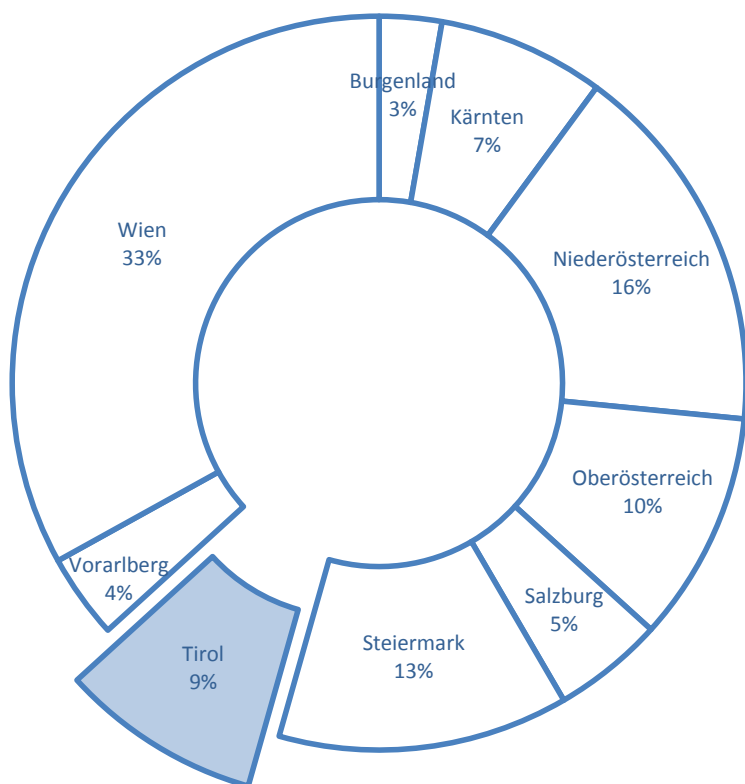
In allen österreichischen Bundesländern erfolgte im zweiten Quartal 2012 eine Ausweitung des Beschäftigtenstandes. Am stärksten nahm die Beschäftigung im Burgenland mit 3,3% zu. Österreichweit betrug die Beschäftigungsausweitung 1,3%. Tirol liegt mit ebenfalls 1,3% genau im österreichischen Durchschnitt. Am schwächsten entwickelte sich Kärnten mit einer Zunahme von 0,8%.

Im Schnitt waren im zweiten Quartal um 43.073 Personen mehr in Beschäftigung als im Jahr zuvor. In Tirol waren es 5.919 Personen mehr.

Arbeitslosigkeit in den Bundesländern

durchschnittliche Arbeitslosigkeit				
	Q II 2012	Q II 2011	%	absolut
Burgenland	6.445	5.834	10,5%	611
Kärnten	17.211	16.925	1,7%	286
Niederösterreich	38.580	35.488	8,7%	3.092
Oberösterreich	23.794	22.113	7,6%	1.681
Salzburg	11.456	10.971	4,4%	485
Steiermark	29.968	27.022	10,9%	2.946
Tirol	20.737	20.074	3,3%	663
Vorarlberg	8.714	8.664	0,6%	50
Wien	77.418	74.782	3,5%	2.636
ÖSTERREICH	234.323	221.872	5,6%	12.451

Q: AMS - Monatsdaten; Eigenberechnung der AK



Anteile der Bundesländer an allen Arbeit suchenden Personen im zweiten Quartal 2012

Gegenüber dem Vorjahr stieg die Arbeitslosigkeit in Österreich um 5,6% an. In absoluten Zahlen nahm die Anzahl der Arbeitslosen um mehr als 12.400 Personen zu. Am stärksten stieg die Arbeitslosigkeit im Burgenland und in der Steiermark an. Beide Bundesländer wiesen Steigerungsraten von mehr als zehn Prozent auf. Die geringsten Zunahmen an Arbeitslosen zeigten sich in Vorarlberg (+0,6%) und in Kärnten (+1,7%).

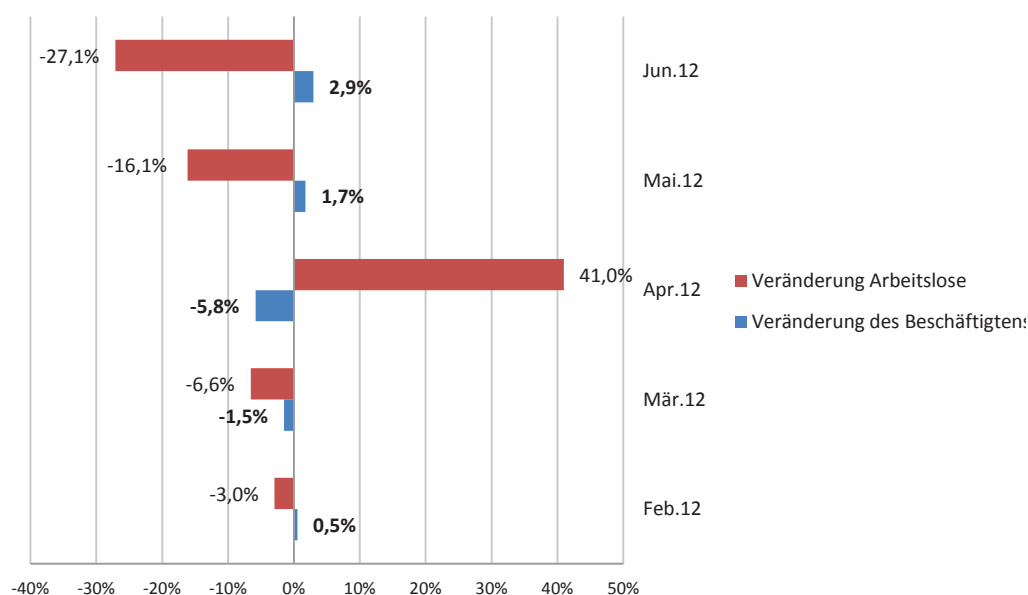
Tirol lag mit einer Zunahme von 3,3% noch unter dem österreichischen Durchschnittswert. In absoluten Zahlen waren in Tirol rund 660 Personen mehr auf Arbeitssuche als im Jahr zuvor.

Der Arbeitsmarkt in Tirol: Quartal I & II 2012

Monat	Beschäftigte			gemeldete Arbeitslose			Arbeitslosenrate		
	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer	Gesamt	Frauen	Männer
Jän.12	311.926	149.727	162.199	19.866	5.746	14.120	6,0%	3,7%	8,0%
Feb.12	313.542	150.311	163.231	19.277	5.671	13.606	5,8%	3,6%	7,7%
Mär.12	308.869	145.609	163.260	18.012	7.521	10.491	5,5%	4,9%	6,0%
Apr.12	290.841	134.541	156.300	25.392	13.579	11.813	8,0%	9,2%	7,0%
Mai.12	295.920	136.990	158.930	21.295	11.478	9.817	6,7%	7,7%	5,8%
Jun.12	304.633	142.260	162.373	15.523	8.224	7.299	4,8%	5,5%	4,3%
Veränderung gegenüber Vormonat									
Feb.12	0,5%	0,4%	0,6%	-3,0%	-1,3%	-3,6%	-0,2	-0,1	-0,3
Mär.12	-1,5%	-3,1%	0,0%	-6,6%	32,6%	-22,9%	-0,3	1,3	-1,7
Apr.12	-5,8%	-7,6%	-4,3%	41,0%	80,5%	12,6%	2,5	4,3	1,0
Mai.12	1,7%	1,8%	1,7%	-16,1%	-15,5%	-16,9%	-1,3	1,5	-1,2
Jun.12	2,9%	3,8%	2,2%	-27,1%	-28,3%	-25,6%	-1,9	-2,2	-1,5

Q: AMS, Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit - Veränderungsraten TIROL



Im zweiten Quartal 2012 erreichte die Beschäftigung im Juni ihren höchsten Stand. Insgesamt standen in diesem Monat 304.633 Tirolerinnen und Tiroler in einer unselbständigen Beschäftigung, um 1,3% mehr als im Jahr zuvor.

Der höchste Stand an Arbeitslosigkeit wurde im April mit 25.392 Personen erreicht; eine Zunahme von 10,2% gegenüber dem Vorjahr. Die Arbeitslosen-

quote in diesem Monat betrug 8,0% (Männer: 7,0%; Frauen: 9,2%).

Beschäftigung in Tirol: Quartal I & II 2012

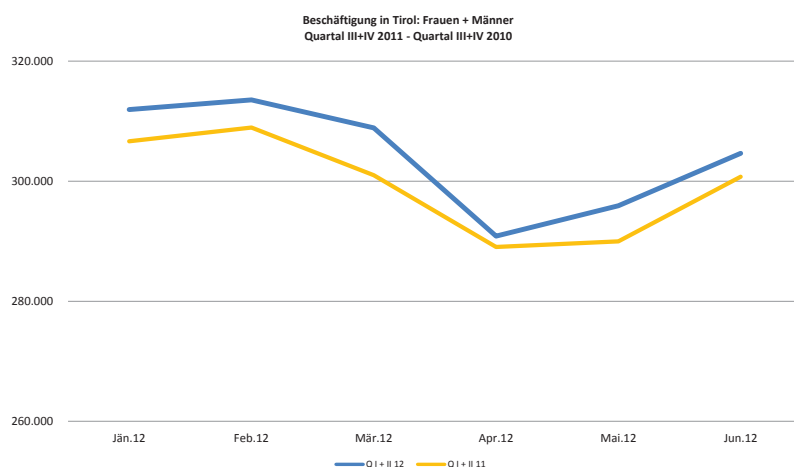
Beschäftigung in Tirol						
	ALLE	FRAUEN	MÄNNER	Alle-%*	Frauen-%*	Männer-%*
Jän.12	311.926	149.727	162.199	1,7%	1,9%	1,5%
Feb.12	313.542	150.311	163.231	1,5%	2,0%	1,0%
Mär.12	308.869	145.609	163.260	2,6%	3,2%	2,1%
Apr.12	290.841	134.541	156.300	0,6%	0,5%	0,8%
Mai.12	295.920	136.990	158.930	2,0%	2,5%	1,7%
Jun.12	304.633	142.260	162.373	1,3%	1,5%	1,1%

*Veränderung ggü. Jeweiligem Vorjahr

Q: Hauptverband der Sozialversicherungsträger

Unselbständige Beschäftigte in Tirol

Beschäftigung im Quartalsdurchschnitt				
	Q II 2012	Q II 2011	Veränderung %	absolut
Imst	23.870	23.698	0,7%	172
Innsbruck (inkl. IL)	120.457	119.298	1,0%	1.159
Kitzbühel	23.473	23.189	1,2%	284
Kufstein	42.253	41.672	1,4%	581
Landeck	16.507	16.435	0,4%	72
Lienz	18.139	17.764	2,1%	375
Reutte	12.388	12.222	1,4%	166
Schwaz	33.450	33.113	1,0%	337
Tirol	297.131	293.260	1,3%	3.871



Gegenüber dem Vorjahr lag die Beschäftigung im zweiten Quartal 2012 in Tirol höher. Im Schnitt waren in diesem Quartal in Tirol 297.131 Personen in einer unselbständigen Beschäftigung, um fast 3.900 Personen mehr als im Jahr zuvor.

Auf der Bezirksebene weitete sich die Beschäftigung im Bezirk Lienz mit einer Zunahme von 2,1% am stärksten aus. Am schwächsten fiel die Beschäfti-

gungsentwicklung in den Bezirken Landeck (+0,4%) und Imst (+0,7%) aus. Obwohl im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck und Innsbruck-Land die Beschäftigung nur um 1,0% anstieg, nahmen in absoluten Zahlen um 1.159 Personen mehr eine Beschäftigung auf, als im Jahr zuvor.

Arbeitslosigkeit in Tirol - GESAMT

GESAMT		2012	2011	ggü. Vorjahr
Quartal I 2012	Jän.12	19.866	19.451	2,1%
	Feb.12	19.277	17.760	8,5%
	Mär.12	18.012	18.865	-4,5%
Quartal II 2012	Apr.12	25.392	23.032	10,2%
	Mai.12	21.295	22.071	-3,5%
	Jun.12	15.523	15.118	2,7%

Q: AMS

Arbeitslosigkeit in Tirol - FRAUEN

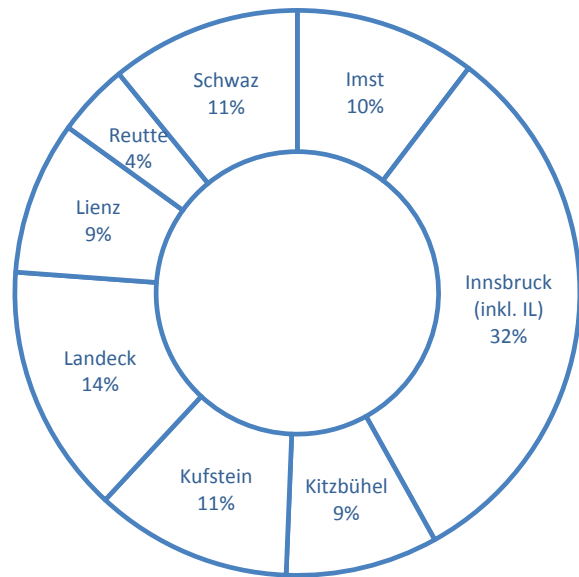
FRAUEN		2012	2011	ggü. Vorjahr
Quartal I 2012	Jän.12	5.746	5.654	1,6%
	Feb.12	5.671	5.435	4,3%
	Mär.12	7.521	8.364	-10,1%
Quartal II 2012	Apr.12	13.579	12.250	10,8%
	Mai.12	11.478	12.212	-6,0%
	Jun.12	8.224	8.136	1,1%

Q: AMS

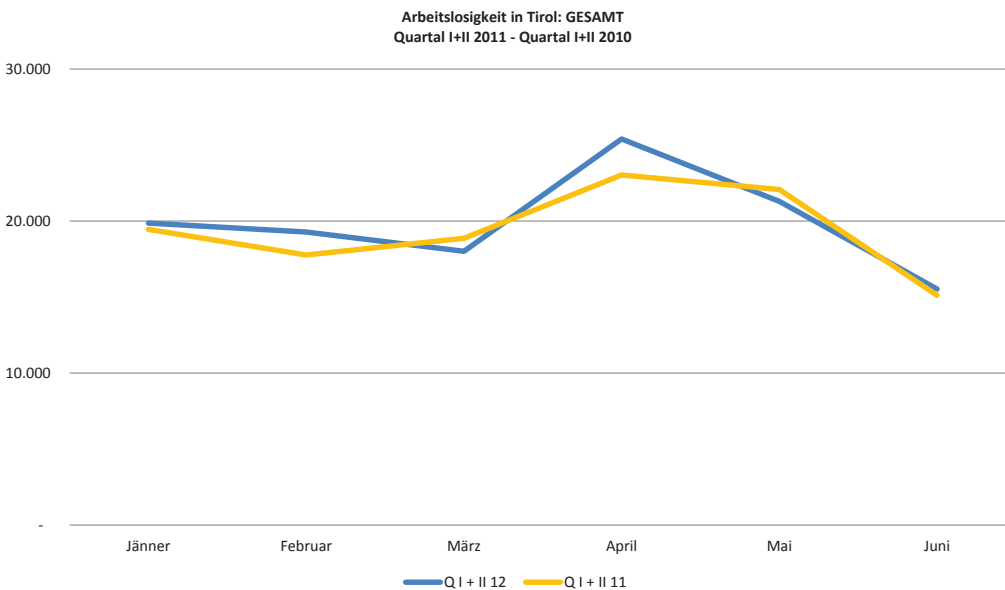
Arbeitslosigkeit in Tirol - MÄNNER

MÄNNER		2012	2011	ggü. Vorjahr
Quartal I 2012	Jän.12	14.120	13.797	2,3%
	Feb.12	13.606	12.325	10,4%
	Mär.12	10.491	10.501	-0,1%
Quartal II 2012	Apr.12	11.813	10.782	9,6%
	Mai.12	9.817	9.859	-0,4%
	Jun.12	7.299	6.982	4,5%

Q: AMS



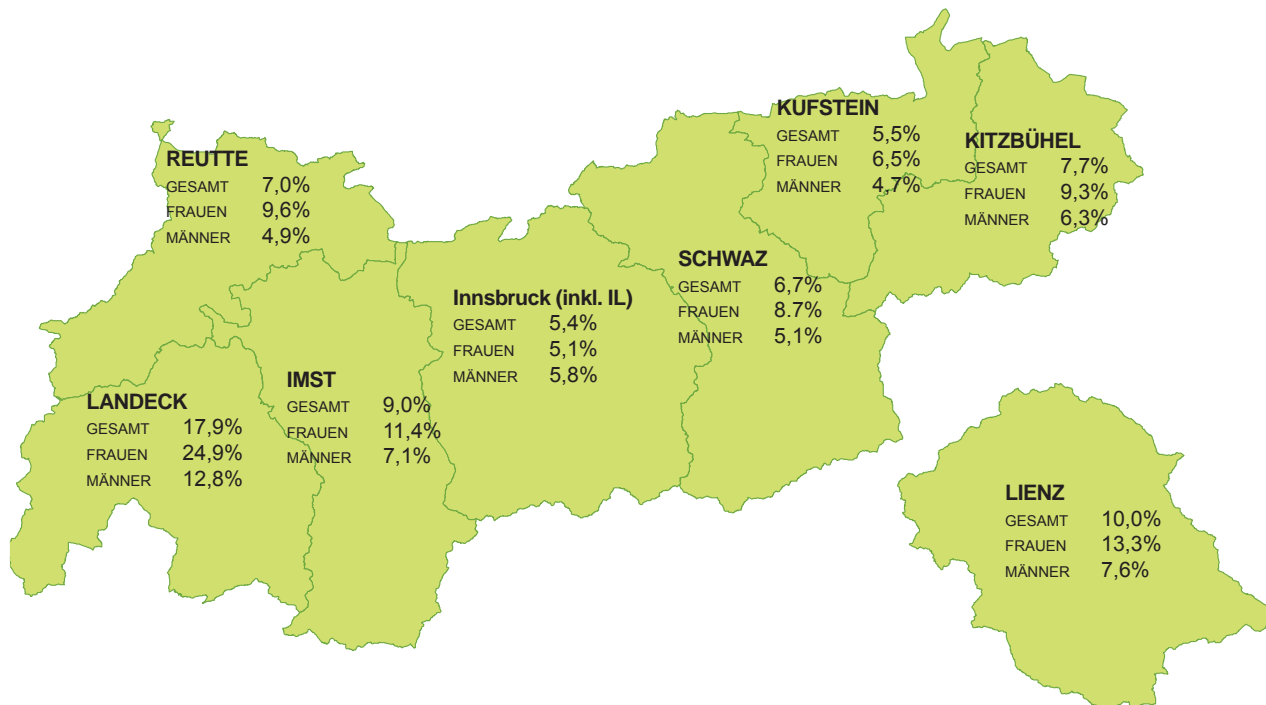
Anteile der Tiroler Bezirke an der Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 2012



Der größte Teil (32%) der Arbeitssuchenden in Tirol war im Arbeitsmarktbezirk Innsbruck/ Innsbruck-Land zu finden. Gegenüber dem ersten Quartal 2012 nahm der Anteil dieses Arbeitsmarktbezirks jedoch ab. Dafür verdoppelte sich – saisonbedingt – der Anteil des stark vom Tourismus geprägten Bezirks Landeck: auf 7% im ersten Quartal stieg der Anteil auf 14% im zweiten Quartal.

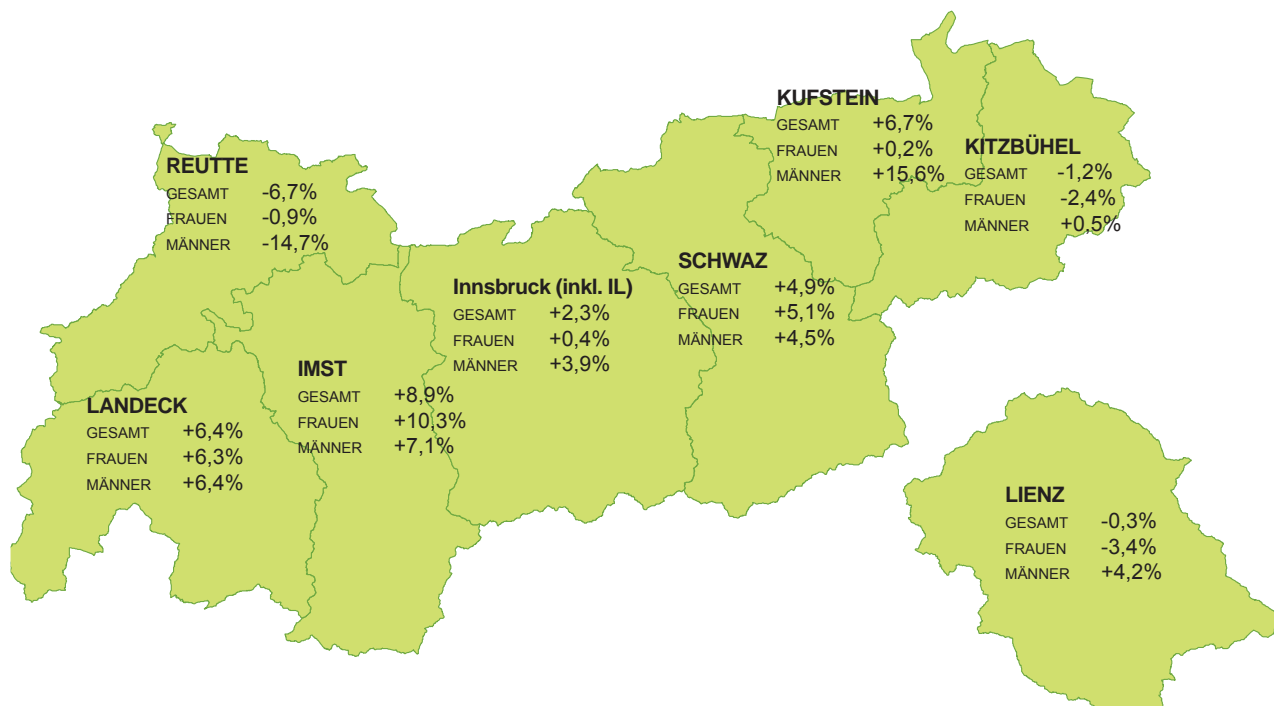
Dem gegenüber blieb der Anteil der Arbeitslosen im Bezirk Kitzbühel beinahe unverändert: 8% im ersten Quartal, 9% im zweiten Quartal.

Arbeitslosenraten Quartal II 2012



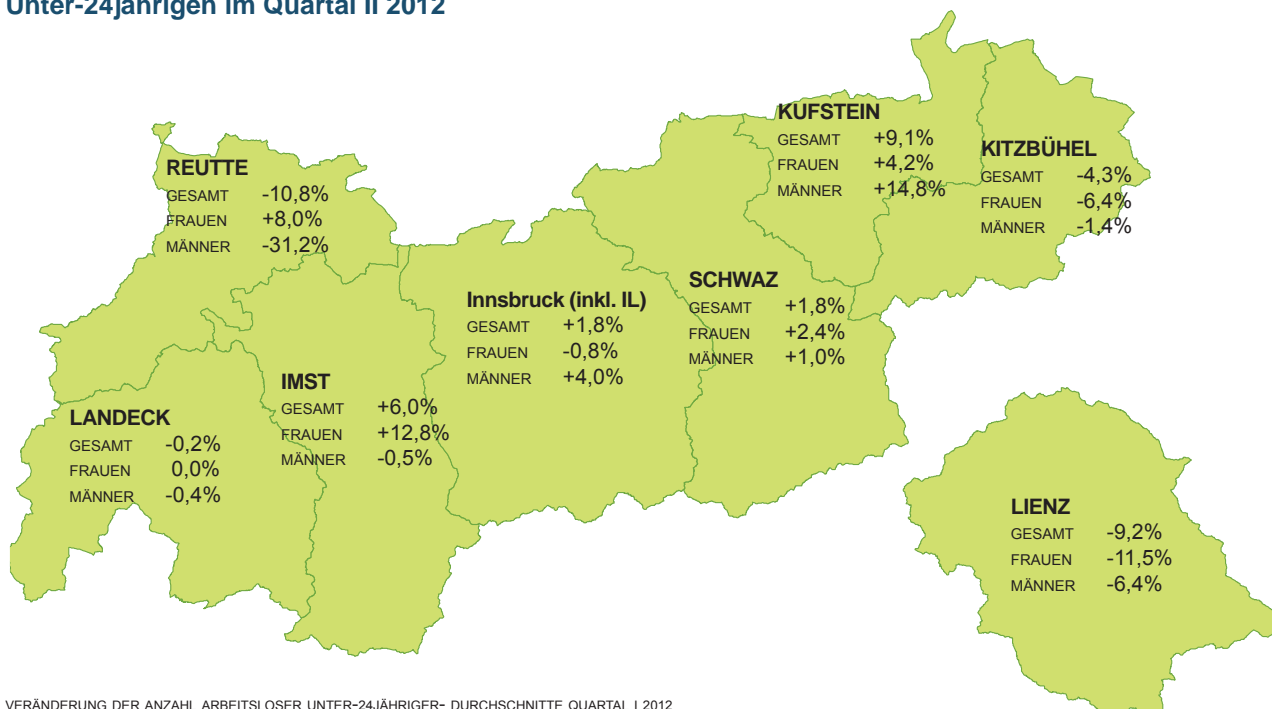
ARBEITSLOSENRATEN DER TIROLER BEZIRKE - DURCHSCHNITTE QUARTAL II 2012
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der Arbeitslose Quartal II 2012



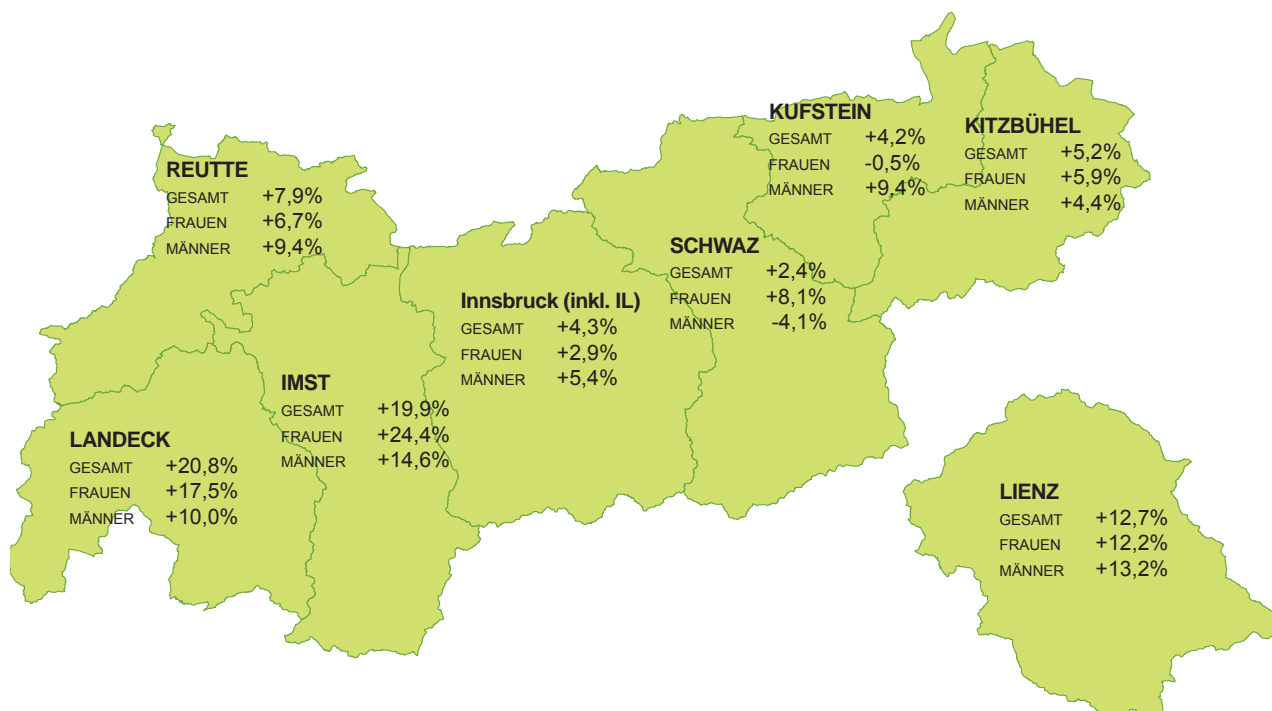
VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN GEGENÜBER DEM VORJAHR:
QUARTAL II 2012
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Unter-24jährigen im Quartal II 2012



VERÄNDERUNG DER ANZAHL ARBEITSLOSER UNTER-24JÄHRIGER- DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2012
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Veränderung der Anzahl der arbeitslosen Über-50jährigen im Quartal II 2012



VERÄNDERUNG DER ANZAHL DER ARBEITSLOSEN ÜBER-50JÄHRIGEN - DURCHSCHNITTE QUARTAL I 2012
Q:AMS, BERECHNUNG DER AK

Die Einkommenssituation in Österreich 2010

	durchschnittlicher Jahresnettoeinkommen 2010								
	Gesamt		M	F	Gesamt % von AUT	M % von AUT	F % von AUT		
Burgenland	€	20.307	€	24.187	€	15.800	2,8%	3,1%	1,2%
Kärnten	€	18.999	€	22.638	€	14.944	-3,9%	-3,5%	-4,3%
OÖ	€	19.734	€	24.041	€	14.735	-0,1%	2,4%	-5,6%
NÖ	€	21.100	€	25.134	€	16.517	6,8%	7,1%	5,8%
Salzburg	€	18.652	€	22.468	€	14.588	-5,6%	-4,3%	-6,6%
Steiermark	€	18.935	€	22.540	€	14.774	-4,2%	-4,0%	-5,4%
Tirol	€	17.837	€	21.700	€	13.589	-9,7%	-7,5%	-13,0%
Vorarlberg	€	18.975	€	23.668	€	13.765	-4,0%	0,8%	-11,8%
Wien	€	20.685	€	23.260	€	17.961	4,7%	-0,9%	15,0%
Österreich	€	19.760	€	23.470	€	15.615	0,0%	0,0%	0,0%

Die Einkommenssituation in Tirol 2010

	durchschnittlicher Jahresnettoeinkommen 2010								
	Gesamt		M	F	Gesamt % von Tirol	M % von T	F % von T		
IBK	€	18.077	€	21.104	€	15.051	1,6%	-4,7%	18,3%
IM	€	17.089	€	20.861	€	12.707	-4,0%	-5,8%	-0,2%
IL	€	19.328	€	23.765	€	14.566	8,6%	7,3%	14,4%
KB	€	16.379	€	19.767	€	12.716	-8,0%	-10,8%	-0,1%
KU	€	18.249	€	22.426	€	13.525	2,5%	1,3%	6,3%
LA	€	15.430	€	19.078	€	11.162	-13,3%	-13,9%	-12,3%
LZ	€	16.976	€	20.817	€	12.487	-4,6%	-6,0%	-1,9%
RE	€	17.800	€	22.148	€	12.727	0,0%	0,0%	0,0%
SZ	€	17.434	€	21.366	€	12.970	-2,1%	-3,5%	1,9%
Tirol	€	17.837	€	21.700	€	13.589	0,2%	-2,0%	6,8%

Das jährliche Durchschnittseinkommen in Österreich betrug 2010 € 19.760, die Tirolerinnen und Tiroler lagen mit € 17.837 rund 10% darunter. Die Topverdiener waren in Niederösterreich zu finden: mit € 21.100 Jahresnettoeinkommen verdienten sie im Schnitt € 3.260 mehr pro Jahr als die Tirolerinnen und Tiroler.

Aber auch innerhalb Tirols gab es erhebliche Verdienstunterschiede. Die Einkommen in Innsbruck, Innsbruck-Land und Kufstein lagen über dem Durch-

schnittseinkommen von € 17.837. Innsbruck-Land wies mit € 19.328 die höchsten Einkommen Tirols auf. In Innsbruck-Land lagen die Einkommen um 8% über dem Tiroler Durchschnitt. In den übrigen Tiroler Bezirken wurden Einkommen unter dem Tiroler Durchschnitt erzielt. An letzter Stelle ordnete sich Landeck mit € 15.430 ein, 13,5% unterhalb des Tiroler Schnittes. Der Unterschied zwischen Innsbruck-Land (€ 19.328) und Landeck betrug rund 20% bzw. fast € 3.900 netto im Jahr.

Beschäftigte pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

	Q II 2012	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.265	-0,3%	-4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	440	3,0%	13
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	48.784	3,7%	1.729
Energieversorgung	2.715	2,6%	69
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	1.178	1,3%	16
Baugewerbe / Bau	25.460	2,1%	512
Handel	45.943	1,3%	599
Verkehr und Lagerei	18.361	0,3%	50
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	26.719	2,6%	671
Information und Kommunikation	3.542	9,1%	295
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	9.000	-0,6%	-57
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.026	-0,1%	-3
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	10.268	-8,0%	-889
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	11.080	-1,6%	-178
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	34.919	0,6%	199
Erziehung und Unterricht	7.809	-0,5%	-42
Gesundheits- und Sozialwesen	29.707	4,2%	1.189
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2.831	4,8%	129
sonstigen Dienstleistungen	5.979	0,0%	-2
Private Haushalte	285	-9,5%	-30
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	-	-100,0%	-2
Wirtschaftsklasse unbekannt	8	84,6%	4
PräsenzienerInnen	618	-3,9%	-25
KBG- bzw. KRG- BezieherInnen	8.195	-4,3%	-372
Insgesamt	297.131	1,3%	3.871

Q: HV der Sozialversicherungen



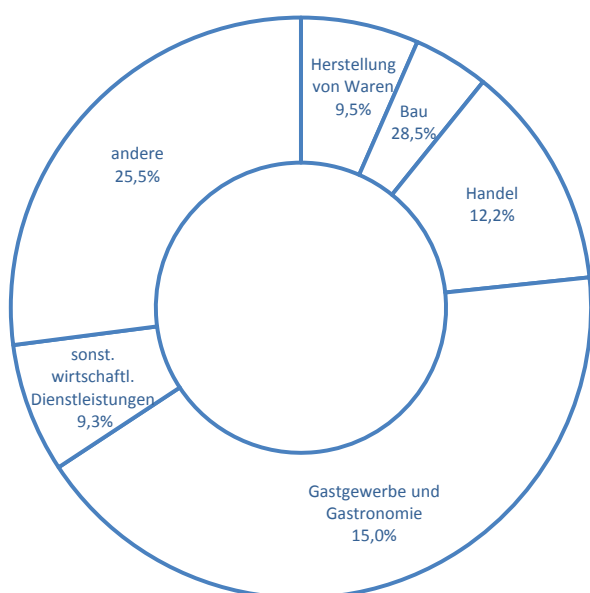
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Beschäftigten in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

* öffentlicher Bereich = öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung, Erziehung und Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen

Arbeitslose pro Wirtschaftsabschnitt in Tirol

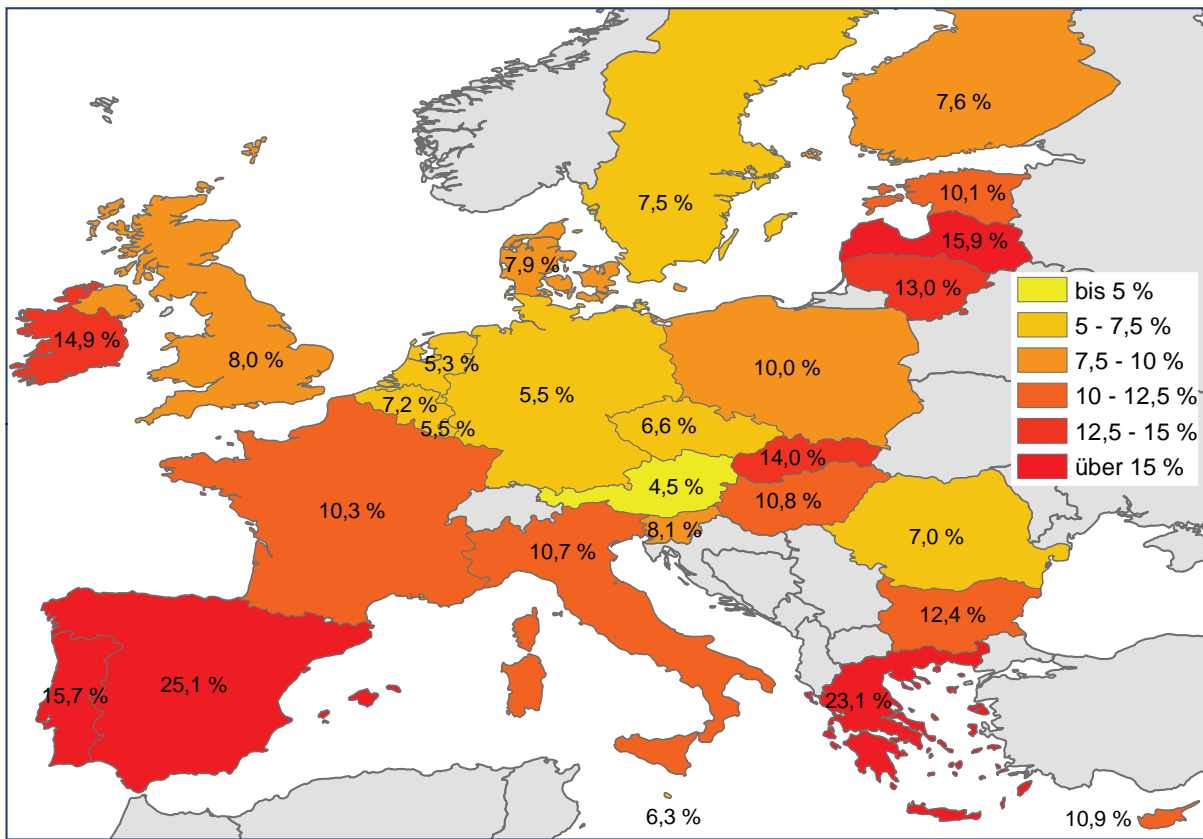
	Q II 2012	Veränderung ggü. VJ	absolut
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	48	8,3%	4
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	7	-16,0%	-1
Verarbeitendes Gewerbe / Herstellung von Waren	1.360	-0,7%	-10
Energieversorgung	27	0,0%	0
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung	49	14,0%	6
Baugewerbe / Bau	875	-3,3%	-30
Handel	2.593	1,2%	32
Verkehr und Lagerei	1.857	9,8%	166
Gastgewerbe / Beherbergung und Gastronomie	8.775	4,3%	358
Information und Kommunikation	99	-11,6%	-13
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	152	-0,2%	0
Grundstücks- und Wohnungswesen	107	-5,9%	-7
freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistungen	410	1,5%	6
sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	1.493	1,3%	19
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	331	5,1%	16
Erziehung und Unterricht	664	-3,5%	-24
Gesundheits- und Sozialwesen	881	10,4%	83
Kunst, Unterhaltung und Erholung	233	-3,0%	-7
sonstigen Dienstleistungen	283	-10,4%	-33
Private Haushalte	17	-26,8%	-6
Exterritoriale Organisationen und Körperschaften	1	-	1
sonstiges	475	28,5%	105
Insgesamt	20.737	3,3%	663

Q: AMS



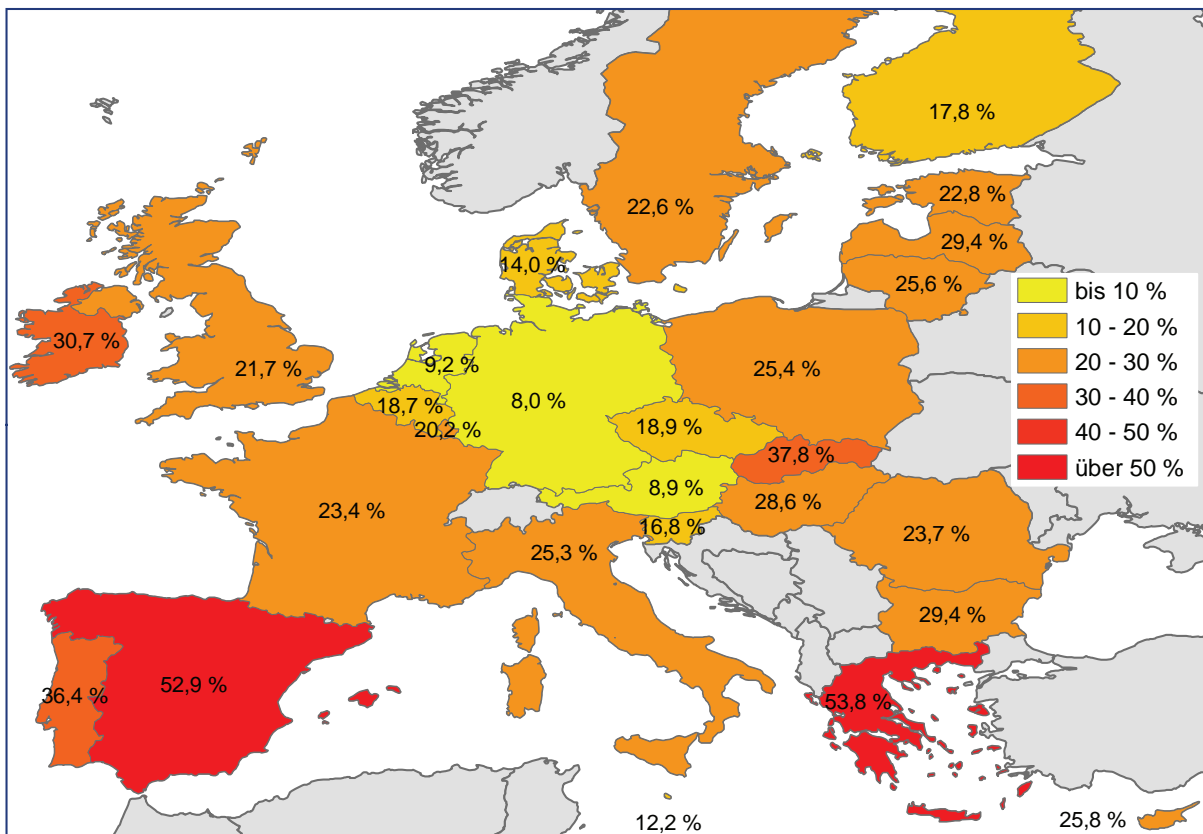
Branchen mit mehr als 5% Anteil an den Arbeitslosen in Tirol (Quartalsdurchschnitt).

Arbeitslosigkeit in Europa

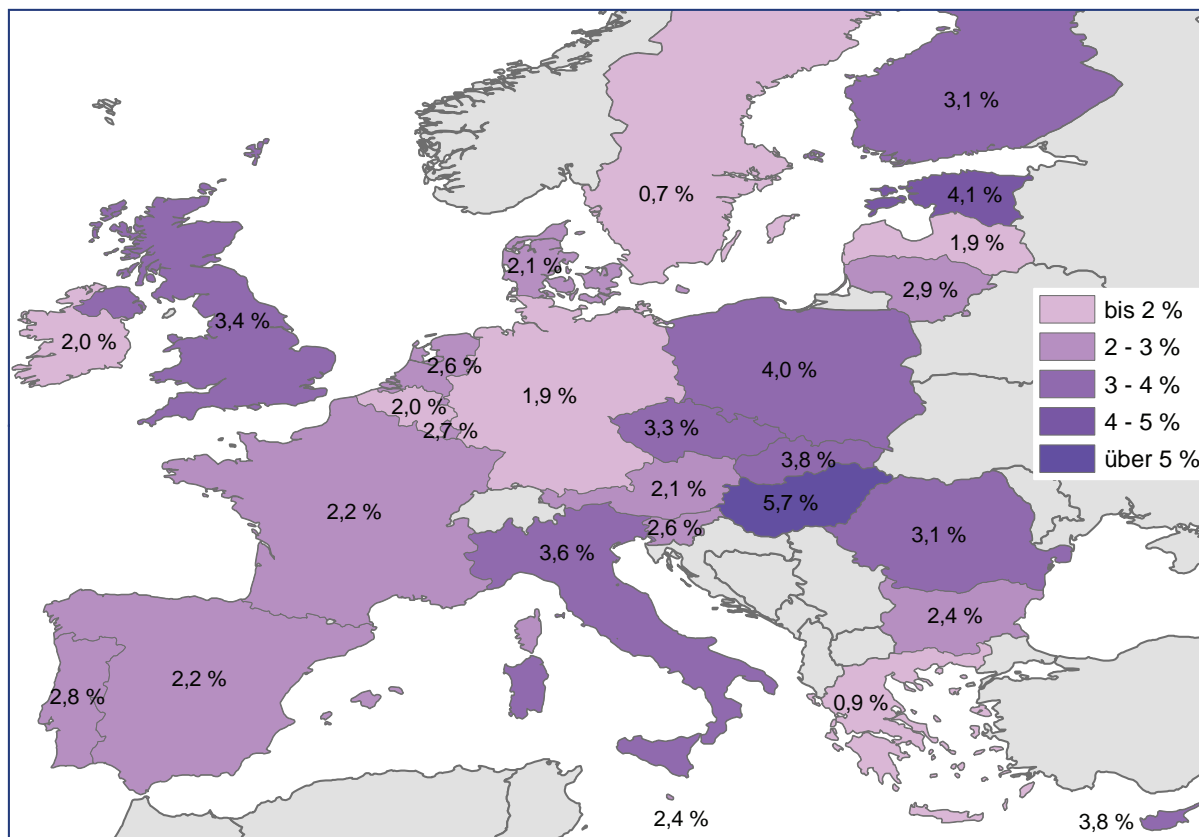


Q jeweils: Eurostat

Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Unter-25jährige



Inflation in der EU: August 2012



Q: Eurostat, HVPI

Österreich liegt mit einer Inflationsrate von 2,1% nach dem harmonisierten Verbrauchspreisindex von Eurostat im europäischen Mittelfeld. Von den wichtigen Handelspartner hat v.a. Deutschland mit 1,9% eine niedrigere Inflationsrate. Ungarn, in dem viele österreichische Unternehmen aktiv sind, weist mit 5,7% die höchste Inflationsrate der gesamten EU auf.

Bemerkenswert ist, dass die Krisenstaaten Portugal, Spanien, Griechenland, Irland und Italien sehr unterschiedliche Inflationsraten aufweisen.

Die Inflationsrate der gesamten EU für den März 2012 beträgt 2,5%, diejenige des Euroraums liegt mit 2,4% leicht darunter.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass 2012 der Inflationsdruck eher nachlassen wird. Grund dafür ist die ausbleibende Nachfrage aufgrund der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung.

Wir sind für Sie da



Impressum:
Medieninhaber und Verleger:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
Verfasser: Abteilung Wirtschaftspolitik, AK Tirol

Arbeiterkammer Tirol
Maximilianstraße 7, 6020 Innsbruck
www.ak-tirol.com
ak@tirol.com

AK Tirol in den Bezirken:

Imst, Rathausstraße 1, 6460 Imst
Kitzbühel, Rennfeld 13, 6370 Kitzbühel
Kufstein, Arkadenplatz 2, 6330 Kufstein
Landeck, Malsersstraße 11, 6500 Landeck
Lienz, Beda-Weber-Gasse 22, 9900 Lienz
Reutte, Mühler Straße 22, 6600 Reutte
Schwaz, Münchner Straße 20, 6130 Schwaz
Telfs, Moritzenstraße 1, 6410 Telfs

kostenlose AK-Servicenummer:
Tel.: 0800/ 22 55 22